Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2
15.Oktober 1977

Nr. 9/77



Kommunistischer
Bund
Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt:

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs, 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt: 1040

Der internationale Charakter der Oktoberrevolution

„Zum zehnten Jahrestag des Oktober“ (J.W. Stalin)

Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution „im nationalen Rahmen“ betrachtet werden. Sie ist vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, die Wendung von der alten, der kapitalistischen Welt zu der neuen, der sozialistischen Welt.

Die Revolutionen der Vergangenheit endeten gewöhnlich damit, daß am Regierungsruder eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe abgelöst wurde. Die Ausbeuter wechselten, die Ausbeutung blieb. So war es zur Zeit der Befreiungsbewegungen der Sklaven. So war es in der Periode der Aufstände der Leibeigenen. So war es in der Periode der bekannten „großen“ Revolutionen in England, in Frankreich, in Deutschland. Ich spreche nicht von der Pariser Kommune, die der erste, ruhmvolle, heroische, aber dennoch erfolglose Versuch des Proletariats war, die Geschichte gegen den Kapitalismus zu wenden.

Die Oktoberrevolution unterscheidet sich *grundsätzlich* von diesen Revolutionen. Sie setzt sich nicht das Ziel, eine Ausbeutungsform durch eine andere Ausbeutungsform, eine Ausbeutergruppe durch eine andere Ausbeutergruppe zu ersetzen, sondern jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, alle und jede Ausbeutergruppen zu vernichten, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die Macht jener Klasse aufzurichten, die von allen bisher dagewesenen unterdrückten Klassen die revolutionärste ist, eine neue, klassenlose, sozialistische Gesellschaft zu organisieren.

Eben deshalb bedeutet der *Sieg* der Oktoberrevolution eine grundlegende Wendung in der Geschichte der Menschheit, eine grundlegende Wendung im historischen Schicksalslauf des Weltkapitalismus, eine grundlegende Wendung in der Befreiungsbewegung des Weltproletariats, eine grundlegende Wendung in den Kampfmethoden und den Organisationsformen, in der Lebensweise und den Traditionen, in der Kultur und der Ideologie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt.

Das ist der Grund, weshalb die Oktoberrevolution eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung ist.

Darin liegt auch die Wurzel jener tiefen Sympathie, die die unterdrückten Klassen aller Länder der Oktoberrevolution entgegenbringen, in der sie das Unterpfand ihrer eigenen Befreiung sehen.

Man könnte eine Reihe von grundlegenden Fragen nennen, in denen die Oktoberrevolution auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt einwirkt.

1. Die Oktoberrevolution ist vor allem dadurch bedeutsam, daß sie die Front des Weltimperialismus durchbrochen, die imperialistische Bourgeoisie in einem der größten kapitalistischen Länder gestürzt und das sozialistische Proletariat an die Macht gebracht hat.

Die Klasse der Lohnsklaven, die Klasse der Gehetzten, die Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten ist *zum ersten Male* in der Geschichte der Menschheit zur Stellung einer *herrschenden* Klasse emporgestiegen, und ihr Beispiel wirkt ansteckend auf die Proletarier aller Länder.

Das bedeutet, daß die Oktoberrevolution eine neue Epoche *eröffnet hat*, die Epoche der *proletarischen* Revolution in den Ländern des *Imperialismus*.

Sie hat den Gutsbesitzern und Kapitalisten die Produktionsinstrumente und -mittel weggenommen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und so dem bürgerlichen Eigentum das sozialistische Eigentum entgegengestellt. Sie hat damit die Lüge der Kapitalisten entlarvt, daß das bürgerliche Eigentum unantastbar, heilig, ewig sei.

Sie hat der Bourgeoisie die Macht entrissen, hat der Bourgeoisie die politischen Rechte genommen, den bürgerlichen Staatsapparat zerstört und die Macht den Sowjets übergeben und so dem bürgerlichen Parlamentarismus, der *kapitalistischen* Demokratie, die sozialistische Macht der Sowjets, die *proletarische* Demokratie, entgegengestellt. Lafargue hatte recht, als er schon 1887 sagte, daß am Tage nach der Revolution „allen ehemaligen Kapitalisten das Wahlrecht genommen werden wird“. (1)

Dadurch hat die Oktoberrevolution die Lüge der Sozialdemokraten entlarvt, daß heute ein friedlicher Übergang zum Sozialismus auf dem Wege über den bürgerlichen Parlamentarismus möglich sei.

Doch ist die Oktoberrevolution dabei nicht stehengeblieben und konnte dabei nicht stehenbleiben. Nachdem sie das Alte, das Bürgerliche zerstört hatte, ging sie daran, das Neue, das Sozialistische, aufzubauen. Die zehn Jahre Oktoberrevolution sind zehn Jahre des Aufbaus der Partei, der Gewerkschaften, der Sowjets, der Genossenschaften, der Gewerkschaften, der Sowjets, der Genossenschaften, der Kulturorganisationen, des Verkehrswesens, der Industrie, der Roten Armee. Die unzweifelhaften Erfolge des Sozialismus in der UdSSR an der Front des Aufbaus haben anschaulich gezeigt, daß das Proletariat *imstande ist*, das Land erfolgreich *ohne* die Bourgeoisie und *gegen* die Bourgeoisie zu regieren, daß es *imstande ist*, die Industrie erfolgreich *ohne* die Bourgeoisie und *gegen* die Bourgeoisie aufzubauen, daß es *imstande ist*, die ganze Volkswirtschaft erfolgreich *ohne* die Bourgeoisie und *gegen* die Bourgeoisie zu leiten, daß es *imstande ist*, den Sozialismus trotz der kapitalistischen Umkreisung erfolgreich aufzubauen.

Die alte „Theorie“, daß die Ausgebeuteten nicht ohne die Ausbeuter auskommen können, ebenso wie der Kopf und die übrigen Körperteile nicht ohne den Magen auskommen können, ist nicht nur Eigentum des aus der Geschichte des Altertums bekannten römischen Senators Menenius Agrippa. Diese „Theorie“ bildet jetzt den Eckstein der politischen „Philosophie“, der Sozialdemokratie im allgemeinen und der sozialdemokratischen Politik der *Koalition* mit der imperialistischen Bourgeoisie im besonderen. Diese „Theorie“, die den Charakter eines Vorurteils angenommen hat, bildet heute eins der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zur Revolutionierung des Proletariats der kapitalistischen Länder. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie dieser verlogenen „Theorie“ einen tödlichen Schlag versetzt hat.

Braucht man noch zu beweisen, daß diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern bleiben konnten, noch bleiben können?

So allgemein bekannte Tatsachen wie das fortschreitende Wachstum des Kommunismus in den kapitalistischen Ländern, das Anwachsen der Sympathien der Proletarier aller Länder für die Arbeiterklasse der UdSSR und schließlich die vielen Besuche von Arbeiterdelegationen im Lande der Sowjets zeugen zweifellos davon, daß die von der Oktoberrevolution ausgestreute Saat bereits Früchte zu tragen beginnt.

2. Die Oktoberrevolution hat den Imperialismus nicht allein in den Zentren seiner Herrschaft, nicht allein in den „Mutterländern“ erschüttert. Sie hat auch einen Schlag gegen das Hinterland des Imperialismus, gegen seine Peripherie geführt und die Herrschaft des Imperialismus in den kolonialen und abhängigen Ländern untergraben.

Die Oktoberrevolution, die die Gutsbesitzer und Kapitalisten gestürzt hat, sprengte die Ketten der nationalen und kolonialen Unterdrückung und befreite von ihr ausnahmslos alle unterdrückten Völker eines riesigen Staates. Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne die unterdrückten Völker zu befreien. Einen charakteristischen Zug der Oktoberrevolution bildet die Tatsache, daß sie diese nationalen und kolonialen Revolutionen in der UdSSR nicht unter der Fahne der nationalen Feindschaft und der Zusammenstöße zwischen den Nationen durchgeführt hat, sondern unter der Fahne des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Annäherung zwischen den Arbeitern und

Bauern der Völker der UdSSR, nicht im Namen des *Nationalismus*, sondern im Namen des *Internationalismus*.

Gerade weil die nationalen und kolonialen Revolutionen in unserem Lande unter der Führung des Proletariats und unter dem Banner des Internationalismus vor sich gegangen sind, gerade darum sind die Pariavölker, die Sklavenvölker *zum ersten Male* in der Geschichte der Menschheit zur Stellung von Völkern emporgestiegen, die *wirklich* frei und *wirklich* gleich sind, und ihr Beispiel wirkt ansteckend auf die unterdrückten Völker der ganzen Welt.

Das bedeutet, daß die Oktoberrevolution eine neue Epoche *eröffnet hat*, die Epoche der *kolonialen* Revolution, die *in den unterdrückten Ländern* der Welt *im Bunde* mit dem Proletariat und *unter Führung* des Proletariats durchgeführt werden.

Früher „war es üblich" zu glauben, die Welt sei von jeher in niedere und höhere Rassen, in Farbige und Weiße, eingeteilt, von denen die einen zur Zivilisation unfähig und dazu verdammt seien, Ausbeutungsobjekt zu sein, die anderen aber die einzigen Träger der Zivilisation seien, berufen, die ersten auszubeuten.

Jetzt muß diese Legende als zerschlagen und erledigt betrachtet werden. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis zeigte, daß die befreiten nichteuropäischen Völker, in den Strom der Sowjetentwicklung einbezogen, nicht minder als die europäischen Völker befähigt sind, eine *wirklich* fortschrittliche Kultur und eine *wirklich* fortschrittliche Zivilisation zu entwickeln.

Früher „war es üblich" zu glauben, die einzige Methode der Befreiung der unterdrückten Völker sei die Methode des *bürgerlichen Nationalismus*, die Methode des Abfalls der einen Nation von der anderen, die Methode ihrer Entzweiung die Methode der Verstärkung der nationalen Feindschaft zwischen den werktätigen Massen der verschiedenen Nationen.

Jetzt muß diese Legende als widerlegt betrachtet werden. Eins der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der *proletarischen, internationalen* Methode der Befreiung der unterdrückten Völker als der einzig richtigen Methode zeigte, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des *brüderlichen Bundes* der Arbeiter und Bauern der verschiedensten Völker auf der Grundlage der *Freiwilligkeit* und des *Internationalismus* zeigte. Das Bestehen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die ein Vorbild der zukünftigen Vereinigung der Werktätigen aller Länder in einer einheitlichen Weltwirtschaft ist, muß unbedingt als direkter Beweis dafür gelten.

Es erübrigt sich zu sagen, daß diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die revolutionäre Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern bleiben konnten, noch bleiben können. Tatsachen wie das Anwachsen der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker in China, in Indonesien, in Indien usw. und die wachsenden Sympathien dieser Völker für die UdSSR zeugen zweifellos davon.

Die Ära der ungestörten Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien und abhängigen Länder ist *vorbei*.

Angebrochen ist die Ära der Befreiungsrevolutionen in den Kolonien und abhängigen Ländern, die Ära des Erwachens des *Proletariats* dieser Länder, die Ära seiner *Hegemonie* in der Revolution.

3. Die Oktoberrevolution, die die Saat der Revolution sowohl in den Zentren des Imperialismus als auch in seinem Hinterland ausstreute, die Macht des Imperialismus in den „Mutterländern" schwächte und seine Herrschaft in den Kolonien erschütterte, hat dadurch die Existenz des Weltkapitalismus *als Ganzes* in Frage gestellt.

Ist die spontane Entwicklung des Kapitalismus unter den Verhältnissen des Imperialismus – infolge der Ungleichmäßigkeit dieser Entwicklung, infolge der Unvermeidlichkeit von Konflikten und kriegerischen Zusammenstößen, schließlich infolge des beispiellosen imperialistischen Gemetzels – in den Prozeß der Fäulnis und des Sterbens des Kapitalismus umgeschlagen, so mußte die Oktoberrevolution und der mit ihr verbundene Abfall eines riesigen Landes vom Weltsystem des Kapitalismus diesen Prozeß beschleunigen, Schritt für Schritt die Grundpfeiler des Weltimperialismus untergraben.

Mehr noch. Die Oktoberrevolution, die den Imperialismus erschüttert hat, schuf gleichzeitig in Gestalt der ersten proletarischen Diktatur

eine mächtige und offene *Basis* der internationalen revolutionären Bewegung, wie diese sie vorher *nie besessen hatte* und auf die sie sich jetzt stützen kann. Sie schuf jenes mächtige und offene *Zentrum* der internationalen revolutionären Bewegung, wie sie es vorher *nie besessen hatte* und um das sie sich jetzt zusammenschließen kann bei der Organisierung der *revolutionären Einheitsfront der Proletarier und der unterdrückten Völker aller Länder gegen den Imperialismus*.

Das bedeutet vor allem, daß die Oktoberrevolution dem Weltkapitalismus eine tödliche Wunde geschlagen hat, von der er sich nie mehr erholen wird. Eben darum wird der Kapitalismus nie mehr das „Gleichgewicht" und die „Stabilität" wiedererlangen, die er vor dem Oktober besaß.

Der Kapitalismus kann sich teilweise stabilisieren, er kann seine Produktion rationalisieren, die Verwaltung des Landes in die Hände des Faschismus legen, die Arbeiterklasse eine Zeitlang niederhalten, aber er wird nie die „Ruhe" und die „Sicherheit", das „Gleichgewicht" und die „Stabilität" wiedererlangen, deren er sich früher rühmte, denn die Krise des Weltkapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, wo bald in den Zentren des Imperialismus, bald an seiner Peripherie unvermeidlich die Flammen der Revolution hervorbrechen müssen, die die kapitalistischen Flickereien zunichte machen und mit jedem Tag den Sturz des Kapitalismus näher bringen. Ganz so wie in der bekannten Fabel: „Zieht er den Schwanz heraus, bleibt die Schnauze stecken, zieht er die Schnauze heraus, bleibt der Schwanz stecken."

Das bedeutet zweitens, daß die Oktoberrevolution die Kraft und die Bedeutung, den Mut und die Kampfbereitschaft der unterdrückten Klassen der ganzen Welt auf eine bestimmte Höhe gehoben und die herrschenden Klassen gezwungen hat, mit ihnen als mit einem *neuen*, ernsten Faktor zu rechnen. Heute kann man die werktätigen Massen der Welt nicht mehr als einen „blinden Haufen" betrachten, der im Finstern umherirrt und keine Perspektive hat, denn die Oktoberrevolution hat für sie einen Leuchtturm errichtet, der ihnen den Weg erhellt und ihnen eine Perspektive gibt. Gab es früher kein offenes *Weltforum*, von dem aus man die Hoffnungen und Bestrebungen der unterdrückten Klassen demonstrieren und gestalten konnte, so besteht heute ein solches Forum in Gestalt der ersten proletarischen Diktatur.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Vernichtung dieses Forums das gesellschaftliche und politische Leben der „fortgeschrittenen Länder" für lange Zeit in das Dunkel einer hemmungslos wütenden Reaktion hüllen würde. Es ist nicht zu leugnen, daß schon allein die Tatsache der Existenz des „bolschewistischen Staates" den finsteren Kräften der Reaktion Zügel anlegt und den unterdrückten Klassen den Kampf für ihre Befreiung erleichtert. Dadurch erklärt sich eigentlich auch der tierische Haß, den die Ausbeuter aller Länder gegen die Bolschewiki hegen.

Die Geschichte wiederholt sich, wenn auch auf neuer Grundlage. Wie früher, in der Periode des Unterganges des *Feudalismus*, das Wort „Jakobiner" bei den Aristokraten aller Länder Schrecken und Abscheu hervorrief, so ruft heute, in der Periode des Untergangs des *Kapitalismus*, das Wort „Bolschewik" bei der Bourgeoisie aller Länder Schrecken und Abscheu hervor. Und umgekehrt, wie früher Paris Zufluchtsstätte und Schule für die revolutionären Vertreter der aufsteigenden *Bourgeoisie* war, so ist heute Moskau Zufluchtsstätte des aufsteigenden *Proletariats*. Der Haß gegen die Jakobiner hat den Feudalismus nicht vor dem Zusammenbruch gerettet. Kann man bezweifeln, daß der Haß gegen die Bolschewiki den Kapitalismus nicht vor seinem unvermeidlichen Untergang retten wird?

Die Ära der „Stabilität" des Kapitalismus ist *vorbei*, und mit ihr auch die Legende von der Unerschütterlichkeit der bürgerlichen Ordnung.

Angebrochen ist die Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus.

4. Die Oktoberrevolution darf nicht nur als eine Revolution auf dem Gebiet der ökonomischen und gesellschaftlich-politischen Beziehungen betrachtet werden. Sie ist zugleich eine Revolution in den Köpfen, eine Revolution in der Ideologie der Arbeiterklasse. Die Oktoberrevolution wurde geboren und erstarkte unter dem Banner des Marxismus, unter dem Banner der Idee der Diktatur des Proletariats, unter dem Banner des Leninismus, der der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen ist. Sie bedeutet daher den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozial-

demokratismus, den Sieg der III. Internationale über die II. Internationale.

Die Oktoberrevolution hat eine unüberbrückbare Kluft zwischen Marxismus und Sozialdemokratismus, zwischen der Politik des Leninismus und der Politik des Sozialdemokratismus aufgerissen.

Früher, *vor dem Sieg der Diktatur des Proletariats,* konnte die Sozialdemokratie mit dem Banner des Marxismus prunken, ohne die Idee der Diktatur des Proletariats offen abzulehnen, wobei sie aber auch nichts, rein gar nichts unternahm, um die Verwirklichung dieser Idee zu beschleunigen; dabei ist klar, daß eine solche Haltung der Sozialdemokratie den Kapitalismus in keiner Weise gefährdete. Damals, in jener Periode, waren formell Sozialdemokratie und Marxismus ganz oder nahezu ein und dasselbe.

Jetzt, *nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats,* da alle mit eigenen Augen gesehen haben, *wozu* der Marxismus führt und *was* sein Sieg zu bedeuten hat, kann die Sozialdemokratie nicht mehr mit dem Banner des Marxismus prunken, kann sie nicht mehr mit der Idee der Diktatur des Proletariats kokettieren, ohne eine gewisse Gefahr für den Kapitalismus heraufzubeschwören. Nachdem sie schon lange mit dem Geist des Marxismus gebrochen hatte, mußte sie nunmehr auch mit dem Banner des Marxismus brechen und sie wandte sich offen und unzweideutig gegen die Schöpfung des Marxismus, gegen die Oktoberrevolution, gegen die erste Diktatur des Proletariats in der Welt.

Jetzt mußte sie sich vom Marxismus abgrenzen und grenzte sich auch tatsächlich von ihm ab, denn man kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht Marxist nennen, ohne offen und rückhaltlos die erste proletarische Diktatur in der Welt zu unterstützen, ohne den revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, ohne die Bedingungen für den Sieg der Diktatur des Proletariats im eigenen Lande zu schaffen.

Zwischen Sozialdemokratie und Marxismus tat sich eine Kluft auf. Von nun an ist der *einzige* Träger und das *einzige* Bollwerk des Marxismus der Leninismus, der Kommunismus.

Die Sache hatte aber damit allein nicht ihr Bewenden. Die Oktoberrevolution, die zwischen der Sozialdemokratie und dem Marxismus eine Trennungslinie zog, hatte weiter zur Folge, daß die Sozialdemokratie im Lager der direkten Verteidiger des Kapitalismus *gegen* die erste proletarische Diktatur der Welt landete. Wenn die Herren Adler und Bauer, Wels und Levi, Longuet und Blum das „Sowjetregime" beschimpfen und die parlamentarische „Demokratie" lobpreisen, so wollen sie damit sagen, daß sie *für* die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Ordnung in der UdSSR, *für* die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Sklaverei in den „zivilisierten" Staaten kämpfen und kämpfen werden.

Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist eine *ideologische Stütze* des Kapitalismus. Lenin hatte tausendmal recht, als er sagte, daß die heutigen sozialdemokratischen Politiker „wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiter*bewegung, die Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse" sind, daß sie sich im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie" unvermeidlich „auf die Seite der 'Versailler' gegen die 'Kommunarden' (2) stellen werden.

Es ist unmöglich, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten, ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet zu haben. Deshalb ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung.

Die gewaltige Bedeutung der Oktoberrevolution besteht unter anderem darin, daß sie den unausbleiblichen Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus in der internationalen Arbeiterbewegung bedeutet.

Die Ära der Herrschaft der II. Internationale und des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ist *zu Ende.*

Angebrochen ist die Ära der Herrschaft des Leninismus und der III. Internationale.

„Prawda", Nr. 255
6.–7. November 1927.

Unterschrift: J. Stalin

(1) Paul Lafargue, „Am Tag nach der Revolution" (siehe „Werke", Band I., 1925, Seite 329/330 russ.)

(2) W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Peking 1974, Seite 10.

Über die Frage, ob der Imperialismus und alle Reaktionäre echte Tiger sind

1. Dezember 1958

Mao Tsetung

Hiermit möchte ich die Frage beantworten, ob der Imperialismus und alle Reaktionäre echte Tiger sind. Meine Antwort lautet, sie sind sowohl echte Tiger als auch Papiertiger, sie befinden sich in einem Prozeß der Veränderung von echten in Papiertiger. Veränderung bedeutet Umwandlung. Die echten Tiger verwandeln sich in Papiertiger, in ihr Gegenteil. Das gilt für alle Dinge, nicht nur für gesellschaftliche Erscheinungen. Ich habe vor einigen Jahren diese Frage bereits beantwortet: Strategisch den Feind geringschätzen, taktisch aber ernstnehmen. Warum ihn aber ernstnehmen, wenn er doch kein echter Tiger ist? Es gibt offenbar noch einige Leute, die dies nicht begreifen. Daher müssen wir noch etwas Aufklärungsarbeit leisten.

Ebenso wie es nichts auf der Welt gibt, das nicht eine Doppelnatur hätte (das ist eben das Gesetz der Einheit der Gegensätze), so haben auch der Imperialismus und alle Reaktionäre eine Doppelnatur — sie sind wirkliche Tiger und zugleich Papiertiger. Im Laufe der Geschichte waren die Sklavenhalterklasse, die feudale Grundherrenklasse und die Bourgeoisie vor ihrem Machtantritt und eine Zeitlang nachher voller Lebenskraft, revolutionär und fortschrittlich; sie waren echte Tiger. In der Folgezeit kam es jedoch, da ihr jeweiliger Widerpart — die Klasse der Sklaven, die Bauernschaft und das Proletariat — allmählich erstarkte und gegen sie einen immer heftigeren Kampf führte, nach und nach zu einem Umschlag ins Gegenteil: Sie verwandelten sich in Reaktionäre, in Rückständige, in Papiertiger und wurden beziehungsweise werden letzten Endes vom Volk gestürzt. Die reaktionären, rückständigen, verfaulenden Klassen behalten aber auch dann, wenn ihnen das Volk den Entscheidungskampf auf Leben und Tod liefert, ihre Doppelnatur bei. Einerseits sind sie echte Tiger, die Menschen fressen, Millionen und aber Millionen Menschen fressen. Der Kampf des Volkes ist eine Zeit hindurch voller Schwierigkeiten und Härten, sein Weg voller Windungen und Wendungen. Das chinesische Volk brauchte, um die Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus in China zu liquidieren, mehr als hundert Jahre, und Dutzende Millionen Menschen mußten ihr Leben lassen, ehe im Jahre 1949 der Sieg errungen war. Seht, waren das nicht alles einmal lebendige Tiger, eisenharte Tiger, echte

Tiger? Letzten Endes aber haben sie sich in Papiertiger, in tote Tiger, in butterweiche Tiger verwandelt. Das sind historische Tatsachen. Hat man denn das alles nicht gesehen und gehört? Wahrlich tausendmal und aber Tausende Male! In Tausenden und Zehntausenden von Fällen! Somit muß man von ihrem Wesen her, aus einer langen Perspektive, in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind — als Papiertiger. Darauf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Anderseits sind sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Menschen fressen können. Darauf müssen wir unser taktisches Denken gründen. So ist es im Kampf gegen den Klassenfeind, so ist es auch im Kampf gegen die Natur. Wir haben im Jahre 1956 das „40-Punkte-Programm für die Entwicklung der Landwirtschaft in den 12 Jahren" und das „Programm für die Entwicklung der Wissenschaft in den 12 Jahren" veröffentlicht. Dabei gingen wir von der grundlegenden Auffassung des Marxismus aus, von der Auffassung der Einheit der Gegensätze, von der Auffassung über die Doppelnatur der Entwicklung des Weltalls, über die Doppelnatur der Entwicklung der Dinge, der Auffassung, daß ein Ding sich immer in einem Prozeß entfaltet und daß jeder Prozeß ausnahmslos eine Doppelnatur besitzt. Einerseits schätzen wir diese Kämpfe gering, halten sie für mühelos, halten sie für nicht so problematisch, machen uns keine Sorgen und gehen davon aus, daß wir Erfolge erzielen und Siege erringen werden. Anderseits nehmen wir sie ernst und nicht so leicht, halten wir sie für problematisch, dürfen wir sie auf keinen Fall auf die leichte Schulter nehmen und sind uns darüber im klaren, daß wir ohne harte Arbeit und ohne erbitterten Kampf nicht siegen können. Furcht und Furchtlosigkeit fallen unter das Gesetz der Einheit der Gegensätze. Einen absolut Furchtlosen ohne die geringste Furcht und einen absolut Sorglosen ohne die geringste Sorge hat es niemals gegeben. Von ihrer Geburt an haben die Menschen Furcht und Sorgen. Schüler und Studenten haben Angst vor Prüfungen, Kinder haben Angst, ihre Eltern könnten ihre Geschwister vorziehen, zudem gibt es zahlreiche Unglücksfälle und Schicksalsschläge, Gebrechen und Krankheiten, man hat 41 Grad Fieber oder anderes, so wie es in einem Sprichwort heißt: „In der Natur gibt es unvorhersehbare Stürme und im Leben unerwartetes Glück und Unglück." Im Klassenkampf und im Kampf gegen die Natur haben wir unzählige Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die meisten Menschen, vor allem das Proletariat und die Kommunisten, ausgenommen die Feiglinge und die opportunistischen Herren, setzen die Geringschätzung aller Schwierigkeiten und den Optimismus an die erste Stelle. Erst dann ziehen sie die Probleme, jegliche Arbeit, die wissenschaftliche Forschung voll in Betracht, analysieren jede Seite des Widerspruchs eines Dinges, dringen in es ein und erkennen Schritt für Schritt die Bewegungsgesetze der Natur und der Gesellschaft. Dann können sie diese Gesetze beherrschen, relativ frei anwenden, die Probleme, vor die man sich gestellt sieht, nacheinander lösen, die Widersprüche behandeln und die Aufgaben erfüllen, so daß Schwierigkeiten in Erfolge, die echten Tiger in Papiertiger, die niedrige Stufe der Revolution in ihre höhere, die demokratische Revolution in die sozialistische, das sozialistische Kollektiveigentum in das sozialistische Volkseigentum, das letztere wiederum in das kommunistische Volkseigentum, die jährliche Stahlproduktion von mehreren Millionen Tonnen in Zigmillionen Tonnen oder sogar

Hunderte Millionen Tonnen und der Pro-Mu-Getreideertrag [15 Mu=1 ha] von über hundert Djin [1 Djin=1 Pfund] oder einigen hundert Djin in das Zigfache oder sogar Hundertfache verwandelt werden kann. Genossen! Für eben diese Umwandlungen arbeiten wir. Genossen! Möglichkeit und Wirklichkeit sind zweierlei, sind zwei entgegengesetzte Seiten einer Einheit. Scheinbare Möglichkeit und wirkliche Möglichkeit sind wiederum zweierlei und zwei entgegengesetzte Seiten einer Einheit. Wir müssen einen kühlen und einen hitzigen Kopf zugleich behalten. Das sind auch zwei einander entgegengesetzte Seiten einer Einheit. Der himmelstürmende Elan ist die hitzige und die wissenschaftliche Analyse die kühle Seite. Gegenwärtig besitzen einige Leute in unserem Lande etwas zuviel Hitze. Sie denken nicht daran, ihren Kopf eine Zeitlang abzukühlen, sie sind nicht willig, eine Analyse zu machen, und neigen bloß der Hitze zu. Genossen! Dieses Verhalten ist für die Leitungsarbeit ungünstig, sie werden möglicherweise straucheln. Diese Leute sollten ihren Kopf etwas abkühlen. Einige andere mögen es kühl, nicht aber heiß. Ihnen mißfallen manche Dinge und sie können damit nicht Schritt halten. Diejenigen mit der Haltung „Abwarten und Teetrinken" und diejenigen, die auf die Gelegenheit warten, mit ihren Gegnern abzurechnen, gehören zu dieser Kategorie. Diesen Leuten müssen wir ihren Kopf allmählich erwärmen.

Wutschang, den 1. Dezember 1958

Erläuterungen zur Resolution des ZK „Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung"

Die Resolution des ZK „Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" entwickelt in erster Linie positiv unsere Positionen. Sie entwickelt sie hauptsächlich in Abgrenzung und Auseinandersetzung nach rechts, gegen rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, gegen rechte Entstellungen auch der Konzeption der drei Welten. Das hängt mit der Situation noch vor einigen Monaten zusammen. Inzwischen wird die Konzeption der drei Welten, und nicht nur sie, sondern der Marxismus-Leninismus überhaupt, heftig von „links" angegriffen. Hauptvertreter dieser Angriffe in Österreich ist die MLPÖ. Heute ist es notwendig, die ZK-Resolution nach rechts und nach „links" gleichermaßen zu verteidigen. Dieses Referat erläutert daher einerseits positiv die ZK-Resolution, andererseits tut es das in der Polemik gegen die Stellungnahme der MLPÖ „Kritik am Drei-Welten-Schema Deng Hsiao-pings".

Zu dieser Stellungnahme gäbe es natürlich noch viel mehr zu sagen, als dies in dem folgenden Referat geschieht. Die ZK-Resolution und diese Erläuterungen geben einem aber jedenfalls die nötigen Mittel in die Hand, um die Auseinandersetzung mit der MLPÖ zu führen.

Das Dokument der MLPÖ, in seiner Gesamtheit betrachtet, ist ein revisionistisches und konterrevolutionäres Dokument. Seinem positiven Inhalt nach ist es Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Im Punkt 6 des Referats sind nochmals die Fragen genannt, in denen diese Abkehr offensichtlich vollzogen wird – es sind elementarste Fragen der Einschätzung des Imperialismus und der grundlegenden internationalen Lage im Zeitalter des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats. Wenn man die Existenz von Supermächten, den absoluten Charakter der Rivalität der imperialistischen Großmächte usw.usf. leugnet, dann verfälscht man bzw. verrät man den Marxismus-Leninismus nicht in Einzelfragen, sondern im Grundlegenden. Dementsprechend falsch ist dann natürlich auch die ganze Einschätzung der heutigen Weltlage, soweit sie in dem Dokument zur Sprache kommt. Der Verrat am Marxismus-Leninismus kommt dann auch so zum Ausdruck, daß wichtige Dokumente der marxistisch-leninistischen Bewegung aus ihrem Kampf gegen den modernen Revisionismus – wie der „Vorschlag zur Generallinie" und die neun Kommentare dazu, oder die Dokumente von 1957 und 1960 – als selbst teilweise revisionistische bzw. als Wurzel für den „Revisionismus Deng Hsiao-pings" bezeichnet werden.

Abgesehen von seinem positiven Inhalt – der, wie gesagt, keinerlei konkrete Analyse der internationalen Lage enthält und nicht der marxistisch-leninistischen Analyse eine andere konkrete Analyse, sondern einige „Prinzipien" entgegenhält – ist das Dokument der MLPÖ eine üble Hetzschrift und ein schwarzes Spalterdokument. Die Kommunistische Partei Chinas wird als konterrevolutionär und revisionistisch beschimpft und als Feind der revolutionären Bewegung, und besonders des sozialistischen Albaniens verleumdet. Es wird eine antikommunistische Hetze gegen China entfaltet. Die Linie der KP Chinas wird mit dem Chruschtschow-Revisionismus verglichen. Absurde und jeder Grundlage entbehrende Anschuldigungen werden erhoben, die für jedermann offensichtlich den Tatsachen widersprechen. Um die Hetze der Imperialisten und aller Reaktionäre, darunter in China selbst der „Viererbande", gegen Genossen Deng Hsiao-ping auszunutzen und mit ihr mitzuschwimmen, wird als Auseinandersetzung mit Deng Hsiao-ping ausgegeben, was in Wahrheit der Kampf gegen Mao Tsetung und Tschu En-lai ist. Sogar wörtliche Zitate aus der Rede von Tschu En-lai auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas werden als Zitate Dengs ausgegeben. Vor keiner Entstellung, vor keiner noch so lächerlichen Verleumdung, vor keinem schmutzigen und demagogischen Trick schreckt die „Rote Fahne" zurück.

Die MLPÖ existiert als ideologischer Faktor, als praktisch tätiger Faktor, als lebende Organisation, als Partei existiert sie nicht. Da sie als ieologischer Faktor existiert, muß man die Entwicklung der Linie der MLPÖ sorgfältig untersuchen und einschätzen. Dafür ist das neue Dokument von großer Bedeutung. Es ist die erste öffentliche Stellungnahme der MLPÖ zu wichtigen Fragen und zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung seit einem Jahr. Es ist Ausdruck einer schlechten Entwicklung der MLPÖ. Es ist eine revisionistische und konterrevolutionäre Stellungnahme.

1. Ein Streitpunkt in der marxistisch-leninistischen Bewegung ist heute: Was ist der Ausgangspunkt der Marxisten-Leninisten bei der Analyse der internationalen Lage? Ist es die Konzeption der Drei Welten? Sind es die vier großen Widersprüche? Ist es der Widerspruch zwischen der Welt des Kapitalismus und der Welt des Sozialismus, wie man es jetzt oft hört?

Unsere Resolution gibt eine klare Antwort: Der letzliche und tiefste Ausgangspunkt der Marxisten-Leninisten nicht nur bei der Analyse der internationalen Lage, sondern allgemein ist der weltweite, d.h. längst weltweit gewordene, Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, was wiederum nichts anderes ist als die spezifische Form, die der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen annimmt. Dieser Grundwiderspruch tritt in Form von Klassenwidersprüchen an den Tag: als weltweiter Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, als Widerspruch zwischen Weltimperialismus und Weltrevolution, oder auch (um eine Formel Lenins zu verwenden) als Widerspruch zwischen der neuen Welt des Sozialismus und der alten Welt des Kapitalismus. Das ist der Ausgangspunkt bei der Analyse der internationalen Lage. Ein Ausgangspunkt ist dazu da, daß man von ihm aus weitergeht. Daraus ergibt sich auch gleich, daß man nicht diesen Ausgangspunkt dem weiteren Gang und den weiteren Ergebnissen der Analyse gegenüberstellen, also z.B. die zitierte leninsche Formel der Konzeption der drei Welten gegenüberstellen kann, wie man ja auch nicht z.B. der konkreten Klassenanalyse von Marx im „18. Brumaire" entgegenstellen kann, daß im „Kapital" zunächst nur Bourgeoisie und Proletariat vorkommen. Jedenfalls hätte eine

solche Art von „Prinzipienfestigkeit", sich auf das ständige Herunterbeten des Ausgangspunktes zu beschränken, nichts mit dem Marxismus zu tun, sondern wäre nur eine „linke" Kinderei. Unsere Resolution legt im Punkt 1 diesen unseren Ausgangspunkt dar und verfolgt ihn bis zum Schluß. Sie hält bei der konkreten Analyse der konkreten Lage und bei der konkreten Bestimmung der Strategie und Taktik eisern daran fest. Sie macht nicht den Fehler, im Zug der Analyse diesen Ausgangspunkt zu vergessen und damit den Klassenstandpunkt und den Standpunkt der Marxisten-Leninisten zu verlassen.

2. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus nimmt verschiedene Erscheinungsformen an. In der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats und seit es sozialistische Länder gibt, sind die bekannten vier großen oder grundlegenden Widersprüche die Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs. Stets war die Scheidelinie zwischen Marxismus und Revisionismus, ob an der lenin'schen Analyse der Widersprüche im Imperialismus festgehalten wird oder nicht. Diese lenin'sche Analyse besteht gerade darin, ausgehend vom bzw. auf der Grundlage der Entwicklung, der Entfaltung des Grundwiderspruchs im Kapitalismus diese vier großen Widersprüche herauszuarbeiten. Stalin faßte dies in den „Grundlagen des Leninismus" so zusammen: „Lenin bezeichnete den Imperialismus als 'sterbenden Kapitalismus'. Weshalb? Weil der Imperialismus die Widersprüche des Kapitalismus bis zum höchsten Grad, bis zu den äußersten Grenzen steigert, jenseits deren die Revolution beginnt. Von diesen Widersprüchen sind drei Widersprüche als die wichtigsten zu betrachten.

Der erste Widerspruch ist der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Der Imperialismus ist die Allmacht der monopolistischen Trusts und Syndikate, der Banken und der Finanzoligarchie in den Industrieländern. Im Kampf gegen diese Allmacht erwiesen sich die üblichen Methoden der Arbeiterklasse – Gewerkschaften und Genossenschaften, parlamentarische Parteien und parlamentarischer Kampf – als völlig unzureichend. Entweder du ergibst dich dem Kapital auf Gnade und Ungnade, vegetierst in alter Weise weiter und sinkst immer tiefer, oder du greifst zu einer neuen Waffe – so stellt der Imperialismus die Frage vor den Millionenmassen des Proletariats. Der Imperialismus führt die Arbeiterklasse an die Revolution heran.

Der zweite Widerspruch ist der Widerspruch zwischen den verschiedenen Finanzgruppen und imperialistischen Mächten in ihrem Kampf um Rohstoffquellen, um fremde Territorien. Der Imperialismus ist Kapitalexport nach den Rohstoffquellen, wütender Kampf um den Monopolbesitz dieser Rohstoffquellen, Kampf um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt, ein Kampf, der mit besonderer Verbissenheit von den neuen Finanzgruppen und Mächten, die 'einen Platz an der Sonne' suchen, gegen die alten Gruppen und Mächte geführt wird, die an dem Eroberten zäh festhalten. Dieser wütende Kampf zwischen den verschiedenen Kapitalistengruppen ist deshalb bedeutsam, weil er als unausbleibliches Element imperialistische Kriege in sich schließt, Kriege zur Eroberung fremder Gebiete. Dieser Umstand ist seinerseits deshalb bedeutsam, weil er zur Folge hat, daß sich die Imperialisten gegenseitig schwächen, daß die Position des Kapitalismus überhaupt geschwächt wird, daß der Moment der proletarischen Revolution näher rückt und daß diese Revolution zur praktischen Notwendigkeit wird.

Der dritte Widerspruch ist der Widerspruch zwischen der Handvoll herrschender 'zivilisierter' Nationen und den Hunderten von Millionen der kolonialen und abhängigen Völker der Welt. Der Imperialismus ist die schamloseste Ausbeutung und unmenschlichste Unterdrückung der Hunderte von Millionen zählenden Bevölkerung riesiger Kolonien und abhängiger Länder. Extraprofit herauszupressen – das ist das Ziel dieser Ausbeutung und dieser Unterdrückung. Der Imperialismus ist aber gezwungen, in den Ländern, die er ausbeutet, Eisenbahnen, Fabriken und Werke zu bauen, Industrie- und Handelszentren anzulegen. Das Aufkommen der Klasse der Proletarier, das Entstehen einer einheimischen Intelligenz, das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins, das Erstarken der Befreiungsbewegung – das sind die unvermeidlichen Folgen dieser 'Politik'. Das Erstarken der revolutionären Bewegung in allen Kolonien und abhängigen Ländern ohne Ausnahme beweist dies augenfällig. Dieser Umstand ist für das Proletariat deshalb wichtig, weil er die Positionen des Kapitalismus an der Wurzel unterhöhlt, indem er die Kolonien und abhängigen Länder aus Reserven des Imperialismus in Reserven der proletarischen Revolution verwandelt.

Das sind im allgemeinen die wichtigsten Widersprüche des Imperialismus, die den alten,

'blühenden' Kapitalismus in den sterbenden Kapitalismus verwandelt haben."

Dazu kommt seit der Oktoberrevolution als vierter großer Widerspruch der zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern. Unsere Resolution hält im Punkt 2 an der lenin'schen Analyse der Widersprüche im Imperialismus fest. Sie zeigt sie in ihrer Herausbildung und Entwicklung. Sie zeigt, wie sie Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs sind. Alle diese Widersprüche sind antagonistische Widersprüche, d.h., sie können nur gelöst werden durch die Vernichtung einer Seite des Widerspruchs bzw. des Kapitalismus und Imperialismus, nicht bei dessen Fortbestehen. Alle diese Widersprüche sind daher absolut. Alle diese Widersprüche können nur durch Revolutionen gelöst werden und bringen auch zwangsläufig Revolutionen hervor. Keinen dieser Widersprüche darf man „vergessen" oder auch nur verwischen, ihn als bloß „relativ" bezeichnen und verharmlosen, oder einen Widerspruch willkürlich an die Stelle eines anderen setzen. Diese marxistische Position muß verteidigt werden gegen den rechten Fehler, offen einen oder mehrere Widersprüche zu vertuschen, wie es bei uns durch den Sozialchauvinismus der VRA geschehen ist und geschieht. Sie muß aber auch verteidigt werden gegen haargenau denselben Fehler, bloß in „linkem Gewand", wie man ihn in der letzten „Roten Fahne" der MLPÖ sieht, wo in der Tat die Widersprüche zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus sowie die zwischen den Imperialisten herabgemindert oder gar für nur „relativ" erklärt werden und dies alles nicht zufällig hinter viel Geschrei versteckt wird, daß „es nicht genügt (!), lediglich von den vier großen Widersprüchen auszugehen", sondern daß man statt dessen vom Grundwiderspruch zwischen Weltimperialismus und Weltrevolution, daß man statt dessen „im Grunde vom Klassenstandpunkt ausgehen" müsse (S. 53). Dieser scheinbar prinzipienfeste, in Wahrheit revisionistische Plunder, wird in der „Roten Fahne" aufgetischt mit der absurden Begründung, daß ein „bloßes Ausgehen" von den vier großen Widersprüchen die Gefahr mit sich brächte, sie als „gleichwertig" zu behandeln oder einen davon zu „verabsolutieren". Das ist die Methode des Diebs, der sich aus dem Staub machen will, indem er ständig „Haltet den Dieb!" schreit.

Unsere Resolution beharrt dagegen auf dem Standpunkt, daß „jede Analyse der Weltsituation, die nicht von der Existenz und Entwicklung dieser vier großen Widersprüche ausginge, jede Einteilung, jede Konzeption, jedes 'Weltbild', das nicht auf der Existenz und Entwicklung dieser vier großen Widersprüche beruhte, widerspräche dem Marxismus-Leninismus."

Auf noch etwas soll aber hier hingewiesen werden. Decken diese vier großen Widersprüche alle Widersprüche auf der Welt und die Hauptwidersprüche in allen Ländern ab? Sie tun das nicht. Z. B. decken sie den inneren Hauptwiderspruch in den sozialistischen Ländern zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht. Es ist ein Wunder, daß noch niemand auf die Idee gekommen ist, die Analyse der vier großen Widersprüche im Imperialismus als revisionistisch zu bezeichnen, weil sie angeblich den Klassenkampf in den sozialistischen Ländern negiert. Allerdings macht die „Rote Fahne" ohnehin schon obskure Andeutungen in dieser Richtung im Hinblick auf ihre nächste Nummer (S. 53), sie hat sich nur diesmal noch nicht getraut. Tatsächlich widerspricht das Ausgehen von den vier großen Widersprüchen natürlich nicht dem Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution. Es beruht ja gerade auf dem Marxismus-Leninismus, auf der Erkenntnis des Grundwiderspruchs im Kapitalismus, auf der Erkenntnis des weltweiten Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat, von Imperialismus und Revolution, und der Erkenntnis, daß in jedem Land auf Grundlage einer Klassenanalyse und mit der Methode des Marxismus-Leninismus der innere Hauptwiderspruch festgestellt werden muß. Wer davon abweicht, wer also ein „Ausgehen" von den vier großen Widersprüchen dem Marxismus-Leninismus entgegenstellt, in dessen Händen verwandelt sich diese Analyse aus einer Waffe des Proletariats in eine Waffe der Bourgeoisie. Es verhält sich also hier bereits genauso wie bei der Konzeption der drei Welten: Vom Marxismus-Leninismus insgesamt losgelöst und ihm entgegengestellt, kann nur revisionistischer Plunder herauskommen. Die Kommunistische Partei Chinas hat zuletzt am IX. Parteitag die vier großen Widersprüche in ausdrücklicher Form formuliert. Das war notwendig geworden angesichts einiger Veränderungen in der Gestalt dieser Widersprüche im Verlauf der 60er-Jahre. Seither hat die KP Chinas die vier großen Widersprüche nicht mehr in ausdrücklicher Form aufgezählt. Aber der X. Parteitag hat die Einschät-

zung der internationalen Lage durch den IX. Parteitag ausdrücklich bekräftigt. Der XI. Parteitag hat die Linie in der internationalen Politik des X. Parteitags ausdrücklich bekräftigt und festgehalten, daß die Verschärfung der grundlegenden Widersprüche im Weltmaßstab die Grundlage für die Entwicklung der internationalen Situation ist. Demgemäß ist der Bericht von Genossen Hua Guo-feng auch so aufgebaut, daß zuerst die Entwicklung der großen Widersprüche behandelt und erst dann das Instrument der Konzeption der Drei Welten verwendet wird. Es ist weiters für jedermann ersichtlich, daß sie die Entwicklung aller dieser vier großen Widersprüche ständig einer konkreten Analyse unterzieht, daß diese auch ständig in ihren Dokumenten zum Ausdruck kommt und daß sie in ihrer Politik davon ausgeht. Sie verteidigt die Volksrepublik China und tritt dem Imperialismus entgegen, sie unterstützt den Kampf der unterdrückten Völker und den Kampf des Weltproletariats in den entwickelten Ländern, sie greift die Rivalität und Kollaboration der Supermächte, ihr Hegemoniestreben und ihre Kriegsvorbereitungen an, sie kämpft gegen den Krieg. Sie erfüllt ihre Aufgaben im Rahmen der weltweiten Front der Kräfte der Weltrevolution. Daß wir angesichts des geringen Entwicklungsgrades unserer ideologischen und politischen Linie sowie wegen der Notwendigkeit, sie gegen rechte und „linke" Entstellungen zu verteidigen, gute Gründe haben, auch die elementarsten Grundlagen der internationalen marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik immer wieder zu wiederholen, das ist die eine Sache. Daß das kein Grund ist, der KP Chinas vorzuwerfen, daß sie das nicht tut und Genossen Tschu En-lai, weil er es in seinem Bericht an den X. Parteitag nicht getan hat, und Genossen Mao Tsetung, weil er diesen Bericht gebilligt hat, des Revisionismus zu bezichtigen, das wäre die andere Sache.

Es ist heutzutage nicht überflüssig, in Erinnerung zu rufen, wie Lenin z.B. in dem Aufsatz „Unter fremder Flagge" charakterisiert, was das Wesen einer besonderen Epoche in der Geschichte des Klassenkampfes und der Revolution ist und was nicht. Jede bestimmte Epoche wird charakterisiert durch die Widersprüche dieser Epoche. Daraus folgt, daß eine Epoche zu Ende geht und eine andere beginnt, wenn neue Widersprüche entstehen und in den Vordergrund treten. Der Imperialismus bedeutet daher gegenüber dem vormonopolistischen Kapitalismus eine neue Epoche, eben die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Weltrevolution. Wer dagegen behauptet – wie es die Fraktionisten in der Wiener Ortsgruppe getan haben –, die Supermächte bedeuten eine neue Epoche, ist ein Revisionist. Sie haben behauptet, wie die Konkurrenz ins Monopol übergeht, so geht der Imperialismus in das Weltsystem der Supermächte über. Das ist absurd. Supermächte, das sind Großmächte, die die ganze Welt unter sich aufgeteilt haben und unterdrücken, auch die kleineren Imperialisten, sind gerade typisch für den Imperialismus. Die Existenz der beiden Supermächte ändert nichts an der Existenz der vier großen Widersprüche. Eine „Epoche der Supermächte" gibt es nicht und es gibt überhaupt keine neue Epoche jenseits des Imperialismus mehr bis zu dessen selbständiger weltweiter Vernichtung. Die Revisionisten jeder Spielart müssen dagegen immer von einer „neuen Epoche" faseln, um ihren Revisionismus als „schöpferische Weiterentwicklung" des Marxismus-Leninismus auszugeben. Die Konzeption der drei Welten, die auf der Analyse der vier großen Widersprüche beruht, ist natürlich nicht die Konzeption einer neuen Epoche und niemals hat ein Marxist-Leninist so etwas behauptet. Es blieb der MLPÖ vorbehalten, der KP Chinas dies vorzuwerfen und dies damit zu belegen, daß Deng Hsiao-ping im Jahr 1974 von den „Änderungen in den internationalen Beziehungen" sprach, als er die Konzeption der drei Welten darlegte (S. 10).

3. Abgesehen davon, daß die MLPÖ selbst die marxistisch-leninistische Analyse der Widersprüche auf der Welt entstellt und damit auch das Wesen unserer Epoche, kommt in dieser absurden Begründung vor allem ihre tiefe Abscheu gegen jede Art von konkreter Analyse zum Ausdruck. Es kommt hier zum Ausdruck, daß ihr von vornherein jeder verdächtig ist, der sich nicht mit der abstrakten Erörterung von Prinzipien begnügt, der nicht bei der Feststellung des Grundwiderspruchs und daß er zwei Seiten hat, stehenbleibt, für den die Politik sich nicht darin erschöpft, das „Ausgehen vom Klassengegensatz und Klassenstandpunkt zu proklamieren, sondern der wirklich davon ausgeht, d.h. der von dort aus weitergeht.

Das ist aber unbedingt notwendig. Denn die vier großen Widersprüche nehmen erstens jeweils eine verschiedene Gestalt an, und auch das Verhältnis ihrer beiden Seiten zueinander unterliegt Veränderungen, sie entwickeln sich verschieden schnell, sie haben jeweils ein verschiedenes relatives Gewicht oder eine relativ verschiedene Bedeutung, auch unterliegt ihr Verhältnis zueinander Veränderungen. Alle diese Veränderungen müssen genau analysiert werden und die Kommunisten haben das auch stets gemacht. Es ist jedem bekannt, daß seit 1917 nicht immer dieselben Widersprüche im Vordergrund standen. Deshalb weist unsere Resolution im Punkt 2 auf diesen Sachverhalt hin, analysiert sie in summarischer Form die konkrete Entwicklung der grundlegenden Widersprüche seit dem Zweiten Weltkrieg und hält sie fest, welche konkrete Gestalt diese Widersprüche heute angenommen haben.

Wenn es auch Zeiten gibt, wo einer der vier großen Widersprüche stark in den Vordergrund treten kann, so bleiben doch auch die anderen stets wirksam und von Bedeutung. Weiters sind sie alle miteinander eng verbunden. Keiner von ihnen kann aber als Hauptwiderspruch bezeichnet werden, d.h. als der Widerspruch, von dessen Lösung auch die Lösung aller anderen Widersprüche abhinge.

4. Analysiert man mit Hilfe des Marxismus-Leninismus die Entwicklung der internationalen Lage während der letzten 25 Jahre, so muß man einige bedeutende Veränderungen feststellen. Es ist zu einer gewaltigen Umgruppierung der verschiedenen Klassenkräfte und der verschiedenen Länder gekommen. Diese Veränderungen sind Tatsachen, die man nicht ignorieren darf. Gibt es Veränderungen oder nicht? Soll man sie beachten oder nicht? Die MLPÖ kann nicht umhin, gewisse Tatsachen anzuerkennen, aber sie versucht sie zu verwischen. In ihrer Polemik gegen die Konzeption der drei Welten versteigt sie sich zur Polemik gegen die marxistisch-leninistische Analyse der Veränderungen in der internationalen Lage überhaupt. Wir sind der Meinung, daß man diese Veränderungen sorgfältig analysieren muß.

Um welche Veränderungen handelt es sich? Es handelt sich erstens um den gewaltigen Aufschwung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und auf dieser Grundlage um den Aufstieg der Dritten Welt im internationalen politischen Leben. Zweitens handelt es sich um den zunehmenden Abstieg des US-Imperialismus seit dem Koreakrieg. Da zugleich auf Grund des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung im Imperialismus die westeuropäischen imperialistischen Länder sowie Japan und andere entwickelte Länder rasch stärker geworden sind und das Joch der Unterordnung unter den US-Imperialismus zu lockern versuchen, hat der westliche imperialistische Block, wie er sich im Gefolge des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hatte und etwa in den 50er-Jahren bestand, begonnen, in Auflösung zu geraten. Zugleich ist das sozialistische Lager, das 13 Länder mit 1 Milliarde Menschen umfaßte, durch und im Gefolge der revisionistischen Entartung der Sowjetunion zerfallen. So hat sich die imperialistische Weltfront dahin entwickelt, daß vor allem zwei Supermächte um die Weltherrschaft ringen und in antagonistischem, absolutem Widerspruch zueinander sind. Das sind die wichtigsten Veränderungen in den letzten 25 Jahren, die zu einer großen Umgruppierung in der internationalen Arena geführt haben. Der marxistisch-leninistischen Analyse dieser Veränderungen wird heute von mancher Seite Seltsames und Ungeheuerliches unterschoben, um sie des Revisionismus bezichtigen zu können. Darüber hinaus werden diese Veränderungen ganz oder teilweise und mehr oder weniger bestritten. Trotzdem haben sie stattgefunden und handelt es sich um Tatsachen, um die man nicht herumkommt.

Eine Tatsache ist der Aufschwung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker, vor allem in den 60er-Jahren. Es verhält sich genauso, wie es in unserem Programm heißt: „Dagegen entfaltet sich der Widerstand der Völker. Sie schütteln das Joch des Kolonialismus ab und setzen den Kampf fort gegen den Versuch des Imperialismus, die politische und ökonomische Abhängigkeit ihrer Länder trotz formeller staatlicher Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Immer stürmischer entwickelt sich der Kampf der unterdrückten Völker für ihre nationale und soziale Befreiung, immer klarer gewinnt in ihm die Arbeiterklasse die Führung, immer enger verbindet er sich mit dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse."

Auf der Grundlage des Kampfes der Völker und durch ihn vorangetrieben, entfaltet sich das Befreiungsstreben der Nationen und das Unabhängigkeitsstreben der Staaten. Auch das sind Tatsachen. Trotz verschiedener ökonomischer, sozialer und politischer Verhältnisse schließen sich die Länder der Dritten Welt auf Grundlage ihrer Gemeinsamkeit als Entwicklungsländer immer mehr zusammen im Kampf gegen den Imperialismus, handeln sie immer mehr selb-

ständig und lockern sie das imperialistische Joch, wächst ihre Bedeutung im internationalen Leben. Jeder kennt z.B. die Entwicklung der OPEC in den nicht ganz drei Jahrzehnten ihres Bestehens. Jeder kennt auch die Bemühungen der Dritten Welt um eine neue internationale Wirtschaftsordnung. Jeder kennt aber auch z.B. die Entwicklung der Haltung der Arabischen Liga zur PLO oder der der OAU zum Befreiungskampf in Zimbabwe. Wie reaktionär dieses oder jenes Regime auch sein mag – und obwohl sie allesamt feudale und bürgerliche Regimes sind – trotzdem handeln sie in größerem oder kleinerem Maß gegen den Imperialismus. Natürlich ist der Schah von Persien nicht nur kein Revolutionär, nicht nur nicht fortschrittlich, sondern auch nicht unabhängig vom Imperialismus – aber er hat seine Abhängigkeit gelockert und versucht das weiterhin. Natürlich ist der König von Saudiarabien ebenfalls nichts dergleichen. Aber objektiv arbeitet er gegen den Imperialismus, wenn er an der OPEC teilnimmt und die PLO finanziell unterstützt. Natürlich versuchen die Imperialisten, wo sie können, ihre Lakaien an der Macht zu halten oder sie dahin zu bringen. Aber ein Lakai des Imperialismus ist auch nicht mehr, was er einmal war. Er ist auch schon unzuverlässig geworden. Er kann sich ebenfalls dem Druck der Völker und der internationalen Entwicklung nicht entziehen, ob er will oder nicht. Natürlich versuchen die Imperialisten, die Länder der Dritten Welt zu spalten und gegeneinanderzuhetzen und verzeichnen sie dabei auch Erfolge, natürlich ist die Dritte Welt kein „einheitliches Ganzes", aber unverkennbar ist die Tendenz zum Zusammenschluß gegen den Imperialismus. Wenn man nicht blind ist oder nicht absichtlich die Augen verschließt, dann kann man diese Tatsachen nicht übersehen. Vor allem muß man sie in ihrer Entwicklung sehen. Die Tendenz geht in Richtung Unabhängigkeit, wobei die Grundlage und Vorbedingung dieser Tendenz der Kampf der unterdrückten Völker um die Revolution in ihren Ländern ist. Wenn jemand sagt, „daß es in der überwiegenden dieser Staaten weder wirtschaftlich, noch politisch, noch militärische Unabhängigkeit vom Imperialismus gibt, sondern bestialische faschistische Regimes, die vom Imperialismus ausgehalten werden", und daß die heutige formelle staatliche Unabhängigkeit fast aller Länder der Welt „nur eines von den großen Täuschungsmanövern der Imperialisten" ist MLPÖ (S. 32) – dann verschließt er absichtlich die Augen vor den Tatsachen, dann sagt er, der Imperialismus ist allmächtig und die Völker sind schwach, dann sagt er, es hat sich nicht viel verändert in den letzten 25 Jahren und die Völker haben kaum Erfolge zu verzeichnen. Schließlich setzt dem ganzen eine Andeutung die Krone auf, die Andeutung, daß man es erst überprüfen müsse, ob die unterdrückten Völker heute die Hauptkraft der Weltrevolution bilden. Demgegenüber muß jede marxistisch-leninistische Analyse der heutigen Weltlage davon ausgehen, daß die unterdrückten Völker und ihr reaktionärer Kampf die Hauptkraft in der weltrevolutionären Front sind und daß sich das Befreiungsstreben der Nationen und das Unabhängigkeitsstreben der Staaten entfaltet. Auf der Grundlage objektiver sozialökonomischer Gemeinsamkeiten und ihres grundlegenden Widerspruchs zum Imperialismus sowie auf Grund dieser Entwicklungen und Tendenzen, bilden die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zwar kein absolut „einheitliches Ganzes", aber doch zunehmend eine gewisse Einheit und treten tatsächlich mehr und mehr und in immer mehr Angelegenheiten als ein politischer Faktor oder Block auf. Die Dritte Welt ist kein Hirngespinst, sondern eine Tatsache.

Die zweite Veränderung betrifft die Tatsache, daß der westliche imperialistische Block zunehmend in Auflösung gerät. Der US-Imperialismus war lange Zeit hindurch nach dem Zweiten Weltkrieg der internationale Hauptfeind der Völker und dementsprechend war er das Hauptziel der Schläge der Völker. Unter diesen Schlägen haben sich seine inneren Widersprüche beschleunigt verschärft. Seit der Niederlage im Koreakrieg befindet er sich nicht nur gegenüber den Völkern in der strategischen Defensive, sondern überhaupt im Abstieg vom Gipfel seiner Macht, d.h. auch gegenüber den imperialistischen Konkurrenten. Gleichzeitig sind die durch den Krieg enorm geschwächten anderen imperialistischen Länder im Lauf der Zeit wieder erstarkt. Stalin hat bereits 1952 auf diese Entwicklung hingewiesen.

„Nach außen hin scheint alles 'wohlgeordnet' zu sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Westeuropa, Japan und andere kapitalistische Länder auf Ration gesetzt; (West-) Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, führen gehorsam die Befehle der USA aus. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, dieser

'wohlgeordnete' Zustand könne 'in alle Ewigkeit' erhalten bleiben, diese Länder würden die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden, sie würden nicht versuchen, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und den Weg einer selbständigen Entwicklung zu beschreiten.

Nehmen wir vor allem England und Frankreich. Ohne Zweifel sind dies imperialistische Länder. Ohne Zweifel haben billige Rohstoffe und gesicherte Absatzmärkte für sie erstrangige Bedeutung. Kann man annehmen, daß sie die gegenwärtige' Lage endlos dulden werden, da die Amerikaner unter dem Deckmantel der 'Hilfe' auf der Linie des 'Marshallplanes' in die Wirtschaft Englands und Frankreichs eindringen und bestrebt sind, sie in ein Anhängsel der Wirtschaft der Vereinigten Staaten zu verwandeln, da das amerikanische Kapital die Rohstoffe und die Absatzmärkte in den englisch-französischen Kolonien an sich reißt und damit den hohen Profiten der englisch-französischen Kapitalisten eine Katastrophe bereitet? Ist es nicht richtiger zu sagen, daß das kapitalistische England und, ihm folgend, auch das kapitalistische Frankreich schließlich und endlich gezwungen sein werden, sich aus der Umarmung der USA loszureißen und einen Konflikt mit ihm zu riskieren, um sich eine selbständige Stellung und natürlich hohe Profite zu sichern?

Gehen wir zu den hauptsächlichen besiegten Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs'regime' gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und in Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das 'Regime' der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen – so hieße das, an Wunder glauben."

Die absolute Vorherrschaft des US-Imperialismus über Europa, Japan usw., wie vor 25 Jahren, besteht nicht mehr, er kann nicht mehr uneingeschränkt schalten und walten. Eine relative Vorherrschaft besteht freilich noch. Zwischen den Imperialisten gibt es immer Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen und anders können ihre Beziehungen gar nicht aussehen. Die Frage ist nicht: Sind wir nach wie vor mit Imperialisten, imperialistischen Beziehungen untereinander und einer imperialistischen Weltfront gegen die Völker konfrontiert – oder nicht? Das sind wir natürlich, denn der Imperialismus hat sich nicht in Luft aufgelöst. Die Frage ist: Hat es in der Gestalt dieser imperialistischen Weltfront, in der Gestalt des imperialistischen Systems Veränderungen gegeben – oder nicht? Solche Veränderungen hat es gegeben und man kann sie nicht ignorieren. Freilich kann man, wie die MLPÖ, lapidar sagen: Die Existenz von Widersprüchen ist ganz natürlich und Veränderungen gibt es immer. Wenn aber jemand eine konkrete marxistisch-leninistische Analyse der konkreten Veränderungen vornimmt und feststellt, daß der westliche imperialistische Block in Auflösung gerät, dann wird Mord und Brand geschrien, daß der Gauner „Block" sagt, aber „Lager" meint, und messerscharf daraus geschlossen, daß er in Wirklichkeit die „Auflösung der Weltfront des Imperialismus gegen die Völker", also sozusagen das „Ende des Imperialismus" behauptet. Daß dies eine absurde Verleumdung ist, liegt auf der Hand. Wichtiger ist, was hinter dieser Verleumdung steckt. Es steckt nämlich dahinter die Position, die konkrete Gestalt des imperialistischen Systems überhaupt außer Acht zu lassen bzw. es auf den abstrakten Ausdruck zu reduzieren, daß es immer Verbindungen und Widersprüche zwischen den verschiedenen Imperialisten gibt. Diese Position führt nämlich in der Folge nicht nur dazu, daß die beginnende Auflösung des westlichen imperialistischen Blocks geleugnet wird, sondern auch zum Gegenteil, nämlich dazu, daß geleugnet wird, daß es überhaupt Supermächte gibt. Es gibt eben immer größere und kleinere Imperialisten – das ist alles! Das ist die Position der MLPÖ.

Drittens ist das sozialistische Lager, das nach dem Zweiten Weltkrieg für einige Zeit bestand, zerfallen. Das sozialistische Lager umfaßte 13 Länder mit 1 Milliarde Menschen, d.i. ein Drittel der Menschheit. Dieses sozialistische Lager ist zerfallen. Das ist eine wichtige Tatsache für die internationale Lage. Der Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialimperialismus hat natürlich heute ein anderes Gewicht im Rahmen der Gesamtheit der grundlegenden Widersprüche als etwa 1950. Damals standen sich

in der Tat das sozialistische und volksdemokratische Lager, mit der Sowjetunion an der Spitze, und das Lager des Imperialismus, mit den USA an der Spitze, gegenüber. Die anderen imperialistischen Länder – Besiegte und Siegermächte – waren weitestgehend von den USA abhängig. Der Kampf der unterdrückten Völker begann sich erst schwungvoll zu entwickeln und führt erst in den 50er- und 60er-Jahren zur Erringung der formellen staatlichen Unabhängigkeit durch die meisten Staaten der Dritten Welt. Der Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus entwickelt sich historisch zugunsten des Sozialismus und wird unweigerlich mit der Vernichtung des Imperialismus enden. Doch dabei kann es Rückschläge geben und gab es sie auch. Dadurch, durch den Farbwechsel der Sowjetunion und einer Reihe anderer sozialistischer Länder und den dadurch herbeigeführten Zerfall des sozialistischen Lagers sowie durch die besonders rasche Entwicklung zweier anderer grundlegender Widersprüche ist eine neue internationale Situation entstanden, in der der Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus nicht mehr dieselbe Rolle spielt.

Das heißt keineswegs, daß es ihn nicht mehr gibt, oder daß er unbedeutend geworden ist. Es heißt auch keineswegs, daß er sich entspannt, im Gegenteil sind wir gegenwärtig mit einer starken Verschärfung dieses Widerspruchs konfrontiert. Schon überhaupt nicht heißt es, daß es keine sozialistischen Länder mehr gibt und kein „sozialistisches Weltsystem" in eben diesem Sinn, also im Sinn der Existenz sozialistischer Länder. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß es weltweit eine entscheidende Aufgabe für alle revolutionären Kräfte ist, die Einheit der sozialistischen Länder untereinander sowie mit den Proletariern aller Länder und den unterdrückten Völkern zu festigen und sich zu einer geschlossenen revolutionären Weltarmee zu formieren.

Hat sich durch den Zerfall des sozialistischen Lagers oder durch die anderen genannten Veränderungen etwas am Wesen der gegenwärtigen Epoche geändert? Daran hat sich nichts geändert. Sollen die Kommunisten aber mit Hinweis auf das unveränderte Wesen der gegenwärtigen Epoche die Analyse der Veränderungen der konkreten internationalen Situation ablehnen? Sollen sie an die Stelle des Arbeitsstils, Gestützt auf den Marxismus-Leninismus die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, den Arbeitsstil des wichtigtuerischen und dogmatischen Prinzipienreitens praktizieren? Das sollen sie natürlich nicht und schon gar nicht sollen sie der Logik etwa der MLPÖ folgen, die ungefähr so geht: Die Revisionisten sagen Zerfall des sozialistischen Lagers, meinen aber – obwohl man zugegeben im allgemeinen darunter das konkrete sozialistische Lager der Nachkriegszeit versteht – das „sozialistische System" überhaupt, sie leugnen also die Existenz sozialistischer Länder und dies richtet sich – von China aus gesehen – direkt gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien, weiters richten sie sich damit gegen die Weltrevolution überhaupt, weil ja unter „sozialistischem Lager" in einem weiteren Sinn die Gesamtheit aller revolutionären Kräfte verstanden werden kann. Das ist schon der Gipfel von Sophisterei, Demagogie und Dunkelmännertum. Es ist Niedertracht, so etwas angesichts der sicher auch der MLPÖ gut bekannten Dokumente der KP Chinas zu behaupten. Es ist die blanke antikommunistische Hetze, die noch dazu mit dem Hinweis, daß angeblich die „Anhänger" der Konzeption der drei Welten schon zur Beschimpfung des sozialistischen Albaniens übergegangen sind, versucht, die eigenen Spuren der Hetze gegen China zu verwischen.

5. Infolge aller dieser Veränderungen ist eine neue konkrete internationale Situation entstanden, die gekennzeichnet ist durch

a) eine bestimmte Gruppierung der weltrevolutionären Kräfte,

b) eine bestimmte Gruppierung der Feinde der Weltrevolution;

c) eine bestimmte Gruppierung von direkten Reserven der weltrevolutionären Kräfte in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, beim Aufbau einer internationalen Einheitsfront dagegen;

d) eine bestimmte Gruppierung von indirekten Reserven für die proletarische Weltrevolution und für den Aufbau dieser Einheitsfront, d.h. Widersprüche im Lager des Gegners, die ausgenutzt werden können und müssen.

ad a)

Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß die unterdrückten Völker gegenwärtig die Hauptkraft im Kampf um die proletarische Weltrevolution sind. Das muß nicht immer so bleiben, gegenwärtig ist es aber so. Hua Guo-feng hat hier den Ausdruck Hauptarmee verwendet, was vielleicht noch deutlicher zum Ausdruck bringt, worum es geht. Hier liegen die „Sturmzentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden" (Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung). Das internationale Proletariat ist die führende Kraft in der Weltrevolution. Der Punkt 3 der ZK-Resolution behandelt diese Frage ausführlich.

ad b)

Die Proletarier aller Länder und unterdrückten Völker stehen heute in ihrem Kampf gegen den Imperialismus vor allem den beiden Supermächten gegenüber. Was ist eine Supermacht? Unsere Gründungsresolution charakterisiert das Wesen einer Supermacht bzw. der Supermächte sehr genau: „Wie Lenin sagt, 'ist für den Imperialismus wesentlich der Wettlauf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie.' Heute sind es vor allem die zwei Supermächte, USA und Sowjetunion, die auf der ganzen Welt um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagesphären, Einflußgebiete und strategisch wichtige Positionen ringen und sich gegenseitig das Wasser abzugraben trachten. Sie versuchen – jede mit ihren Mitteln – nicht nur die Entwicklungsländer der Dritten Welt, sondern auch die Länder der Zweiten Welt, die ihnen machtmäßig nicht gewachsen sind, unter Kontrolle und in Abhängigkeit zu bringen oder zu halten und sie auszuplündern. Ihr Ziel ist die Beherrschung der Welt, die Niederschlagung der Revolution und die Vernichtung der sozialistischen Länder. Gegen den Kampf der Völker um nationale und soziale Befreiung bilden sie eine konterrevolutionäre Allianz. Zugleich sind jedoch ihre Widersprüche unversöhnlich und die Abmachungen zwischen ihnen nur zeitweilig und nur Ausgangspunkt für verschärfte Rivalität, da ihr Ziel die Erringung der Weltherrschaft und die Niederwerfung des Konkurrenten ist.

Ihr Ringen, das sich in der letzten Zeit beispiellos intensiviert hat, steuert unweigerlich auf einen neuen Weltkrieg zu. Mit der 'Entspannungspolitik' und den zahlreichen Konferenzen für 'Sicherheit und Abrüstung' versuchen sie sich gegenseitig zu übervorteilen und die Völker hinters Licht zu führen und ihre Wachsamkeit einzuschläfern. Zugleich beschleunigen sie ihr Wettrüsten, trachten die Überlegenheit über den Gegner zu erringen und bereiten sich fieberhaft auf den Krieg vor.

In der Welt von heute sind nur die beiden Supermächte in der Lage, einen Weltkrieg zu entfesseln. Ihre Rivalität ist der Herd eines neuen imperialistischen Weltkriegs."

Die Existenz von Supermächten ist keine qualitativ neue Erscheinung im Imperialismus. Schon Lenin hat darauf hingewiesen. Neu ist aber die gigantische Dimension der heutigen Supermächte. Sie sind die größten Ausbeuter, Räuber und Kriegstreiber in der Geschichte der Menschheit.

Man darf den Kampf gegen den Imperialismus keinesfalls auf den Kampf gegen die Supermächte beschränken, aber man muß das Feuer auf sie konzentrieren. Eine neue „Epoche der Supermächte" zu erfinden und die anderen Imperialisten zu verharmlosen, bedeutet Revisionismus. Die Existenz der Supermächte zu leugnen und zu verwischen aber, sie als zwar größere, aber doch nicht von den Imperialisten unterschiedene Räuber in eine Reihe mit Japan, Westdeutschland, England, Frankreich usw. zu stellen – wie die MLPÖ es macht (Seite 26) – ist ein reaktionäres Entlastungsmanöver und direkte Schützenhilfe für die Supermächte. Notwendig ist die konkrete Analyse des Imperialismus und der Kampf zur Verteidigung der richtigen Linie nach rechts und nach „links".

Der Widerspruch zwischen den Supermächten ist ein antagonistischer und daher absoluter Widerspruch, während ihre Kollaboration gegen die Völker relativ ist. Das folgt aus dem Wesen des Imperialismus und ist der Grund für die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege. Auch hier ist es eine völlige Abkehr vom Marxismus-Leninismus, wenn die MLPÖ den absoluten Charakter der Rivalität der Supermächte leugnet, an dessen Stelle den eklektizistischen Plunder setzt, daß einmal mehr das eine, einmal mehr das andere im Vordergrund sei und schließlich unter der Hand erwähnt (Seite 24), daß die eigentliche „Grundtendenz" die der „Vereinigung aller Imperialisten gegen die proletarische Weltrevolution" sei.

Was das Verhältnis zwischen den Supermächten betrifft, hat unsere Gründungskonferenz festgehalten: „Im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander ist heute im Weltmaßstab die sozialimperialistische Supermacht in der Offensive, die amerikanische Supermacht in der Defensive. Im Verhältnis der Völker der Welt und der beiden Supermächte jedoch verhält es sich so, daß sich die Völker im Weltmaßstab in der Offensive und die beiden Supermächte in der Defensive befinden."

Das hat nichts damit zu tun, den US-Imperia-

lismus zu verharmlosen oder zu geringschätzen oder gar seinen imperialistischen, seinen aggressiven, expansionistischen, hegemonistischen Charakter zu verwischen. Schon gar nichts hat es damit zu tun, daß man auf ihn setzt, ihn unterstützt oder sich mit ihm „verbündet" gegen die Sowjetunion. Unsere Position war und ist: Beide Supermächte sind die Hauptfeinde der Völker, beide Supermächte sind die Hauptkriegstreiber, von ihrer Rivalität geht die Gefahr eines neuen Krieges aus. Gleichzeitig ist der Sozialimperialismus aus bestimmten Gründen besonders aggressiv und gefährlich. Stets haben wir Auffassungen bekämpft, nur der Sozialimperialismus sei der Hauptfeind der Völker nur von ihm ginge die Kriegsgefahr aus. Stets haben wir aber auf die Analyse des konkreten strategischen Verhältnisses (und auch der jeweiligen taktischen Verhältnisse) zwischen den beiden Supermächten Wert gelegt. Man kann seine Feinde nicht bekämpfen, wenn man nicht mehr über sie weiß, als daß sie Imperialisten und Reaktionäre sind. Man muß mittels des Marxismus-Leninismus eine konkrete Analyse anstellen. Wenn manche sagen, daß die Kommunisten die Imperialisten nie in mehr und weniger gefährliche unterschieden haben, so ist dazu zu sagen, daß sie das immer haben und daß sie – hätten sie es nicht – keine Revolution zum Sieg führen können.

ad c)

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß sich auf der Grundlage des revolutionären Kampfes der Völker und dadurch vorangetrieben das Befreiungsstreben der Nationen und das Unabhängigkeitsstreben der Staaten entfaltet. Im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus handelt es sich dabei um äußerst bedeutende direkte Reserven, die genutzt werden müssen. Das schwächt weltweit den Imperialismus und verbessert weltweit die Bedingungen für die Revolutionen der Völker.

ad d)

Hier geht es um Widersprüche zwischen den Feinden, d.h. unter den Imperialisten. Für die Revolution und für den Kampf gegen den Imperialismus können auch die Widersprüche zwischen den Supermächten genutzt werden und sie werden das auch auf der ganzen Welt.

Vor allem aber müssen die Widersprüche zwischen den Supermächten und den anderen Imperialisten ausgenutzt werden. Soweit sich diese auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen gegen die Supermächte stellen, schwächt das die Supermächte und den Imperialismus überhaupt. Natürlich handelt es sich dabei um Widersprüche zwischen Imperialisten, bei denen wir nicht Partei ergreifen. Diese Widersprüche ausnutzen, heißt vor allem, den Kampf für die eigenen revolutionären Ziele konsequent führen, dabei diese Widersprüche konkret berücksichtigen, das Feuer auf die Schwachstellen der Gegner zu konzentrieren, diese Widersprüche zu verschärfen und dies zu nutzen, um ihnen das eine oder andere gegen ihre Interessen aufzuzwingen. Es ist klar, daß der Verzicht auf das Ausnutzen nicht nur der direkten, sondern auch der indirekten Reserven für die Revolution gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf die Revolution. Lenin hat gesagt: „Einen mächtigen Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man *unbedingt* aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus *überhaupt* begriffen." Die MLPÖ, die eben diese Haltung bezieht, stellt – um dies zu verschleiern – seltsame Spekulationen an: daß man sich auf die zwischenimperialistischen Widersprüche „nicht verlassen" könnte; daß man sie „nicht zur Grundlage der revolutionären Strategie machen" könnte, daß man auf sie „nicht als auf eine feste und ständige Hilfe rechnen" könnte; und das alles deshalb, eben weil diese Widersprüche nicht absolut wären. Spätestens an dieser Stelle glaubt man, man hört nicht recht, denn: Wäre es etwa anders, wenn diese Widersprüche – wie es ja in der Tat der Fall ist – absolut wären? Ein seltsamer Gesichtspunkt ist das, vor allem angesichts der übrigen sauberen „Prinzipienfestigkeit".

6. Gibt es die genannten Veränderungen oder nicht? Ist die Spaltung der revolutionären

Kräfte, ihrer direkten und indirekten Reserven und ihrer Feinde, so wie hier dargestellt, oder nicht? Sind diese Gruppierungen von Interesse für die Revolutionäre oder nicht? Die Konzeption der drei Welten vertreten, heißt, diese Fragen mit Ja zu beantworten. Sie mit Ja beantworten heißt allerdings mehr als nur diese Konzeption vertreten. Denn die Konzeption der drei Welten umschließt nicht die gesamte heutige Weltlage. Die Konzeption der drei Welten erhebt sich auf der Grundlage der Analyse der Produktionsweise, der Klassenverhältnisse, der grundlegenden Widersprüche auf der Welt und der Gruppierung der revolutionären Kräfte, ihrer Reserven und ihrer Feinde. Sie darf nicht von dieser Grundlage losgerissen und aus dem Zusammenhang gerissen werden. Sie bezieht sich auf die Gruppierung der *Länder* in der Welt von heute – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Weil sie nicht mehr ist, hat unsere ZK-Resolution im Punkt 7 festgehalten: „Die Konzeption der drei Welten ersetzt nicht die Klassenanalyse im internationalen Maßstab und in jedem einzelnen Land. Sie beruht vielmehr auf dieser Klassenanalyse und zieht daraus bestimmte Schlußfolgerungen. Die Konzeption der drei Welten ersetzt auch nicht die Analyse und das Ausgehen von den vier großen Widersprüchen. Sie beruht vielmehr darauf. Keinesfalls ist sie die 'heutige Gestalt' oder die 'Konkretion' der Analyse der großen Widersprüche auf der Welt und insofern sie das nicht ist, ist sie auch nicht unser 'Ausgangspunkt' bei der Analyse und Behandlung der internationalen Lage. Die Konzeption der drei Welten ersetzt schließlich nicht die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und ist auch nicht deren 'Anwendung' auf die Welt von heute. Sie hat ihren Sinn vielmehr darin, daß sie die korrekte Anwendung dieser Generallinie auf die Welt von heute ermöglicht und ein Mittel für die Erfüllung der revolutionären Aufgaben ist. Daran und nur daran müssen auch ihre Richtigkeit und ihr Nutzen gemessen werden. Die Ersetzung der Klassenanalyse, der Analyse der vier großen Widersprüche und der Generallinie durch die Konzeption der drei Welten liefe auf das Verlassen des Bodens der Klassenanalyse, auf das Vernachlässigen einiger der großen Widersprüche und auf die Verfälschung der Generallinie hinaus. Es bedeutete die Vertuschung des weltweiten Kampfes des Proletariats aller Länder und der unterdrückten Völker um ihre Befreiung und in diesem Zusammenhang des weltweiten Widerspruchs und Kampfes zwischen dem revolutionären sozialistischen und dem reaktionären kapitalistischen und imperialistischen System. Es bedeutete Revisionismus."

Daß sie nicht weniger ist, daß sie ein entscheidendes und unentbehrliches Instrument für die marxistisch-leninistische Analyse der Lage und Politik ist, geht aus den Punkten 7 und 8 der ZK-Resolution hervor.

7. Stalin hat auf der internationalen Arena die unterdrückten Völker als direkte Reserven und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten als indirekte Reserven der proletarischen Revolution bezeichnet. Die Gruppierung dieser Reserven, ihre richtige Analyse, ihre richtige Behandlung, ist entscheidend für die Revolution. Die Konzeption der drei Welten zeigt die Gruppierung dieser Reserven in der Welt von heute. Dementsprechend bedeutet die Konzeption der drei Welten eine entscheidende globale internationale strategische Orientierung und eine unentbehrliche Richtschnur der revolutionären Kräfte der ganzen Welt. Ohne korrekte Analyse der Gruppierung der verschiedenen Länder, dieser verschiedenen Reserven der proletarischen Revolution würden wir uns in der heutigen Weltsituation nicht zurechtfinden oder zumindest nur sehr grob und oberflächlich orientieren können.

8. Die Marxisten-Leninisten betrachten die Konzeption der drei Welten unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg und für den „schrittweisen vollen Sieg der Weltrevolution". Der revolutionäre Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt und auf dieser Grundlage das Befreiungsstreben der Nationen und das Unabhängigkeitsstreben der Staaten der Dritten Welt sind eine gewaltige Kraft im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg. Dieser Kampf der Dritten Welt ist die Hauptkraft in diesem Kampf. Der Hauptstoß muß gegen die beiden Supermächte, gegen die Erste Welt, gerichtet werden. Wir unterstützen jeden Schritt der Völker, Nationen und Staaten der Dritten Welt zum Zusammenschluß gegen den Imperialismus und zur Vertiefung des Kampfes gegen ihn und insbesondere die beiden Supermächte. So wie die Dritte Welt in diesem Kampf den Hauptstoß richtig führt und dadurch versucht, die Widersprüche zwischen Erster und Zweiter Welt für sich auszu-

nutzen und die Zweite Welt für ihre Forderungen zu gewinnen oder sie diesen Foderungen gegenüber zu neutralisieren, so besteht die Aufgabe der Marxisten-Leninisten in den Ländern der Zweiten Welt darin, ihre Staaten und Regierungen durch den revolutionären Klassenkampf und sozusagen als Nebenprodukt dieses Kampfes – sein Hauptziel und „Hauptprodukt" ist die proletarische Revolution in diesen Ländern – zur Unterstützung oder zu einer neutralen Haltung gegenüber den Forderungen der Dritten Welt zu zwingen sowie den Kampf gegen die Supermächte zu führen und gegen deren Versuche, auch die Länder der Zweiten Welt ihrem Hegemoniestreben zu unterwerfen. Indem der Hauptstoß auf der internationalen Arena gegen die beiden Supermächte gerichtet wird und indem die Außen- und Militärpolitik der Länder der Zweiten Welt gerade auf dieser Linie angegriffen wird, nützen die Marxisten-Leninisten der Länder der Zweiten Welt die Widersprüche zwischen Erster und Zweiter Welt aus und verschärfen sie, was wiederum den Imperialismus schwächt und den Kräften der Revolution in allen drei Welten den Kampf erleichtert. Das Ausnutzen dieser Widersprüche bedeutet, sie zur Erfüllung der selbständigen proletarischen Aufgaben auszunutzen, nicht die Zweite Welt gegen die Erste zu „unterstützen" und diese selbständigen Aufgaben preiszugeben. Widersprüche zwischen den Imperialisten können nur im Klassenkampf, durch den Klassenkampf und für den Klassenkampf ausgenutzt werden, andernfalls man selber für reaktionäre imperialistische Zwecke ausgenutzt wird. Man kann diese gesamte strategische Orientierung in der Formel zusammenfassen. Optimale Nutzung aller dieser direkten und indirekten Reserven für den Kampf gemäß der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und für die proletarische Revolution. Das ist zugleich: optimale Nutzung aller dieser Widersprüche zur Lösung des Hauptwiderspruches im eigenen Land durch die proletarische Revolution."

Die Konzeption der drei Welten – sagt die ZK-Resolution – ist „eine entscheidende globale internationale strategische Orientierung" und eine „unentbehrliche Richtschnur der revolutionären Kräfte der ganzen Welt" für den internationalen Klassenkampf. Sie muß dazu allerdings in marxistisch-leninistischer Weise angewandt werden, d.h. vor allem unter dem Gesichtspunkt der proletarischen Revolution und des Kampfes gegen den Krieg. Die Konzeption der drei Welten muß nach rechts – gegen den Sozialchauvinismus – aber auch nach „links" – gegen den Dogmatismus und die knöcherne Prinzipienreiterei – verteidigt werden. Beide sind Abweichungen vom Marxismus und Spielarten des Revisionismus. Daß sie sich gegenseitig nähren und Argumente und Munition liefern, macht den Kampf gegen sie nur noch notwendiger. Beide entwaffnen sie die Völker und nehmen ihnen die revolutionäre Orientierung.

Den Sozialchauvinismus und den rechten Revisionismus haben wir in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich bereits seit längerem erlebt – in Gestalt der VRA, aber auch in Gestalt der Liquidatorenfraktion in der Ortsgruppe Wien, die inzwischen bei der VRA gelandet ist. In Gestalt der MLPÖ erleben wir jetzt den „linken" Revisionismus. In ihrer Polemik gegen die Konzeption der drei Welten wird sichtbar, daß sich hinter der Maske marxistisch-leninistischer Prinzipienfestigkeit nichts anderes verbirgt als eine ideologische Agentur der Bourgeoisie: Geleugnet und verwischt wird die Existenz der Supermächte und damit die Hauptfeinde der Völker; geleugnet wird die absolute Rivalität zwischen den Supermächten bzw. den Imperialisten, was bedeutet, die Kriegsgefahr zu vernebeln, geleugnet wird übrigens auch, – mit dem Argument, daß der Krieg überall anfangen könnte –, daß Europa der strategische Schwerpunkt des Ringens der Supermächte ist, bestritten wird, daß die unterdrückten Völker die Hauptkraft der Weltrevolution sind, ohne daß etwas anderes an deren Stelle gestellt wird; bestritten wird, daß es ein Befreiungsstreben der Nationen und ein Unabhängigkeitsstreben der Staaten der Dritten Welt gibt, eine Tendenz zum Zusammenschluß der Dritten Welt gegen den Imperialismus usw., bestritten wird, daß es überhaupt einen internationalen Hauptfeind oder internationale Hauptfeinde geben könnte – dies mit dem lächerlichen Hinweis auf die Verschiedenartigkeit der Hauptfeinde in den verschiedenen einzelnen Ländern. Nimmt man das alles zusammen – was ist das anderes, als das ideologische Werk der Supermächte, der anderen Imperialisten und aller Reaktionäre verrichten? Was ist das anderes, als der Versuch, den Völkern vollständig den Blick zu vernebeln – nur halt in diesem Fall mit Phrasen über Proletariat und Bourgeoisie, Sozialismus und Imperialismus, und unter Mißbrauch einiger Lenin- und Stalinzitate.

7. Die „linken" Kritiker der Konzeption der drei Welten bezeichnen diese als eine ganz „neue Theorie". In der Tat ist diese Konzeption neu, denn die oben analysierten Veränderungen haben erst gegen Ende der 60er-Jahre die Konturen einer neuen internationalen Situation hervorgebracht (Aufschwung der Dritten Welt, Sowjetunion – 1968, Westliche Imperialisten – 1966/67). Nach einer genauen Analyse dieser Situation entwickelte Genosse Mao Tsetung im Februar 1974 die Konzeption der drei Welten.

Keinesfalls neu ist es allerdings in der kommunistischen Bewegung, die Gruppierung der Klassen, Völker, Nationen und Staaten im internationalen Maßstab zu analysieren. Die Kommunisten haben das stets getan und mußten es auch tun, um Erfolge erringen zu können.

Ihr habt alle selbst die Rede Ercolis auf dem VII. Weltkongreß der Komintern studiert. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie ein Vertreter der MLPÖ auf diesem Kongreß aufgetreten und den angeblichen „Revisionismus" bekämpft hätte. Die Komintern hat sich zum Glück nicht darauf beschränkt, einige prinzipielle Wahrheiten herzubeten, sie hat vielmehr äußerst sorgfältig die internationale Lage analysiert. Sie hat eine marxistisch-leninistische Analyse der Gruppierung der verschiedenen Weltkräfte vorgenommen. Sie hat dasselbe getan, was wir heute tun, wenn wir uns der Konzeption der drei Welten als Instrument zur Analyse der internationalen Lage bedienen.

8. Wir haben versucht, unsere grundlegenden Auffassungen zur internationalen Lage zusammenhängend darzulegen, um sie möglichst klar herauszustellen. Die Materie ist nämlich nicht so einfach. Außer den offenen rechten Entstellungen der Konzeption der drei Welten und dem offenen „linken" Dogmatismus ist man international vor allem mit einer Art von kautskyanischer Position konfrontiert, in der sich übler Sozialchauvinismus und lautes Deklamieren über die Diktatur des Proletariats, den inneren Hauptfeind Bourgeoisie usw. usf. die Hand reichen. Dazu kommen allerhand Mißverständnisse, die oft zu Problemen führen, Mißverständnisse, wovon die Rede ist und *aus welcher Sicht* es betrachtet wird. So ist vor allem der Kampf um die Revolution in allen Ländern, der Kampf um die proletarische Weltrevolution nicht dasselbe wie der Kampf um den Aufbau einer internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Was das erstere betrifft, sind die Widersprüche zwischen den Imperialisten und den herrschenden Klassen der Länder der Dritten Welt indirekte Reserven, die ausgenützt werden können, wie die Widersprüche zwischen den Imperialisten selbst. Hinsichtlich des Aufbaus einer Front gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte, ist hingegen das Unabhängigkeitsstreben der Staaten der Dritten Welt eine direkte Reserve und muß unterstützt werden. Für den ersteren Fall gilt: Die unterdrückten Völker sind die Hauptkraft oder Hauptarmee im revolutionären Kampf. Für den zweiten Fall gilt hingegen: Die Hauptkraft ist die Dritte Welt insgesamt, insofern sie sich gegen den Imperialismus stellt. Das Unabhängigkeitsstreben der Staaten der Dritten Welt ist eine positive Kraft und ein Bestandteil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus und besonders die Supermächte.

Eine weitere Sache, die beachtet werden muß, ist die Tatsache, daß aus derselben grundlegenden Einschätzung der Lage nicht genau dieselben Schlüsse gezogen werden – etwa für den Kampf um die Revolution in Österreich oder für die Außenpolitik Chinas. Und aus der Sicht der Dritten Welt, die ihre Forderungen an die Zweite Welt heranträgt und sie dafür gewinnen bzw. neutralisieren will, sieht die Sache ebenfalls anders aus wie aus der Sicht der Arbeiterklasse in den Ländern der Zweiten Welt selbst.

9. Die revolutionären Kräfte sowie ihre direkten und indirekten Reserven im Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Reaktion werden ausgezeichnet zusammengefaßt in der Losung „Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution". „Diese Formel bringt in konzentrierter Weise die revolutionären Kräfte und die Reserven ihres Kampfes zum Ausdruck, sie faßt die Faktoren für die Revolution und die Faktoren gegen den Krieg zusammen, sie ist die Schlußfolgerung aus der Analyse der großen Widersprüche und aus der Gruppierung der Weltkräfte in unserer Zeit. Um dieser historischen Strömung voll zum Durchbruch zu verhelfen, muß weltweit die Revolution angepackt und vorangetrieben sowie auf dieser Grundlage der Kampf um eine internationale Einheitsfront gegen Ko-

lonialismus und Imperialismus, Hegemonismus und Krieg geführt werden." Die Revolution ist das Wichtigste dabei, sie ist die Triebkraft dieser Entwicklung.

Es ist kein Wunder, daß die MLPÖ sich über diese Losung besonders erbost. Diese „Losung der Klassenversöhnung" sei die „Krönung" des revisionistischen Schemas der drei Welten. Als Beispiel zur Widerlegung wird angeführt das Beispiel der deutschen Nation. Die Losung der Befreiung der deutschen Nation könnte heute im Unterschied zum 19. Jahrhundert nur mehr reaktionären Zwecken dienen. Das ist natürlich richtig. Die „Rote Fahne" hat nur eines vergessen: Diese Losungen richten sich natürlich nicht gegen nichts und niemanden. Es ist allgemein bekannt, daß sich diese große internationale Strömung gegen den Imperialismus richtet. Und es ist auch nicht schwer zu begreifen, daß ein sogenanntes „Befreiungsstreben der deutschen Nation", d.h. das „Befreiungsstreben" einer imperialistischen Unterdrückernation, darin ebensowenig Platz hat, wie etwa ein „Unabhängigkeitsstreben" der USA oder der Sowjetunion oder eines anderen imperialistischen Staates.

Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs

Bereits im vergangenen Jahr fand eine Polemik zwischen dem Kommunistischen Bund Österreichs und der MLPÖ statt. In einer Stellungnahme zum Programm des KB Österreichs in der „Roten Fahne" griff die MLPÖ dieses in verschiedenen Punkten an. Im Rahmen von 3 Artikeln weist der Kommunistische Bund Österreichs diese Angriffe zurück und arbeitet an Hand der Erwiderung seine Positionen klarer heraus.
Abdruck der drei Artikel in: „Kommunist" 2/76, Preis S 20,- (Dort wird auch komplett die „Programmkritik der Roten Fahne" abgedruckt.)
„Kommunist" 3/76, Preis S 20,-
„Kommunist" 1/77, Preis S 20,-

Resolution des ZK vom 30./31. Juli 1977

Die Resolution „Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie in der internationalen kommunistischen Bewegung" wurde im theoretischen Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs „Kommunist" Nr. 7/77 veröffentlicht.
50 Seiten. Preis: S 25,-

Die Slowenen in Kärnten (Teil III)

Nach 1945: Die Imperialisten verhindern ein demokratische Lösung

Nach der historischen Niederlage des italienischen, deutschen und japanischen Faschismus bildete sich ab 1945 eine neue Weltlage heraus.

Das Kräfteverhältnis in der Welt hatte sich zugunsten des Sozialismus geändert.

Die USA wurden die führende Macht des Imperialismus, strebten nach Weltherrschaft und wurden die größten Kriegstreiber. Die Sowjetunion war der entschiedenste Verteidiger des Weltfriedens, der mächtigste Gegner des Weltvorherrschaftsstrebens der US-Imperialisten, und der entschiedenste Verteidiger des Sozialismus.

Österreich befand sich in der Zwischenzone zwischen den USA und der damals noch sozialistischen Sowjetunion. Sofort nach der Niederringung des Faschismus orientierten sich die USA darauf, eine bisher nicht dagewesene Weltherrschaft zu errichten. Doch standen ihr die erstarkten nationalen Befreiungsbewegungen der Völker Europas, Asiens und Afrikas und als Hauptgegner die sozialistische Sowjetunion entgegen.

Bei der Umsetzung der Politik der Weltherrschaft, bei der Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion, hatten sie Asien die größte Bedeutung zugeschrieben. Sie setzten auf Tschiang Kai-schek und bereiteten zielstrebig den Krieg gegen Korea vor. Sie hofften, daß sie den Sieg davontragen würden, und daß sie dadurch gestärkt den Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion und die Volksdemokratien führen könnten. Auch die kapitalistischen Konkurrenten in Europa hofften sie nach ihrer Stärkung noch besser unter ihre Kontrolle bekommen zu können.

Die Imperialisten hatten kein Interesse an der Unabhängigkeit Österreichs. England spielte mit dem Gedanken, Österreich in eine Donauföderation, mit Wien als Zentrum eingliedern zu können. Deswegen erkannte der Alliiertenrat erst am 20. Oktober 1945 die Provisorische Regierung an. Die Sowjetunion unterstützte die Eigenstaatlichkeit Österreichs, um die westlichen Imperialisten zu schwächen.

Nach der Besetzung Österreichs durch die Alliierten versuchten die USA, die Herrschaft über Österreichs Wirtschaft zu erlangen, es in den Block der westeuropäischen Länder einzubeziehen und in ein militärisches Vorfeld für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien zu verwandeln.

Die europäischen Staaten sollten auf die wirtschaftliche und dadurch auf die politische Unabhängigkeit verzichten; als „Lohn" dafür bekamen sie die Kredite des Marshall-Plans, die von den US-Imperialisten dafür verwendet wurden, die Rohstoffe dieser Länder auszuplündern und die anderen Industriezweige niederzukonkurrieren.

Nach den Plänen des US-Imperialisten sollte Westdeutschland der Hauptstützpunkt und Österreich der vorgeschobene Posten gegen das sozialistische und volksdemokratische Lager werden. Die österreichische Bourgeoisie sah in dieser Politik eine entscheidende Möglichkeit, in das Ausbeutergeschäft wieder einzusteigen und die Herrschaft in Österreich zu errichten. Zu diesem Zweck beteiligte sie sich sehr schnell

aktiv an der Hetze gegen den Sozialismus.

Die Rolle Kärntens für die Imperialisten

Kärnten spielte für die Imperialisten eine besondere Rolle. Es war das Gebiet, in dem der antifaschistische Kampf die größte Ausdehnung und Stärke innerhalb der alten Grenzen Österreichs angenommen hatte. Die entschlossensten Teile des Voskes waren bewaffnet und waren entschlossen, einen neuen demokratischen, antiimperialistischen und antikapitalistischen Weg einzuschlagen. Die Slowenen forderten das Recht auf Selbstbestimmung und ihre Vereinigung mit den Slowenen in Jugoslawien und hatten auch die Sympathien unter den demokratischen Kräften in Österreich.

Kärnten hatte wichtige Rohstoffe (Blei, Zinkerz, Eisen, Magnesit, Holz, wichtige chemische Produkte) und wichtige Energiequellen.

Weiters hatte es eine militärstrategische Bedeutung für die Imperialisten. Die „Salzburger Nachrichten" schrieben im Jahre 1947, daß Kärnten *„augenblicklich nach der Türkei die strategisch wichtigste Position ist"*

Und Sharp, der britische Fachmann für die slowenische Frage, bezeichnete die Bedeutung der Slowenen in diesem Gebiet mit der Feststellung, daß man sich *„hier am Kreuzungspunkt von Großdeutschland und dem Großslawentum befindet."* (1)

Den Imperialisten ging es damals darum, quer durch Europa, von Stettin bis nach Triest, eine militärische Front aufzubauen. Die US-Imperialisten planten eine Aggression gegen die revolutionäre Entwicklung im Osten und gegen die Sowjetunion. Die Stärke der revolutionären Bewegung in Südkärnten stellte einen Schwachpunkt für den Imperialismus dar. Es ist klar, daß sie ihren Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen in jeder Hinsicht in ihre Kriegsvorbereitungen einbezogen.

Deswegen errichteten die Briten südlich der Flüsse Gail und Drau eine militärische Sperrzone, die nur mit einer Sonderbewilligung der Briten betreten oder verlassen werden durfte.

Mit der Sperrzone und der aggressiven Entnationalisierungspolitik versuchten sie, eine demokratische Lösung der nationalen Frage zu verhindern und nutzten die traditionelle Verhetzung gegen die Slowenen aus, um noch besser die Kriegspropaganda zu führen und den Klassengegensatz in diesem Gebiet zu beruhigen.

Die britische Besatzungsmacht – kurz vorher noch Verbündeter der slowenischen Partisanen (z.B. berichtete das Radio in London über die erfolgreiche Brandlegung des Sägewerks in Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu durch Befreiungskämpfer) – arbeitete jetzt mit den alten Nazis zusammen, um die Sicherung der Herrschaft der Kapitalisten zu garantieren, die an der Kriegsproduktion profitiert hatte (Leitgeb, Jungfer u.a.).

Zur Frage der Beziehung der britischen Besatzungsmacht zu den alten Nazis schreibt „Weg und Ziel" vom Jahre 1947 auf Grund eines britischen Berichts: *„Zur Entnazifizierung macht der Bericht die Feststellung, daß 'die Entnazifizierung in Kärnten praktisch vollkommen ist und in der Steiermark, wo die Arbeit drei Monate später begann, der Prozeß sich seinem Ende nähert'. Es ist aber bekannt, daß in dem 'vollkommen entnazifizierten Kärnten' noch heute der Vorsitzende der Wirtschaftskammer, Rappatz, ein Nazi ist, und daß auch der zur Zeit der Berichterstattung noch amtierende Obmann des Gewerkschaftsbundes, Lukas, ein Nazi war, den Oberst Simson, der Chef der britischen Verwaltung in Kärnten als einen 'vernünftigen Burschen, der immer bereit ist, ein Problem zu diskutieren und den anderen Standpunkt zu sehen, bezeichnet."* (2)

Die britische Entnazifizierungspolitik wird auch am Beispiel der Polizei klar: *„Von 3.000 beim Einmarsch vorgefundenen Polizisten wurden 1 000 als Nazi entlassen. Über die restlichen sagte Hutson, der Direktor für innere Angelegenheiten. Von diesen 2.000 sind eine gewisse Anzahl das, was wir harmlose Nazi nennen. Die Russen würden es gerne sehen, wenn wir sie entfernen würden, aber wir betrachten sie nicht als Leute, die man entfernen muß!"*

Eine entscheidende Rolle in der Knebelung der Volksmassen spielte die Sozialdemokratie. Über ihre Politik lesen wir in „Weg und Ziel" vom Jahr 1948: *„Von ihnen* (den Slowenen) *sprechen die Minister der Figl-Schärf-Regierung und Zeitungen der VP-SP-Partei nur per 'verräterisches Gesindel', 'Söldlinge, die auf den nächsten Baum gehören' usw. Es sind das jene alteingesessenen Bewohner Kärntens, die das Verbrechen begangen haben, in dieser 'vorgeschobenen Grenzmark des Deutschtums' als Kinder slowenischer Eltern auf die Welt zu kommen.*

Diese 'minderrassigen Untermenschen' haben nach der Ansicht der derzeit führenden VP-SP-'Demokraten' nur eine Wahl. Entweder sie verzichten auf das Bekenntnis zu ihrer Nation und den Gebrauch ihrer Muttersprache, verraten beides und schätzen sich glücklich, zu 'Deutschen' aufgenordet zu werden,-dann werden sie von den 'Demokraten' als 'heimattreu' bezeichnet und zur Not in ihrer Heimat geduldet. Oder aber sie sind so vermessen, das Bekenntnis zu ihrer Nation und den Gebrauch ihrer Muttersprache als demokratische Rechte für sich in Anspruch zu nehmen, dann sind sie 'Staatsfeinde' und 'Hochverräter' und verdienen, daß sie aus ihrer Heimat 'ausgesiedelt werden, um DPs deutscher Sprache und deutscher Edelrasse Platz zu machen'."*

In dieser Zeit war das Maß für eine wirklich revolutionäre Haltung die klare Absage an die imperialistischen Versklavungspläne, der Kampf gegen die Sperrzone, den Chauvinismus, die Entnationalisierungspolitik und für das Recht auf Selbstbestimmung der Slowenen.

Die wirtschaftlichen Interessen der Kärntner Bourgeoisie

Die Kärntner Bourgeoisie selbst hatte sich schnell formiert. Es ist schon aus dem zweiten Teil des Artikels bekannt, daß die SP- und VP-Spitzen die Macht direkt vom Gauleiter Rainer übernommen hatten und daß sie sich eine aggressive Politik gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk im eigenen Land und den Nachbarvölkern zum Ziel gesteckt hatten. Was sonst soll ihre Hauptparole „Kärnten frei und ungeteilt" zum Ausdruck bringen? Damit war eine Politik gemeint, die sich gegen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des Volkes richtete. Außerdem bedeutete sie den Kampf des Deutschtums gegen das Slawische, was den Wunsch der Ausdehnung der österreichischen Grenze auf jugoslawisches Gebiet einschloß und natürlich die weitere Kolonisierung des slowenischen Teils von Kärnten.

Der „Wiederaufbau" sah für die Arbeiterklasse weiterhin faschistische Zwangsgesetze vor, wie das Verbot des Arbeitsplatzwechsels, das erst 1947 aufgehoben wurde und die Vollmachten der Ortsversorgungsausschüsse, Arbeitskräfte auch zwangsweise aufzubringen, die im Dienste der Großgrundbesitzer und Großbauern eingesetzt wurden. Mit dem Ende des Weltkrieges hatten sie nämlich wichtige vor allem „fast kostenlose" Arbeitskräfte, die Kriegsgefangenen, verloren.

**DPs – Displaced persons, Ausdruck für Flüchtlinge, die im Zuge des Vormarsches der Roten Armee flüchteten.*

Die Kärntner Finanz-Kapitalisten und die Großgrundbesitzer hatten aber noch mehr verloren. Sie konnten die Industrie, die Wälder und die Landwirtschaft der Nachbarländer nicht mehr unter ihrer Knute halten. Deswegen wundert es auch nicht, wenn neben anderen österreichischen Politikern, die Teile der Tschechoslowakei und Ungarns für sich reklamierten, auch der Kärntner ÖVP-Nationalrat Ing. Schumy die Forderung nach der Angliederung des Mießtales und der Untersteiermark an Österreich forderte. „Eine Gruppe von sachkundigen Personen" ließ im Jahre 1947 in der Staatsdruckerei eine Broschüre drucken, in der sie diese Forderung lang und breit „begründete".

Im wesentlichen ging es ihnen um den riesigen Braunkohlevorrat von Velenje, das vorher einem Grazer Kapitalisten gehörte, um den Ausbau einer E-Werk-Kette von Schwabegg bis Maribor, die unter Hitler angefangen wurde, um die drei Sägewerke des Grafen Thurn im Mießtal, von wo er das Schnittholz nach Kärnten importierte und nach Italien und Deutschland exportierte. Außerdem trauerte die Kärntner Pepplerindustrie um die großen und billigen Waldvorkommen in dieser Gegend. Weiters beklagten sie den Verlust des Eisenwerkes in Ravne, das früher den Brüdern Böhler gehörte. Ein schwerer Schlag war auch der Verlust des Bleibergbaus und der Bleiverarbeitung von Mežica/Mieß, das die BBU* im 2. Weltkrieg unter ihrer Kontrolle hatte. (4)

Diese aggressiven Pläne waren aber nicht nur auf dem Wunschzettel der österreichischen Kapitalisten zu finden, sondern auch im Interesse des amerikanischen Kapitals. Man kann sich gut vorstellen, daß besonders die Gruben von Mežica (Mieß) von großem kriegswirtschaftlichem Interesse für die US-Imperialisten waren, besonders im Hinblick auf den Koreakrieg. Denn in Mežica befand sich das größte Molybdän-Vorkommen des 3. Reiches. Es deckte 59,8% des Gesamtbedarfes des 3. Reiches, es wurde für das Härten von Metallen verwendet. (5)

Einen weiteren „Wunsch" bildete der Hafen Triest, der einige Zeit zwischen Jugoslawien und Italien umstritten war. In die Diskussionen um die Zugehörigkeit Triests mischte sich auch

**BBU – Bleiberger Bergwerksunion in der Nähe von Villach*

ein Dr. Karl Freytag, ein ÖVP-ler ein, der den Vorschlag machte, Triest solle Österreich zugesprochen werden, und dazu gleich ein Korridor quer durchs slowenische Gebiet, für dessen Bevölkerung man schon eine Lösung finden werde!

Die vorher erwähnten aggressiven Pläne gegen Jugoslawien wurden zwar dauernd aufgewärmt und in der Kriegspropaganda gegen die Volksdemokratien verwendet. Angesichts der Stärke des sozialistischen und volksdemokratischen Lagers waren aber die österreichischen Kapitalisten gemeinsam mit den westlichen Imperialisten nicht in der Lage, diese Wünsche zu offiziellen Forderungen bei den Staatsvertragsverhandlungen zu erheben. Auch konnten sie sich das nicht leisten angesichts der starken antifaschistischen Haltung breiter Volksteile und angesichts dessen, daß sich der offene Expansionskurs im Laufe des 2. Weltkrieges immer stärker kompromittierte.

Aber sie waren ein wichtiger Bestandteil in der Kriegspropaganda, mit ihnen versuchte man das „Anrecht auf Einmischung" spruchreif zu machen.

Gleichzeitig schürten sie den Haß gegen die Sowjetunion und die Befreiungsbewegungen, zu diesem Zweck erfanden die österreichischen Zeitungen (z.B. Arbeiter-Zeitung, Steirerblatt) sogar Gefechte zwischen amerikanischen und sowjetischen Verbänden um Berlin. Das steirische SP-Blatt „Neue Zeit" schrieb gegen die 'Verständigung von Ost und West', indem sie am 8. Mai 1948 die Hoffnung aussprach, die „Russenfeindlichkeit Amerikas könnte leicht in unbezähmbare Leidenschaft umschlagen"! Am 12. Juni 1948 schlägt sie vor, „die rund tausend Kilometer lange Strecke des Eisernen Vorhangs durch ein gemeinsames stehendes Heer der europäischen Völker zu besetzen." (6)

Die österreichische Sozialdemokratie war ein Kriegshetzer ersten Ranges. Sie entfaltete eine chauvinistische Hetze und „warnte" vor den Gefahren für die Freiheit der Demokratie durch die Volksdemokratie, verglich die Volksdemokratien mit einem Zwangsregime für die Arbeiter und sah in diesen Ländern die Gefährdung der sozialen Errungenschaften der Arbeiter. Sie hetzte, daß man gegen solche Zustände nicht neutral bleiben könne.

Die Herrschaft über Südkärnten

Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die durch das Hitlerregime enorm profitiert hatten und die es auf die jugoslawischen Gebiete abgesehen hatten, konzentrierten sich nun darauf, zumindest die slowenischen Gebiete unter ihrer Herrschaft behalten zu können, die ihnen die Großmächte nach dem 1. Weltkrieg zugesprochen hatten, d.h. innerhalb der bis 1938 bestehenden österreichischen Grenzen. Unter den slowenischen Mittel- und Kleinbauern, den Forst- und Landarbeitern, den Keuschlern, der Intelligenz und dem Kleinbürgertum und teilweise den Industriearbeitern, gab es nach dem Sieg über den Faschismus einen starken Drang nach nationaler Befreiung. Es ging ihnen nicht nur um die politische und kulturelle Selbstbestimmung, sondern auch den Wunsch, sich vom fremden österreichischen Kapital, den Banken, den Großgrundbesitzern und Adeligen loszureißen.

Dieser tiefe und radikale Wunsch der slowenischen Bevölkerung saß allen Reaktionären tief in den Knochen, sie waren die größten Feinde des Selbstbestimmungsrechtes der Slowenen. Es ging um ihre Ausbeuterinteressen. Obwohl das Gebiet industriell völlig unterentwickelt war, befanden sich in diesem Gebiet doch einige Werke, die für die gesamte österreichische Wirtschaft von Bedeutung waren. So die Firma Leitgeb, die damals 100 % der österreichischen Hartfaserplatten herstellte, die Zellulosefabrik in Rechberg/Reberca, die den Rohstoff für die Grazer Papierfabrik Arland lieferte, die Kestag, die eine wichtige Produktionsstätte von Draht und Werkzeug war, und die Fa. Jungfer, die verschiedene Akkumulatoren herstellte und 80 % des österreichischen Bedarfs deckte, und etliche kleinere gewerbliche Betriebe. Weiters waren die Draukraftwerke von Bedeutung, von denen im wesentlichen die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Industrie in Kärnten abhing, auch lieferten sie 1/5 der Energie fürs österreichische Verbundnetz. (7)

Von besonderer Bedeutung waren auch die Wälder, von denen große Teile in der Hand von einem halben Dutzend Großgrund- und Forstbesitzern war. Dies waren der Graf Thurn in der Nähe von Bleiburg/Pliberk, der sich mit Herrn Orsini-Rosenberg den ganzen Waldbesitz des Obir teilt. Den Rechberger Kapitalisten und dem Hollenburg-Besitzer Maresch gehörten Wälder in der Nähe von Eisenkappel/Železna Kapla und weite Gebiete in den Karawanken,

südlich des Rosentales. Einem ehemaligen Grafen von Liechtenstein gehörten ausgedehnte Wälder im oberen Rosental.
In den Händen von diesen Großgrundbesitzern waren auch die größten und wichtigsten Sägen in diesem Gebiet. Außerdem hatten sie auch landwirtschaftlichen Boden in Pacht gegeben, und schikanierten die slowenischen Bauern. Bis heute sind es im großen und ganzen dieselben Besitzer geblieben.

Von Bedeutung sind auch die Rohstoffe wie Blei, Zink und das größte Glanzkohlehoffnungsgebiet Österreichs, das am Nordfuß der Petzen liegt.

Auch für den Fremdenverkehr war dieses Gebiet von Bedeutung, der Faaker-, der Wörther- und Klopeinersee liegen in diesem Gebiet.

Wie sah die Lage in der Landwirtschaft im slowenischen Teil Südkärntens aus?

Die nationale Frage in Kärnten war im wesentlichen eine Agrarfrage. Die kulturelle, wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Slowenen in der Zwischenkriegszeit war im wesentlichen gegen die Landwirtschaft betreibende Bevölkerung gerichtet, die in diesem Gebiet die Mehrheit der Bevölkerung bildete. (Siehe Kommunist 3/77, Seiten 24 und 32).

Im Jahre 1934 waren in Südostkärnten (das ist das Gebiet südöstlich von Klagenfurt/Celovec und östlich von Ferlach/Borovlje bis zur Staatsgrenze) 54 % der Wohnbevölkerung von der Landwirtschaft abhängig. Vorwiegend waren es Halbproletarier, Kleinbauern und Mittelbauern. Aus einer Statistik aus dem Jahre 1957 sehen wir, daß 73 % der landwirtschaftlichen Betriebe eine Fläche zwischen 0,5 bis 20 ha bewirtschaften, weitere 23 % der Landwirte hatten eine Fläche von 20 bis 50 ha. Nur 4 % der Besitzer hatten einen Besitz über 50 ha. (8)

Dieses Gebiet war um etliches rückständiger als die nördlichen Teile Kärntens. Zum Beispiel waren im Jahre 1939 in Gesamtkärnten 37,3 % der Beschäftigten von der Landwirtschaft abhängig, was darauf zeigt, daß der kapitalistische Zersetzungsprozeß der Landwirtschaft in den übrigen Teilen Kärntens schon weiter fortgeschritten war.

Auch war es noch sehr abgeschlossen. Die slowenische Spar- und Darlehenskassen, die bis 1920 ihre Zentralen in Celje und Ljubljana hatten, hatten ausschließlich lokale Bedeutung. Die österreichischen Genossenschaften und Raiffeisenkassen hatten dieses Gebiet mit ihren Zweigstellen noch sehr wenig durchsetzt.

Einen starken politischen Einfluß in diesem Gebiet hatte die konservative slowenische Partei. Als im Jahre 1932 in Kärnten die Landwirtschaftskammer errichtet wurde, erreichte in diesem Jahr diese slowenische Partei bei der Landwirtschaftskammerwahl die zweitstärkste Position in ganz Kärnten, nach dem christlich-sozialen Landbund. Sie hatte in 19 Gemeinden die absolute und in 8 Gemeinden die relative Mehrheit unter den Bauern.

Der politische Vertreter des Großbauerntums und des Genossenschaftskapitals war der Landbund, der am stärksten danach strebte, mit seinen Lagerhausgenossenschaften und den Sparkassen in das slowenische Gebiet stärker einzudringen. Sozial stützten sie sich auf einige größere Bauern, die sich mit der Zeit herausentwickelt hatten und auf den Großgrundbesitz der ehemaligen Adeligen, auf deren Verwalter, Förster, und auf die ganze Landesverwaltung usw., die die abhängigen Pächter, Kleinbauern, Land- und Forstarbeiter mit allen Mitteln unter ihre politische Dominanz bringen wollten.

Ihren besonderen Ausdruck fand die soziale und nationale Abhängigkeit und Unterdrückung in der „Windischen-Theorie", die in den 30-er Jahren vom Theoretiker Martin Wutte entwickelt wurde, der dem Führer des Landbundes, Ing. Vinzenz Schumy, sehr nahe stand. Diese Theorie machte aus dem „deutschfühlenden" Slowenen eine eigene Nation besonderer Prägung: Sie wurde von der gesamten Bourgeoisie begeistert aufgenommen, mit Hilfe der Kultur- und Schulpolitik sowie mit allen anderen Mitteln der politischen Propaganda unter den Slowenen eingesetzt, um sie zur Aufgabe ihrer nationalen Eigenheiten zu bringen.

Diese „Windischen-Theorie", die auch von den Sozialdemokraten stark propagiert wurde, ist besonders nach dem Niederringen des Faschismus von Bedeutung, weil sie von den alten Politikern, wie Schumy (der nach 1945 ÖVP-Nationalratsabgeordneter wurde, und zu den Londoner Verhandlungen über Kärntens Südgrenze geschickt wurde) in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg noch ausgebaut und in aggressivster Form gegen die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der Slowenen eingesetzt wurde. Aber auch die Sozialdemokraten stützten sich auf diese Theorie, um die Arbeiter-

klasse von ihren wirklichen Interessen abzulenken und sie dem einheimischen und anglo-amerikanischen Kapital zu unterwerfen.

Die Lage der slowenischen Bauern hatte sich durch die faschistische Unterdrückung noch verschärft. Besonders diejenigen, die den Partisanenkampf aktiv unterstützt hatten, wurden vom Hof vertrieben. Oder ihre Höfe wurden niedergebrannt und ausgeplündert. Durch die geplante Aussiedlung waren sie von einer totalen Entwurzelung bedroht. Auch die slowenischen Genossenschaften und andere politische und kulturelle Organisationen wurden ausgeplündert und teilweise wurde ihre Habe vernichtet. Das Großbauerntum jedoch konnte mit saftigen Reichskrediten und mit Kriegsgefangenen ihre Profite rausschlagen.

Nach dem Ende des Krieges mußten die slowenischen Genossenschaften ca. 7 Jahre einen harten Kampf führen, damit sie das von den Faschisten geraubte Eigentum überhaupt zurückbekamen. Interesse daran hatte natürlich die gesamte Kapitalistenklasse und besonders das genossenschaftliche Kapital (das natürlich mit dem Finanzkapital eng verfilzt war). Sie brauchte keinen Konkurrenten in diesem Gebiet, in dem sie nach völliger Vorherrschaft strebte.

Zum Beispiel bekam nach dem 2. Weltkrieg die slowenische „Südkärntner Wirtschaftsgenossenschaft" (Južnokoroška gospodarska zadruga) in Kühnsdorf/Sinča vas vom ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter Ferlitsch lange Zeit keine Betriebsgenehmigung, mit der Begründung *„weil die Eingliederung eines so mächtigen Unternehmens, wie die 'Südkärntner Wirtschaftsgenossenschaft'"* die Existenz der bestehenden Unternehmen gefährden würde. Die Ausplünderung der kleinen Bauern sollte die Domäne der „heimattreuen" Genossenschaften und Raiffeisenkassen bleiben, gemeinsam mit den Großgrundbesitzern wollten sie dadurch die slowenischen Bauern auch politisch an die Leine legen.

Vor diesem Hintergrund muß die gesamte Landwirtschaftspolitik nach 1945 betrachtet werden! Die genannten Herrn Schumy und Ferlitsch, die schon in der Zwischenkriegszeit dem Heimatbund anführten, blieben die Exponenten der verstärkten Hetze, die ab dem 10. Oktober 1948 besonders stark wurde.

Zur Frage der Wiedererrichtung der Macht der österreichischen Kärntner Bourgeoisie

In Kärnten kam es zwischen der provisorischen Landesregierung, Kammern etc. und der britischen Besatzungsmacht im wesentlichen schon in den ersten 3 bis 5 Monaten zu einer großen politischen Übereinstimmung. Dazu trug die Übereinstimmung hinsichtlich der Nichtgewährung des Selbstbestimmungsrechtes der Slowenen viel bei. Die englischen Besatzer hatten sich mit der Errichtung der Sperrzone ein Mittel geschaffen, das jede Selbständigkeit der Slowenen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht lähmen sollte.

Aber auch die Vertreter der SP und VP gaben sofort Stellungnahmen zur Forderung der Slowenen nach Lostrennung ab. Sie wandten sich strikt gegen jede Lostrennungsforderung und begannen sofort mit der intensiven politischen Propaganda in dieser Sache, in der sie wegen ihrer anfänglichen Schwäche das einzige Mittel erblickten, ihre alte Herrschaft über dieses Gebiet wieder zu errichten. Bis Oktober 1945 wurden an die Engländer 2 Memoranden gerichtet, in denen sie aufgefordert werden, bei den Friedensverhandlungen die Grenzen von Ende 1937 zu verteidigen. Sie hoben besonders die Bedeutung des Dreiecks Villach-Klagenfurt-St. Veit für den österreichischen Transitverkehr hervor, der sonst Österreich die Verbindung zum Meer erschweren würde. Durch eine Lostrennung des Slowenischen Gebietes wären für sie ⅙ Kärntens und mehr als 30 % der Bevölkerung an Jugoslawien verloren gegangen. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer fürchteten um ihren zusammengeraufften Reichtum, ihre Fabriken und Wälder. Deswegen bekämpften sie und ihre politischen Vertreter in den bürgerlichen Parteien von Anfang an die Bestrebungen der Slowenen, die am entschiedensten einen neuen demokratischen Weg suchten, und besonders die Fremdherrschaft abschütteln wollten.

Alle Parteien bemühten sich im Jahre 1945 den Slowenen zu versichern, daß sie – die neuen Machthaber – nicht verantwortlich seien für die Verbrechen des Nazismus, und daß die Slowenen sofort eine Wiedergutmachung bekommen, sich einer freien Entwicklung erfreuen werden. SP und VP lockten mit verschiedenen Formen der kulturellen Autonomie, die daran gebunden war, daß die Slowenen die Treue zu Österreich schwören sollten. Sie versprachen den Slowenen die Beteiligung an der Verwaltung, wenn sie sich sofort für den Verbleib bei Österreich entscheiden.

Die SP/VP gingen sofort an den Ausbau des Staatsapparates, um den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft zu gewährleisten und stützten sich bei der Unterwerfung des Volkes von Anfang an auf die Mittel des Chauvinismus. Daran sieht man schon 1945, daß sie eindeutig Feinde der Arbeiterklasse und des Volkdes sind und sie neben den Besatzern schon eine selbständige Rolle spielten. Denn der Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen war gleichbedeutend mit der vollen Verteidigung der Interessen der Großgrundbesitzer und des Kapitals, das die Herrschaft in diesem Gebiet innehatte, sie weiterbehalten und territorial nach Möglichkeit ausdehen wollte.

Landeshauptmann Piesch gab vor den Novemberwahlen 1945 schon zu erkennen, daß die Wahlen sozusagen eine neue Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Südkärntens sein sollten. Dabei bekamen sie die volle Unterstützung der britischen Besatzer, die die slowenische OF (Osvobodina Fronta = Befreiungsfront) als Partei zu den Wahlen ablehnte, bzw. sie nur zulassen wollte, wenn sie die bestehende Grenze anerkennt. Als die OF diese Forderung ablehnt, werden ihr alle weiteren Versammlungen, politischen Reden und die Pressefreiheit genommen.

Vor ihrem Verbot hatte die OF in einigen Städten und Märkten noch eine größere Beteiligung an den Wahlversammlungen als die VP und SP. In Ferlach/Borovlje z.B. kamen zu einer SP-Wahlveranstaltung 300 Personen, zu der von der OF ca. 600. In Eberndorf/Dobrla vas am 12. 10. 1945 1 800 Teilnehmer, bei der ÖVP 150, bei den SP-lern 35 (10). Diese Zahlen zeigen, daß in diesem Jahr, nach dem Zusammenbruch des Faschismus, die politische Aktivität der Slowenen sehr hoch war und die Mobilisierungsmöglichkeiten der österreichischen bürgerlichen Parteien weit überstieg.

Nach dem Verbot der Kandidatur der OF entschied sich diese, ihre Anhänger zur Wahlabstinenz oder zur Unterstützung der KPÖ aufzurufen. In den zweisprachigen Gerichtsbezirken Südkärntens gab es dann bei dieser Wahl 12,2 – 47,2 % Stimmen, die für die KPÖ oder ungültig abgegeben wurden, besonders in den Gebieten, wo der Befreiungskampf stark entwickelt war.

Im Landesmaßstab hatte die SPÖ die relative Mehrheit mit 48,9 %, die ÖVP 39,8 % der Stimmen und die KPÖ 7,9 % (in Österreich hat sie einen Schnitt von 5 % erreicht.) Die SPÖ hatte die stärksten Stimmengewinne zu verzeichnen (um ca. 15 %). Danach kam die KPÖ, die sehr viele slowenische Stimmen bekam.

Nach den Wahlen versuchte die Landesregierung die ersten Spaltungsversuche unter den Slowenen. Der Regierungsrat Rudolf Cefarin erhielt den Auftrag, den „Bund Österreichischer Slowenen" zu gründen. Einigen slowenischen Bürgermeistern, die man für gemäßigt hielt, versuchte man mit Versprechungen in diesen Bund zu bringen. Ihnen wurde sogar eine bessere Beteiligung an der Macht versprochen, sie sollten z.B. 2 Sitze in der Landesregierung bekommen, und nicht nur 1 wie bisher. Doch diese Versuche hatten alle keinen Erfolg, was die SP und die VP dazu veranlaßte, zu direkten Drohungen überzugehen. So drohte in Ferlach/Borovlje im Dezember 1945 der SP-ler Lueger, der unter Hitler Major der Wehrmacht war, daß die Slowenen, die ihre politische Tätigkeit nicht aufgeben würden, nach Jugoslawien ausgesiedelt würden! Am 19. März 1946 erklärte Landeshauptmann Piesch nach der „Neuen Zeit" (Organ der SP) *„Wer sich nicht wohl fühlt, der möge südwärts wandern."* Und auch der neue SP-Landeshauptmann Wedenig erklärte 1947: *„Wir haben absolut nichts dagegen, wenn Slowenen, die nicht hier bleiben wollen, nach Jugoslawien ziehen."*

Diese Politik richtete sich darauf aus, die politische Betätigung der Slowenen ganz einzudämmen. Deswegen war in den Statuten des „Bundes Österreichischer Slowenen" auch der Paragraph, der die Beschäftigung mit dem tagespolitischen Geschehen untersagte. Nur rein kulturelle Betätigungen waren vorgesehen.

Dieser Verein hatte überhaupt keine Lebensfähigkeit, konnte zu Versammlungen oft nur Landesangestellte und Beamte bewegen, die es dem Dienstgeber zuliebe taten und wegen des Arbeitsplatzes. Ende 1947 mußte er seine Tätigkeit trotz finanzieller Unterstützung der Landesregierung einstellen.

Auch der später von der ÖVP initiierte „Bund Heimattreuer Südkärntner" hatte kein anderes Schicksal.

Diese Versuche zeigen, auf welchen Widerstand die offiziellen Politiker, die sich oft schon in der Zwischenkriegszeit als Slowenenhasser entlarvt hatten, gestoßen sind. Die Slowenen,

die sich im antifaschistischen Befreiungskampf beteiligten, hatten sich nicht nur von der deutschnationalen Politik der Kärntner Politiker losgelöst, sie waren aus ihrer lokalen Abgeschlossenheit herausgerissen worden und wurden mit allen politischen Fragen ihres Lebens konfrontiert und sie mußten Stellung beziehen. So hatten sich viele Bauern (es waren in erster Linie mittlere und ärmere Bauern, Landarbeiter, teilweise Industriearbeiter, Kaufleute und die Intelligenz, die sich für die nationalen Interessen der Slowenen einsetzten), die sich vom Einfluß des großbäuerlichen und reaktionären Landbundes losgerissen hatten, und ihre Phrasen von den gemeinsamen Interessen aller Bauern zu durchblicken begannen.

Den imperialistischen Besatzungsmächten und der österreichischen Bourgeoisie gelang es also bis 1947 keineswegs, die Slowenen in ihr politisches Fahrwasser zu bringen. Die Ablehnung der Slowenen gegen die österreichischen bürgerlichen Parteien war faktisch einheitlich. Die Slowenen konnten auch durch die Behauptung nicht betrogen werden, die maßgeblichen Kräfte des Nachkriegs-Kärnten hätten nichts mit der faschistischen Unterdrückung während des 2. Weltkrieges zu tun. Die Slowenen sahen, daß dieselben Kapitalisten und Großgrundbesitzer, dieselben Diplomaten und wichtigen Leute in der Verwaltung sowohl vor wie nach dem Krieg die Geschäfte führten und das Volk ausbeuteten. Dieselben Politiker hatten oft nur die Namen ihrer Vereine geändert und sie den neuen Bedürfnissen angepaßt. In den Landes- und Bezirksebenen der bürgerlichen Parteien hatten sich in Kärnten besonders viele alte Nazis eingenistet.

Diese einheitliche Haltung der Slowenen gegenüber den österreichischen bürgerlichen Parteien gibt es bis ins Jahr 1949, wo die Entscheidung über die Beibehaltung der alten österreichischen Grenzen von 1937 das auslösende Moment wird zur politischen Differenzierung unter der slowenischen Bevölkerung.

Bis dahin hatte es keinen sichtbaren Bruch in organisatorischer und politischer Hinsicht unter den Slowenen gegeben. Alle politisch aktiven Kräfte unter den Slowenen orientierten sich an der OF und an ihren politischen und wirtschaftlichen Unterorganisationen. Natürlich kam es unter den Slowenen zu inneren politischen Differenzierungen schon bald nach dem Ende des 2. Weltkrieges, doch standen sie im ersten Jahr vollkommen im Hintergrund; 1947 gab es die ersten stärkeren Anzeichen einer inneren Differenzierung, die darum ging, wie die slowenische Politik in der Landwirtschaft aussehen soll und sich in der Auseinandersetzung um die Führungspositionen widerspiegelte. Die Auseinandersetzung ging hier zwischen den alten konservativen Kräften, die in der Zwischenkriegszeit die Führung in den slowenischen Genossenschaften inne hatten, und neueren Kräften, die unter dem Einfluß der sozialistischen Sowjetunion und der Volksdemokratien einen neuen Weg einzuschlagen versuchten.

Die objektive Grundlage dafür liegt in der klassenmäßigen Differenzierung auch innerhalb der slowenischen Bevölkerung. Doch trotzdem war unter den Slowenen der Wunsch nach Lostrennung von Österreich stärker als die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, die sie in ihren selbständigen Organisationen zu treffen hatten.

In diesem Zeichen standen auch die verstärkten Aktionen der Jugend- und Kulturorganisationen der OF im Jahre 1947 und 1948. Angesichts der starken großdeutsch-chauvinistischen Kräfte im Land war es ihnen nicht gelungen, unter die „windischen" Teile der Slowenen einzudringen. Ihre Aktivität verstärkten sie durch viele politische Dorfversammlungen, auf der über die nationale Selbstbestimmung beraten wurde und Resolutionen für das Recht auf Lostrennung beschlossen wurden. Verstärkt wurde auch der Kampf für den praktischen Gebrauch der Sprache bei Ämtern und Behörden, sowie das Anbringen von zweisprachigen Aufschriften auf öffentlichen Gebäuden. Über 70 Jugendliche nahmen an einer Arbeitsbrigade zum Eisenbahnbau in Slowenien teil.

In den Jahren 1947/48 verschärften auch die bürgerlichen Parteien ihre Politik gegenüber den Slowenen. Im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen verstärkten sie ihre politische Tätigkeit am Land und in den Städten und Märkten in Südkärnten. Mit ihrer chauvinistischen Hetze unternahmen sie alles, um den „Beweis" zu liefern, wie gern das Volk bei Österreich bliebe. Diese Veranstaltungen wurden von massiven Einsätzen der Polizei und Gendarmerie begleitet und einige Hundert Verhaftungen und Hausdurchsuchungen durchgeführt, um verdächtige Slowenen, die sich dem

Chauvinismus entgegenstellten, mundtot zu machen. Gleichzeitig wurde eine Hetze gegen die KPÖ entfaltet.

Besonders im Jahre 1948, als das imperialistische Lager Kriegsvorbereitungen gegen die Volksdemokratien und die Sowjetunion verstärkte und zeigte, daß es kein Interesse habe, den Staatsvertrag über Österreich schnell zu beschließen, entwickelte die Bourgeoisie eine verstärkte Hetze gegen die Slowenen. Die Schulverordnung über das verpflichtende Lernen beider Landessprachen wurde zum Angelpunkt dieser Hetze gemacht. Sie war der österreichischen Bourgeoisie ein besonderer Dorn im Auge. 1945 wurde sie von der Landesregierung eingeführt, um die Verwirklichung des Vorschlages der Engländer, südlich der Drau ein slowenisches Schulwesen und eine slowenische Verwaltung einzurichten, zu verhindern. Waren bisher nur Stimmen kleinerer Funktionäre laut geworden, die darauf hinwiesen, daß nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages diese Verordnung fallen müsse, so traten in diesem Jahr die führenden Funktionäre der bürgerlichen Parteien mit diesen Ansichten an den Tag.

Die Schulverordnung über die zweisprachigen Volksschulen war selbst schon eine Fortsetzung des großdeutsch-chauvinistischen Kurses der Ersten Republik. Sie bedeutete eine weitere Privilegierung der deutschen Sprache und sah weiters keine slowenischen Haupt-, Mittel-, Landwirtschafts- und Berufsschulen vor, für die Volksschulen sah sie nur für die ersten drei Klassen einen Unterricht aller Gegenstände in beiden Sprachen vor, ab der 4. Schulstufe war Deutsch die Unterrichtssprache und Slowenisch wurde nur in 4 Wochenstunden, ab der 5. Schulstufe nur in 3 Wochenstunden unterrichtet.

Obwohl man von keinerlei Gleichberechtigung der Sprache reden kann, wurde diese Verordnung zu einem Mittelpunkt der Volksverhetzung. Die Gründe waren: Die Verordnung bestimmte ein klar umrissenes Gebiet, in dem der überwiegende Teil der Slowenen wohnte. Der Bourgeoisie ging es darum, jeden Hinweis darauf zu vernichten, daß in diesem Gebiet eine andere Nationalität lebe, denn sie sah, daß sich die Forderung nach Selbstbestimmung in diesem Gebiet wiederholen könnte.

Als erster trat im Jahre 1948 Hans Steinacher (der „berühmte Führer" aus dem Abwehrkampf) als Experte der ÖVP für Minderheitenfragen öffentlich gegen die „slowenische Zwangsverordnung" auf. Es ging ihm nicht nur darum, an der Haltung zu dieser Verordnung die „Heimattreue" aller Kärntner zu messen, sondern auch darum, ob jemand bereit sei, „in der Zeit, wo alle vom Kommunismus bedroht werden", für die Freiheit des Westens einzutreten. Das „Elternrecht" - d.h. das „Recht" der Eltern, selbst zu entscheiden, ob ihre Kinder slowenisch lernen „müssen", wo doch diese Sprache die Sprache der Landesverräter sei - wurde zum Um und Auf der Demokratie und der Freiheit gestempelt. Gepaart mit wirtschaftlichem Druck und staatlicher Schikane sollten die Slowenen dazu gebracht werden, ihre Nationalität aufzugeben, und das österreichische Volk sollte dazu der Bourgeoisie bei diesem Werk mithelfen.

Welche Mittel die Herrschenden zu dieser Zeit aufgeboten hatten, um eine wirklich Progromstimmung gegen die Slowenen zu erzeugen, sieht man an den Feiern zum 10. Oktober 1948.

In diesem Jahr fanden es SP und VP wieder günstig, an diesem Gedenktag des imperialistischen Volksbetruges einen neuerlichen Volksbetrug aufzuziehen. Und damit ihr politischer Einfluß gleich für Jahrzehnte gesichert werde, erhoben sie diesen Tag zum Landesfeiertag. 80 000 - 100.000 Menschen trommelten sie an diesem Jahrestag in Klagenfurt/Celovec zusammen.

Sie feierten „die Solidarität und das Zusammenstehen aller Kärntner" zu ihrer „freien und ungeteilten" Heimat, wie es die Reaktion nannte.

Wie die SPÖ in diesem Volksbetrug ihre führende Rolle wahren wollte, zeigt ein Ereignis. In der Auseinandersetzung darüber, ob der Landesfeiertag bezahlt werden sollte oder nicht, kam es zwischen der ÖVP und der SPÖ zu Meinungsverschiedenheiten. Die SP trat für die Bezahlung dieses Feiertages ein. Die ÖVP war dagegen. Nun kam die SPÖ von „links" und warf der ÖVP vor, daß man nun sehe, wie weit ihre Heimattreue gehe, denn nun sehe man, daß die Hintermänner der ÖVP - die Kapitalisten - nicht bereit seien, ein kleines Opfer für die gemeinsame Sache zu bringen und den Arbeitern diesen Tag frei zu geben und sie doch zu bezahlen.(10a)

Daran kann man ermessen, daß die SPÖ keine minder reaktionäre Rolle gespielt hat bei der Niederhaltung des Volkes nach dem 2. Weltkrieg als die ÖVP und daß sie nicht - wie viele

meinen – ihre chauvinistische Politik mache, weil sie von einigen Nazis in ihrer Partei dazu gedrängt werden. Sie hat sie nach dem 2. Weltkrieg gemacht, weil sie seit 1945 eine staatstragende bürgerliche Partei war, die im Solde des Weltherrschaftsstrebens des US-Imperialismus stand, und die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen vollständig unter die Macht der Kapitalistenklasse unterwerfen wollte. Sie macht heute diese Politik, weil sie als Regierungspartei des österreichischen Imperialismus im Zuge der Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg notwendigerweise verstärkt Chauvinismus und Sozialchauvinismus zur Spaltung und ideologischen Niederhaltung der Arbeiterklasse einsetzt

Nachdem 1949 in Paris die Grenzen Österreichs in ihrem alten Rahmen bestätigt wurden, orientierte sich die Bourgeoisie zielstrebig weiter darauf, daß nach dem Abschluß des Staatsvertrages diese Schulverordnung beseitigt werde. Bei allen wichtigen politischen Ereignissen, wie Landtagswahlen, wurde ab nun die Frage der Rechte der Slowenen hineingeflochten und einige Male direkt zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der Parteien gemacht

Auch stellten sie immer wieder die Forderung nach der Ermittlung des Willens der Bevölkerung, ob sie die slowenischen Institutionen, Schulen usw. überhaupt wolle. Eine Vorbereitung der Minderheitenfeststellung, wie sie 1959 innerhalb des neuen Schulgesetzes zur Vorbedingung für die Festlegung der Schulen, an denen man nach besonderen Wunsch der Eltern Slowenisch lernen könne, war also schon langfristig im Gange.

Die Politik der KPÖ

Die KPÖ schätzte es im wesentlichen richtig ein, wozu die Politik der Sperrzone, der Entnationalisierung und des Chauvinismus führen sollte. Sie wies darauf hin, daß diese Politik nur im Rahmen der imperialistischen Versklavungspolitik Österreichs durch die westlichen Imperialisten zu sehen ist und im Rahmen der Kriegsvorbereitungen gegen die Völker im Osten.

Am Anfang richtete sie ihren Hauptstoß gegen die Nazis in führenden wirtschaftlichen Positionen und in öffentlichen Institutionen. Sie stützte sich auf die antifaschistische Gesinnung besonders unter den Arbeitern und unter den Slowenen. Als z.B. Anfang 1947 der frühere Nazigauhauptmann Natmeßnig freigelassen wurde, protestierten die örtlichen Vertreter der VP, SP und KP in Natmeßnigs Heimatgemeinde Pörtschach schriftlich gegen seine Entlassung. Es zeigt den Haß, der in der Bevölkerung vorhanden war, und besonders gegen diesen Nazi, der beim Zusammenbruch Hitlerdeutschlands den Mittelsmann zwischen dem Kärntner Gauleiter Rainer und seinem Nachfolger Piesch spielte.

Auch Piesch selbst, der als Vertreter der SP bei den Londoner Grenzverhandlungen war, mußte wegen dieser seiner Tätigkeit nach seiner Rückkehr nach Kärnten abtreten.

Als es herauskam, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft auch ein Nazi gewesen war, wurde er sofort von den Arbeitern hinausgeworfen.

Zur Frage der nationalen Selbstbestimmung sagte die KPÖ-Landesleitung Kärntens im Juni 1945 in einem slowenischen Flugblatt folgendes: *„Wir Kommunisten, die wir im Kampf um die Freiheit Österreichs die schwersten Opfer gebracht haben, und uns dabei immer auf die breiten Volksmassen gestützt haben, sind der Meinung, daß es notwendig ist, anzuerkennen, daß die Kärntner Slowenen in diesem dreijährigen blutigen Kampf gegen die Hitlerdiktatur als führende Kraft beteiligt haben.*

Aus diesem Grund glauben wir, daß es notwendig ist, dem slowenischen Volk in Kärnten, entsprechend seiner Kraft und entsprechend seinen Opfern im bisherigen Kampf gegen den Faschismus, auch in der weiteren Entwicklung des Kampfes gegen die noch bestehende nazistische Ideologie und den Repräsentanten dieser Ideologie Hilfe zu bieten und die Möglichkeit der Zusammenarbeit mittels der Zuteilung entsprechender Stellen in der öffentlichen Verwaltung" ... „Eine endgültige und zufriedenstellende Lösung des nationalen Problems in Kärnten ist nur durch eine Politik der gegenseitigen Verständigung und auf freundschaftlicher Basis und im gemeinsamen Kampf des österreichischen und slowenischen Volkes gegen den bestehenden Faschismus in Kärnten möglich.

Daß aber die freundschaftlichen Beziehungen mit unserem Nachbarn Jugoslawien hergestellt werden, und daß die nationale Frage richtig gelöst wird – ungeachtet dessen, wie die territoriale Frage auf der Friedenskonferenz geregelt wird – ist es notwendig, daß schon heute den Kärntner Slowenen ihre gerechten Forderungen nach Mitarbeit in der öffentlichen Verwaltung anerkannt werden. Auch hier gilt der Grundsatz, daß sich die betreffenden demokratischen Kräfte, in dem Fall das slowenische Volk in Kärnten, ihre Vertreter selbst wählen. Eine solche Mitarbeit, das ist eine verhältnismäßige Vertretung der Slowenen in allen Bereichen, würde ohne Zweifel die Lösung der nationalen Frage sehr erleichtern."

Am 30. 10. 1945 schrieb der „Volkswille" zum Selbstbestimmungsrecht der Slowenen: *„Ehrenvoll vertreten wir den Standpunkt, daß sich die Kärntner Slowenen durch ihren entschlossenen Kampf das Recht erkämpft haben, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Wir sind weit davon entfernt, ihnen irgendeine Entscheidung aufzwingen zu wollen, wie dies in der Vergangenheit mehrmals geschehen ist ...."*

Und in einem Rundschreiben der KPÖ Kärnten vom 5. 8. 1946 erklärte sie auf die Forderung des Landeshauptmannes von Kärnten, Piesch, nach einem „ungeteilten Kärnten": Wenn man für die Rechte der Südtiroler kämpfe, *„können wir Kommunisten den Slowenen in Kärnten nicht verwehren, an ihr Mutterland angeschlossen zu werden."*

In ihrer praktischen Politik hat sie aber diesen Standpunkt nicht immer richtig vertreten. In erster Linie geht es um den Fehler, daß sie vor annexionistischen Wünschen der österreichischen Kärtner Bourgeoisie zurückgewichen ist und deren Einverleibungspolitik faktisch nicht angegriffen hat. Das ist offensichtlich ein Fehler, der mit der allgemeinen Einschätzung des Charakters und der Kräfte der österreichischen Bourgeoisie zusammenhängt.

In ihren Leitsätzen im Jahre 1946 schätzte sie die Situation so ein: *„Auch in Österreich besteht die Möglichkeit, aus der gegenwärtigen Situation herauszukommen und neue Wege der Demokratie zu beschreiten.*

Schwere Kämpfe stehen bevor, um diese Möglichkeit zu realisieren. Die Reaktion ist heute nicht stark genug, um Österreich zu einem Bollwerk gegen die Kräfte des Fortschritts zu machen, aber solche Tendenzen sind unverkennbar vorhanden. Heute trachtet die Reaktion vor allem, Zeit zu gewinnen, die Initiative des Volkes zu unterbinden, keine wirkliche Neugestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens zuzulassen." (11)

„Zu dieser Zeit saß aber die Bourgeoisie schon gut im Sattel und führte schon den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft durch. Auch im Staatsapparat hatten die Kräfte des Volkes keine wirkliche Macht. Wie war es mit den Polizei- und Gendarmeriekräften in Kärnten? In der Einleitung dieses Artikels wird schon darauf hingewiesen, wie die Entnazifizierung hier durchgeführt wurde. Über den wirklichen Stand zur damaligen Zeit sagte im Jahre 1950 der Sicherheitsdirektor von Kärnten, Oberst Josef Stossier: *„Bereits am Vorabend des Zusammenbruchs erfolgte die Zusammenfassung der Gendarmerie- und Polizeikräfte des Landes unter einheitlicher Führung, wodurch die Gefahr chaotischer Zustände in der Zeitspanne zwischen dem Sturz des NS-Regimes und der Besetzung des Landes durch die britische Armee erfolgreich abgewendet wurde."* Weiter schreibt er *„.... die Sorge um die Sicherheit der Kärntner Grenze (nahm) einen breiten Raum im Betätigungsfeld der Sicherheitsdirektion ein. Da grundsätzlich der Einsatz der staatlichen Machtmittel gegen den Personenkreis unterlassen wurde, der für die Abtrennung Südkärntens eintrat, war es nötig, den Sicherheitsapparat in besonderer Form zum Schutze der Heimat einzusetzen. Ein gut aufgebauter Informationsdienst und die systematische Beobachtung aller lokaler Vorgänge halfen mit, der staatsfeindlichen Propaganda einer Handvoll politischer Desparados die Spitze abzubrechen... In welchem Ausmaß die Sicherheitsdirektion den unterirdischen Kampf gegen ausländische Agenten und Emissäre erfolgreich führen konnte, wird erst in einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden können."* (12)

Gegen diesen bewaffneten Staatsarm führte die KPÖ keinen entschiedenen Kampf und sie stellte auch nicht die Forderung nach der Bildung einer Volksmiliz und der jederzeitigen Abwählbarkeit der Volksvertreter auf, mit denen sie eine offensive Politik gegen die erstarkende Reaktion hätte führen können.

Das hat sich sicherlich auf die Kampfstärke sowohl der Arbeiterschaft wie des slowenischen Volkes auswirken müssen. Besonders angesichts der Tatsache, daß besonders ab Mai 1946 pro Monat im Schnitt 15 – 20 slowenische Aktivisten eingesperrt und im Schnitt noch mehr Hausdurchsuchungen gemacht wurden.

Die KPÖ erkannte auch bei der Slowenenfrage nicht rechtzeitig, daß bei der Beschließung von politischen Resolutionen und Verordnun-

gen die Stellungnahmen der VP und SP, die demokratisch klangen, meist nur eine Taktik waren, die eingeschlagen wurde, um bei den Staatsvertragsverhandlungen sagen zu können, daß sie die Slowenen vorbildlich behandle. Das war bei der Verordnung zum zweisprachigen Schulwesen in Südkärnten sicherlich so. Eingeführt wurde sie angeblich, um das *„friedliche Miteinander"*, und eine freie Entwicklung auch der Slowenen zu ermöglichen. Doch schon bei der Beschlußfassung meldeten die Vertreter der Landesregierung ihre Bedenken an, daß dadurch die deutschsprachigen Kinder in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden könnten. Und auf den Versammlungen ihrer Mitglieder erklärten sowohl VP als SP schon im Jahre 1946, daß man Geduld haben solle, bis die Friedensverhandlungen abgeschlossen seien (so ein SP-Funktionär in Techelsberg/Dholica) und der VP-ler Glantschnig erklärte seinen Vertrauensleuten, daß diese zweisprachige Schule nur solange bestehen werde, als die Engländer im Lande seien

Und offensichtlich war das auch bei den politischen Erklärungen hinsichtlich der Grenzfragen so. Die KPÖ hatte im Jänner 1947 gemeinsam mit der VP und SP im Landtag eine Resolution beschlossen, in der festgehalten wurde, daß alle drei Parteien gegen die Lostrennungsforderung Südkärntens waren, und zwar weil dies der Wille der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sei, was auch darin zum Ausdruck komme, daß alle drei demokratischen Parteien diese Forderungen ablehnen. Gleichzeitig wurde festgehalten, daß die Entnazifizierung konsequent durchgeführt werden solle und den Slowenen alle Rechte gegeben werden müssen.
Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die KPÖ im wesentlichen nur zum Recht auf Lostrennung geäußert und dieses Recht den Slowenen gebilligt. Mit der Zustimmung zur Resolution des Landtages hat sie sich nun deutlich gegen die praktische Durchführung dieses Rechtes ausgesprochen. Sie war offensichtlich zur Einschätzung gekommen, daß die Lostrennung zu dieser Zeit nicht hätte durchgeführt werden können, weil die Imperialisten eine demokratische Lösung der nationalen Frage gewaltsam verhindert hatten (Sperrzone). Auch bestand in Kärnten selbst keine Möglichkeit, diese Forderung wirklich durchzuführen. Die Arbeiterklasse war nicht stärker geworden und auch unter den Kräften, die in der OF vereinigt waren, gab es die ersten Anzeichen für eine politische Differenzierung.

Auch der Vertreter Jugoslawiens bei der Außenministerkonferenz in Moskau im Frühjahr 1947 hatte diese Einschätzung. Denn in einem vertraulichen Brief vom 20. April 1947 schrieb er an Wyschinskiy, daß Jugoslawien auch einem Minimalvorschlag zustimmen würde, bzw im schlechtesten Fall sich mit einer Schutzbestimmung für die Slowenen und einem Sondervertrag über die Nutzung aus der Elektrizität, die bei Schwabegg/Žvabek und Lavamünd/Labod aus der Drau gewonnen werde, zufrieden wäre.

Als Leitlinie der Kommunisten in Kärnten diente die Stellungnahme des Sekretärs des Zentralkomitees der KPÖ, Friedl Fürnberg, die er auf der Plenarsitzung des ZK im Jänner 1947 abgab

„Wenn wir österreichischen Kommunisten der Auffassung Ausdruck geben, daß die Gebietsforderungen Jugoslawiens für ein demokratisches Österreich untragbar sind, so verlangen wir gleichzeitig von unserer Regierung, daß sie sofort alle Maßnahmen trifft, um den Slowenen in Kärnten volle Gleichberechtigung zu sichern. Dazu gehört das Recht auf slowenische Lehrer in den Schulen, slowenisch als gleichberechtigte Amtssprache in den zweisprachigen Gebieten, demokratisches und freies Organisationsrecht und volle Bewegungsfreiheit aller nationalen, wirtschaftlichen und politischen Organisationen der slowenischen Bevölkerung. Wir fordern von der Regierung ferner die sofortige Entfernung aller faschistischen und reaktionären jugoslawischen Verräter aus Österreich, Sicherung gegen die Fortsetzung großdeutscher, antijugoslawischer Propaganda, und schließlich fordern wir von ihr, die Aufhebung der inneren Demarkationslinie in Kärnten zu erwirken." (13)

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die KPÖ in keinem programmatischen Dokument zu dieser Frage Stellung bezogen, was darauf hindeutet, daß sie die Bedeutung dieser Frage für den Klassenkampf in ganz Österreich unterschätzt hatte. Auch in ihren „Programmatischen Leitsätzen" von 1946 nimmt sie zur Slowenenfrage keine Stellung ein. Das leistete etlichen Schwankungen in dieser Frage Vorschub

In der Leitlinie von Fürnberg, die vorher zitiert wird, ist aber schon der wichtigste Fehler angelegt, der sich dann am schwerwiegendsten ausgewirkt hat. Die Tatsache, daß der slowenische Teil Kärntens annektiert worden war und

daß sich die österreichische Bourgeoisie anschickte, es weiterhin unter ihrer Herrschaft zu halten, wird nicht angegriffen. Aber ohne einen offensiven Kampf für das Recht auf Lostrennung, ohne schärfste Agitation und Propaganda dagegen, daß die Bourgeoisie das Recht auf Lostrennung verweigert, kann es in dieser Frage keinen konsequenten Standpunkt der Arbeiterklasse geben, nimmt sie selbst chauvinistische Positionen ein.

Die Landesorganisation Kärnten stellte in ihren Publikationen hauptsächlich ein Argument heraus: den einheitlichen Willen des Volkes, der auch durch den einmütigen Beschluß der drei Parteien gegen die Lostrennung Südkärntens zum Ausdruck komme. Darunter mischten sich sogar Argumente, daß dieser Wille schon seit der Zwischenkriegszeit bestehe und daß die 'fortschrittlichen Teile der Bevölkerung schon 1920 für Österreich entschieden hätten!" (Gen. Rabitsch auf dem 2. Landesparteitag, November 1946).

Mit keinem Wort wurde der Standpunkt der KPÖ aus der damaligen Zeit erwähnt, die 1930 in einem Flugblatt feststellte: *„In Wirklichkeit war es aber keine wahre Volksabstimmung, sondern ein Volksbetrug!"* (siehe Kommunist Nr 3/77, Seite 28)

Darüber hinaus hob sie nicht hervor, daß es damals eine imperialistische Grenzziehung war, die die Siegermächte in St. Germain begünstigt hatten. In demselben Flugblatt sagte damals die KPÖ: *„In Wirklichkeit handelte es sich damals um gar kein Selbstbestimmungsrecht der Slowenen, die imperialistischen Interessen des italienischen und jugoslawischen Staates waren die treibenden Faktoren."*

Die Zentrale der KPÖ hob nicht, wie ihre Landesorganisation in Kärnten, nur ein Argument hervor. Otto Langbein stützt sich noch auf andere Argumente; im Weg und Ziel sagt er:

„Dieser slowenisch bevölkerte Teil von Kärnten gehörte infolge der naturgegebenen Landesstruktur so sehr zur geographischen und wirtschaftlichen Landschaft Kärntens, daß er im Lauf der ganzen Geschichte stets einen integrierenden Teil dieses Bundeslandes gebildet hat." (15)

Auch hier handelt es sich um keine genaue Analyse der Verhältnisse, war es doch so, daß erst seit 1920 Südostkärnten der wirtschaftliche Orientierungspunkt der Bevölkerung wurde, gehörte doch die Umgebung um Bleiburg/Pliberk zum Einzugsgebiet der Bergwerke im Mießtal.

Außerdem war es gefährlich, den Wunsch von Teilen der Bevölkerung, wirklich in dieser Landeseinheit zu bleiben, in eine Linie zu stellen mit den Absichten der bürgerlichen Parteien.

Trotz dieser Fehler hielt die KPÖ an der Aktionseinheit mit der OF fest. Doch wurde sie durch diese Fehler sicherlich geschwächt. Gleich einige Tage nach der gemeinsamen Erklärung aller drei Parteien kam die KPÖ unter scharfen Beschuß der VP und SP. Die bürgerlichen Parteien sagten in der Propaganda, die KPÖ sei ja auch der Meinung wie sie, sie sei aber nur dafür, *„weil sie noch keine Weisung von außen erhalten habe"* etc. Weil sie sich nicht klar von ihren Positionen abgegrenzt hatte, konnte sie schwerer den Kampf um das *Recht* auf Selbstbestimmung führen und mit dem Kampf um den Sozialismus in Österreich verbinden

Und wegen der Fehler gelang es ihr auch schwerer, die Slowenen, von denen jetzt viele austraten, von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen

Selbstkritisch analysierte die KPÖ 1948 ihre Haltung auch zu der Slowenenfrage. In einer Resolution der Landesleitung heißt es: *„Die Landesleitung hat die Bedeutung der nationalen Frage in Kärnten unterschätzt. Sie führte einen ungenügenden Kampf gegen die Überreste großdeutscher Ideologien innerhalb der eigenen Reihen und dadurch war es möglich, daß im slowenischen Gebiet sogar Referenten der Landesleitung verletzend aufgetreten sind. Seit 1945 hat die Partei zu wenig getan, um das Nationalbewußtsein der Kärntner Slowenen zu wecken und zu stärken. Die Landesleitung vernachlässigte ihre Verantwortung für die Kommunisten, die in der OF tätig sind. Diese legten zu wenig Gewicht auf die Verbindung des nationalen Freiheitskampfes mit den täglichen Fragen des sozialen Kampfes der Kärntner Slowenen.*

Die Bedeutung der nationalen Frage in Kärnten muß von der Partei richtig eingeschätzt werden. Jeder Kommunist muß sich bewußt sein, daß die OF eine wichtige Massenorganisation in Kärnten ist, welche mehr als bisher von der Partei unterstützt werden muß. Die Kommunisten innerhalb der OF müssen sich klar sein, daß ihr Kampf um die nationalen Interessen der Kärntner Slowenen nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die führende Rolle der KPÖ anerkennen. Durch unsere positive Arbeit und Problemstellung müssen wir mithelfen, das nationale Bewußtsein der Kärntner Slowenen zu heben."

„Der Landesausschuß unterstreicht, daß die slowenischen Kommunisten die nationalen Inter-

essen der Kärntner Slowenen bis zum Recht der Lostrennung vertreten. Der Landesausschuß sieht in diesem Kampf keinen Widerspruch zum Kampf des österreichischen Volkes. Die Kärntner Slowenen und das österreichische Volk haben dieselben Feinde. Dieselben Kräfte, die Österreich die Unabhängigkeit verweigern, verweigern den Slowenen ihre primitivsten nationalen Rechte. Es ist das internationale Finanzkapital mit den USA an der Spitze und seine Handlanger in Österreich, die Regierung Figl-Schärf.

Der Kampf der Kärntner Slowenen um ihre nationalen und sozialen Rechte ist ein Kampf des großen antiimperialistischen Kampfes. Er ist gegen den Imperialismus und seine Handlanger in Österreich gerichtet. Dieser Kampf ist somit eine Hilfe für die Werktätigen Österreichs in ihrem Kampf um die nationale Unabhängigkeit und um die Volksdemokratie. Je aktiver und schärfer die Werktätigen Österreichs ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterklasse Österreichs führen, desto mehr unterstützen sie auch den Kampf der Kärntner Slowenen um ihre nationalen Interessen."

Aber auch nach dieser Selbstkritik hat die KPÖ keinen klaren und prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Standpunkt erarbeitet. Sie hält zwar in ihrer Selbstkritik fest, daß *„die Bedeutung der nationalen Frage in Kärnten richtig eingeschätzt werden (muß)"*. Tatsächlich führte sie aber keine grundlegende Analyse der Slowenenfrage durch, sie legte nicht fest, aufgrund welcher theoretischer Fehler ihre Schwankungen auftraten. Auf keinem Parteitag nach 1948 oder in ihrem theoretischen Organ führt sie eine umfassende und grundsätzliche Analyse dieser Frage durch. Das wirkte sich sicherlich auf weitere Schwankungen und Fehler in ihrer Politik aus. So trat sie z.B. am 5. Mai 1949 in der von der Landesleitung Kärnten herausgegebenen slowenischen Zeitung „Slovenski borec"* konsequent für eine territoriale Autonomie für die Slowenen ein, und grenzte sie deutlich von einer kulturellen Autonomie ab. Am 1. August desselben Jahres brachte sie aber im Kärntner Landtag einen Antrag auf Errichtung einer slowenischen Volkskammer ein, deren wesentliche Kompetenz das Vorschlags- und Vetorecht bei Gesetzen des Kärntner Landtages lag. Dieser Vorschlag hatte also nicht eine konsequente territoriale Autonomie des slowenischen Gebietes zum Inhalt, und zeigt wieder die Schwankungen, denen die KPÖ ausgesetzt war.

Die weitere Entwicklung in der Slowenenfrage wurde aber auch durch die revisionistische Entartung der Führer der Jugoslawischen KP beeinflußt. Die KP Sloweniens hatte im nationalen antifaschistischen Kampf der Slowenen eine bedeutende Rolle gespielt. Sie behielt natürlich diesen Einfluß auch nach der Besetzung Kärntens durch die Briten. Augenscheinlich wurde dieser Einfluß, als nach der Verurteilung der Führung der Jugoslawischen Kommunistischen Partei durch das Informationsbüro der acht kommunistischen Parteien (Kominform) praktisch über 90 % der slowenischen Genossen aus der KPÖ austraten und die Kominformresolution verurteilten.

Die KPÖ nützte die Kritik des Kominformbüros und führte eine Selbstkritik durch. In der schon vorher erwähnten Resolution kritisiert sie u.a. ihre sozialdemokratischen Führungsmethoden in der Partei, die sich nicht auf kollektives Arbeiten stützt und zu administrativem Anleiten abrutscht. Sie stellt fest, daß dies den Mitgliedern und der Arbeiterklasse nicht das Vertrauen in die Führungsorgane und in die Kraft der Partei vermitteln könne. Auch deckt sie auf, daß bei den slowenischen Genossen, die in der OF führend sind, eine Unterschätzung der Rolle der Partei vorhanden sei, was dazu führe, daß der Kampf um die nationalen Interessen vom Kampf um die sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen losgelöst werde. Die Lage, in der sich damals die KPÖ befand, charakterisiert sie (in ihrer Resolution) so: *„Eine der Hauptursachen für die jetzigen Schwankungen und Fehler führender slowenischer Genossen in der OF liegt in der Unterschätzung der Bedeutung der Partei im Kampf um die nationalen Interessen der Kärntner Slowenen.*

Diese Schwächen (die Unterschätzung der Bedeutung der Slowenenfrage) bewirkte, daß die österreichischen Genossen die Bedeutung der OF als Massenorganisation und Genossen slowenischer Nationalität die Rolle der Partei als führende Kraft gegen den Imperialismus unterschätzten. Österreichische Genossen versuchen vielfach, gemachte Fehler in der nationalen Frage mit Diskussionen über die Kominform-Resolution zu verwischen. Andererseits versuchen slowenische Genossen ihre Fehler in der Einschätzung der Kominform-Resolution durch die Diskussion über die nationale Frage zu verdecken." (16)

Auch in der nationalen Frage hatten die Führer der KP Jugoslawiens den Marxismus-Leninismus verlassen, auch diese Politik mußte unter den Slowenen, die für die Lostrennung kämpften, seine Auswirkungen haben.

In einer Broschüre über die Meinungsunterschiede in der nationalen Frage, die im Jahre 1949 von der slowenischen OF in Kärnten herausgegeben wurde, deren Autor ein führender Funktionär der KP Sloweniens, Boris Kraigher, ist, wird festgestellt: *„Die Praxis hat bis heute schon gezeigt, daß es demokratischen Kräften gelungen ist, diese 'Theorie' (der Unantastbarkeit der durch die Imperialisten festgelegten Grenzen) am Beispiel Italiens zu erschüttern - obwohl es noch nicht gelungen sei, national konsequente und gerechte Grenzen zu schaffen. Wesentlich ist, daß dadurch die imperialistischen Grenzen des Rapallo- und St. Germainer- Friedensvertrages erschüttert wurden und daß es deswegen die Aufgabe der demokratischen Kräfte ist, heute - wo dazu die notwendigen internationalen Bedingungen geschaffen wurden - so gründlich wie möglich diese Grenzen zu zerschlagen und die gerechtesten und richtigsten nationalen Grenzen zu erkämpfen. Heute geht es also in der slowenischen nationalen Frage nicht mehr um das Recht auf Lostrennung, sondern um die Bestimmung der richtigen nationalen Grenzen."* (17)

Hier wird ausgedrückt, daß es den jugoslawischen Führern nicht mehr um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes geht, sondern nur mehr um eine Grenzziehung, die auf einer internationalen Konferenz durchgeführt wird.

Hier wird der revolutionäre Standpunkt verlassen, der die nationale Frage dem Klassenkampf unterordnet, nicht die Interessen des Volkes im betreffenden Gebiet stehen im Vordergrund, sondern einzig und allein die Interessen eines Staates, sich günstige Grenzen zu ziehen. Das ist in Wirklichkeit eine Haltung, die über die Interessen des in diesem Gebiet für Lostrennung kämpfenden Volkes hinweggeht.

Eine solche Grenzfrage stellte sich nur 1945 unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Faschismus, als die slowenischen Befreiungskämpfer noch bewaffnet waren und ihre Macht in Südkärnten für zwei Wochen zu konsolidieren begannen. Nachdem sie sich aber dem Druck der Imperialisten beugen, die jugoslawischen Teile der Truppen abziehen mußten und die einheimischen Partisanen entwaffnet wurden, baute die österreichische Bourgeoisie mit Hilfe der britischen Besatzung ihre Macht aus. Die Frage der Selbstbestimmung war keine reine Grenzfrage mehr, sie wurde Bestandteil des Klassenkampfes in Österreich. Nachdem also Südkärnten ein zweites Mal gewaltsam in österreichisches Staatsgebiet gezwungen wurde, mußten die revolutionären Kräfte den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen unmittelbar mit dem Klassenkampf gegen die österreichische Bourgeoisie und den Imperialismus verbinden.

In dieser Frage gab es unter den slowenischen Kommunisten in Kärnten und unter den Angehörigen der OF starke Abweichungen. Das war auch der wichtigste Grund dafür, daß Ende 1948 vier führende Slowenen, die leitende Funktionen in der OF hatten, aus der KPÖ ausgeschlossen wurden. In ihrer Ausschlußbegründung hebt die KPÖ hervor, daß den schwerwiegenden Fehlern der vier Genossen folgende theoretische Anschauungen zugrunde liegen: die falsche Annahme, daß Südkärnten befreites Gebiet sei; die Nichtanerkennung der Tatsache, daß die österreichische Bourgeoisie ihre Macht errichtet hat, deswegen kein Kampf gegen deren Herrschaft, deswegen die Anschauung, daß die britische Besatzungsmacht als einzige für dieses Gebiet zuständig sei. Diese politischen Positionen führten dazu, daß keine Forderung gegen die militärische Sperrzone erhoben und daß der nationale Kampf vom täglichen Kampf um die sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes losgelöst wurde. Deswegen sei es auch dazu gekommen, daß die hauptsächlichen Kampfformen die Beschlußfassung von Resolutionen war, was zu einer Schwächung der OF führte.

Diese Politik mußte praktisch auf die Stärkung der britischen Imperialisten und der österreichischen Bourgeoisie hinauslaufen, die Hauptfrage war die, wie die Bedingungen geschaffen werden, daß das Volk die Bourgeoisie in diesem Gebiet stürzt und dann selbst darüber entscheidet, wie es das Selbstbestimmungsrecht praktisch durchführt. Und in diesem Rahmen wäre es richtig gewesen, wenn von den Revolutionären die Verhandlungen um die Grenze und die Argumente, die dort gegen die österreichische Annexionspolitik gebracht wurden, im Kampf gegen die Unterdrückungs-, Entnationalisierungs- und Kriegstreiberpolitik ausgenutzt worden wären. Eine völlige Orientierung der Hoffnungen der Slowenen auf diese Friedensverhandlungen mußte sich lähmend auf die politische Kraft der Slowenen auswirken, mußte

* „Slowenischer Kämpfer"

den Blick auf den wirklichen Weg zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung durch die sozialistische Revolution in Österreich verstellen.

Anmerkungen

(1) Weg und Ziel, Jg. 1947 Seite 105
(2) Weg und Ziel, Jg. 1947 Seite 104
(3) Weg und Ziel Jg. 1948, Seite 77
(4) Gebiets- und Wirtschaftsfragen der Untersteiermark, Herausgegeben von einem Komitee sachkundiger Personen, 1946.
(5) Stefan Karner: Kärntens Wirtschaft 1938-1945, Wissenschaftliche Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Klagenfurt, 1976, Seite 174.
(6) Weg und Ziel, Jg. 1948, Seite 777.
(7) Karner Seite 114 ff
(8) Jürgen Blumer: Die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete Südostkärntens. Dissertation an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Universität Innsbruck, Seite 37
(9) Koledar slovenske Koroške (Kalender für das slowenische Kärnten), Jg. 1949, Seite 45.
(10) Tone Zorn: Slovenska manjšina na Koroškem v letih 1945-1950 (Die slowenische Minderheit in Kärnten in den Jahren 1945-1950) Ljubljana 1965, Seite 90.
(10a) Zur 30. Wiederkehr der Kärntner Volksabstimmung, Herausgegeben vom Slowenischen Kulturverband, 1950, Seite 6.
(11) Leitsätze der KPÖ 1946
(12) Kärnten baut auf, Hgg. von der Kärntner Landesregierung, 1950, Seiten 61 u. 62
(13) Weg und Ziel, Jg. 1947 Seiten 415/416
(14) z.B. „Um die Landeseinheit Kärntens", Broschüre der KPÖ-Landesleitung Kärnten, 1947.
(15) Weg und Ziel, Jg. 1947 Seite 402.
(16) undatierte Abschrift der Resolution der KPÖ-Landesleitung Kärnten, (Mitte 1948).
(17) O mnenjih v slovenskem narodnem vprašanju (Über die Meinungsunterschiede in der nationalen Frage der Slowenen), von Boris Kraigher. Seite 11.

An die Leser des „Kommunist"

Aus Platzgründen kann die im „Klassenkampf" angekündigte Auseinandersetzung mit der VRA erst in der nächsten Nummer des „Kommunist" erscheinen.

Korrektur!

Im „Kommunist" 8/77 ist auf Seite 54, 1. Spalte, 6. Zeile von unten ein Fehler unterlaufen. Statt „Anfang der 50er Jahre" soll es „Anfang der 20er Jahre" heißen.

Die Entwicklung der revolutionären Bewegungen unter den Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern und die Aufgaben der Kommunisten

Seit Beginn der 70-er Jahre haben sich die revolutionären Bewegungen unter den Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern verstärkt. Immer mehr Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern, die in ihrer sozialen Lage schon mehr Arbeiter geworden als sie noch selbständige Kleinproduzenten sind, nehmen auch in den Kämpfen der Arbeiterklasse und des unterdrückten Volkes teil. Entscheidend an dieser Entwicklung ist neben der Fülle der Aktionen an denen sich Arbeiter-, Vertrags- und Kleinbauern beteiligten, auch die wachsende Differenzierung in der Bewegung, der Klärungsprozeß und die klarer an den Tag tretenden Illusionen, die die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern noch in den Kapitalismus, den kapitalistischen Staat und „ihre Interessensvertretungen" hegen.

Betrachtet man die folgende Aufstellung der Kampfaktionen genauer, dann muß man sich zu deren Beurteilung immer wieder folgende Fragen vergegenwärtigen:

1. Wer beteiligt sich an den Aktionen: Großbauern oder Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern, also Bauern, die schon mehr Arbeiter sind und deren Perspektive ganz klar die eines Arbeiters ist?
2. Wer führt die Bewegung? Die „Interessensvertretung aller Bauern", also der Bauernbund oder handelt es sich um neue, selbständige Bewegungen, in denen sich neue Führungen herausbilden?
3. Welche Forderungen werden erhoben?
4. Mit welcher Intensität und Entschlossenheit beteiligen sich die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern an den Bewegungen?

Kampfaktionen der Bauern seit 1971

Eine kursorische Übersicht

19. 3. 1971: 10.000 Bauern demonstrieren in Wien. Hauptforderung: Erhöhung des Milchpreises, Verbilligung von Dieselöl. Der Bauernbund ruft zur Demonstration auf.

26. 3. 1971: Über 10.000 Bauern demonstrieren in Graz zur Durchsetzung derselben Forderungen. Zur selben Zeit gibt es auch Demonstrationen der Bauern in Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck. Auch hier ruft überall der Bauernbund zu den Aktionen auf.

1. 4. 1973: Eine erregte Menge von Bauern empfängt Kreisky in Schärding.

Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen SP-Anhängern und den demonstrierenden Bauern. Kein Aufruf einer „Interessensvertretung"

7./8. 4. 1973 In Grieskirchen (OÖ) empfangen 3.000 empörte Bauern den Bundeskanzler. Wie in Schärding klagen die Bauern über den wachsenden Druck der Preis-Kosten-Schere (d.h., daß die Betriebsmittelkosten steigen, während die Preise für die Produkte stagnieren oder sinken). An die Regierung werden Forderungen nach Maßnahmen gegen den Ruin der kleinen Bauern gestellt. Kein Aufruf einer Interessensvertretung oder bäuerlichen Organisation.

17. 7. 1973: Milchblockade gegenüber der „Unterkärntner Molkerei" in Klagenfurt nach Aufruf durch den „Allgemeinen Bauernverband". Am 18. 7. fahren auch Traktoren vor 5 oberösterreichischen Molkereien auf. Gefordert wird die Senkung des Milchkrisengroschens und die Erhöhung des Milchpreises bei den Produzenten.

Juli 1974: Sitzstreik der Bevölkerung von Obervogau (Stmk) (Hauptträger sind Arbeiterbauern und Kleinbauern) gegen die Geruchsbelästigung durch die Tierkadaververwertungsfabrik Piller

August 1974: Sitzstreik der Dorfbevölkerung von Gössendorf (Stmk) gegen den Bau einer Müllverbrennungsanlage.

20. 1. 1975 Rübenbauern blockieren die Leopoldsdorfer Zuckerfabrik und fordern die Anhebung des Zuckerpreises um 24 % für die Industrie, damit auch die Bauern mehr bekommen. Der Bauernbund ruft zur Aktion auf. Die über ihre Lage empörten Kleinbauern werden von den kapitalistischen Großbauern und der Zuckerindustrie für deren Interessen eingespannt.

Februar 1975: Demonstration in Enns/OÖ: 2 000 Menschen, hauptsächlich Bauern, kommen zu einer AKW-Veranstaltung, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. 500 werden nicht eingelassen. Kein Aufruf durch eine Organisation.

Frühjahr 1975: 300 Menschen demonstrieren in St. Pantaleon, darunter viele Bauern. Kein Aufruf durch eine Organisation.

Juni/Juli 1975: Bei Verhandlungen zur Erhöhung des Milch-, Getreide- und Rinderpreises und der Angleichung der Zuschußrentner an die Bauernpension kommt es fast zu Konflikten.

April 1976: Kärntner Bauern demonstrieren gegen die Aufstauung der Drau und die damit verbundene Zerstörung der Kulturfläche und des Grundwassers. Kein Aufruf durch eine Organisation.

7. 7. 1976: Bauern demonstrieren gegen die Errichtung eines Militärdepots am Zauchensee/Salzburg.

Ende Juli 1976: In ganz Österreich demonstrieren tausende Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern gegen ein Abkommen zwischen der Regierung und dem Bauernbund, das nur eine Erhöhung des Milchpreises um 20 g vorsieht. Sie fordern 70 g Erhöhung des Milchpreises, eine Erhöhung der Mehrwertsteuerpauschale auf 10 %, Einfuhrsperren für Vieh und Fleisch. Die zwischen Regierung und Bauernbund ausgepackelte Regelung bleibt jedoch aufrecht.
Nach der Besetzung der Kärntner Landwirtschaftskammer durch 8 Bauern und 1 Bäurin am 14. 7. 76 breitet sich die Protestbewegung unter den Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern in ganz Kärnten rasch aus. Am 19. 7. kommen 800 Bauern mit 400 Traktoren nach Klagenfurt und blockieren den Viktringer-Ring. Die Bewegung erreicht mit 22. 7. 76 ihren Höhepunkt, als 1 700 Traktoren nach Klagenfurt fahren. Für denselben Tag wurden vom Allgemeinen Bauernverband eine Blockade der Gastarbeiterroute in der Steiermark und Aktionen in Salzburg geplant.

Herbst 1976: In NÖ und OÖ wird der Protest gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerkes St. Pantaleon und die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf stärker und macht sich in immer zahlreicheren Aktionen Luft. Kein Aufruf.

1976/77: Bei den heuchlerischen Informationskampagnen zum AKW-Bau drücken auch zahlreiche Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern ihren Protest aus.

12. Juni 1977: Zahlreich nehmen viele arme Bauern (vor allem aus dem Waldviertel) am Protestmarsch nach Zwentendorf teil. Aufruf der IÖAG.

25. Juni 1977: 3.000 Menschen, vor allem arme Bauern, demonstrieren in Allentsteig gegen die Atommüllagerung. Aufruf der IÖAG.

August 1977: An der Transitstrecke Salzburg – Spielfeld („Gastarbeiterstrecke") kommt es an einigen Orten zu Kampfaktionen gegen Lärm und Schmutz, die durch den Verkehr verursacht werden. Viele kleine Bauern nehmen daran teil. Kein Aufruf durch eine bäuerliche Interessensvertretung oder Organisation.

August 1977: Bei den Demonstrationen in Kärnten für die Rechte der Minderheiten nehmen viele kleine Bauern aus dem Südkärntner Raum teil. Aufruf der Minderheitenorganisationen.

Man kann also zusammenfassen, daß sich die Bewegungen unter den Bauern seit 1970 wesentlich geändert und weiterentwickelt haben.

Die soziale Zusammensetzung bei Bauerndemonstrationen hat sich geändert

Standen bei den großen Demonstrationen 1971 noch die kleinen Bauern und die Großbauern in einer Front gegen die Agrarpolitik der SPÖ, wobei die Politik der SPÖ abgelehnt und die ÖVP noch befürwortet und propagiert wurde, so stellten sich 1976 die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern, die die Hauptträger der Demonstrationen waren, ohne die Großbauern – die hatten sich in der Zwischenzeit abgesetzt und ohne die Führung durch den Bauernbund, gegen die Agrarpolitik der SP-Regierung und gegen die Politik des ÖVP-Bauernbundes. Den Großbauern war die Straße und die revolutionären Potenzen, die sich dort unter den kleinen Bauern und Arbeiterbauern entwickelten, ein zu heißes Pflaster geworden. Wie gesagt, trugen die kleinen Bauern die Demonstrationen, also die Arbeiterbauern, die schon in die Fabrik gehen mußten, um ihr Auskommen zu finden, die Vertragslandwirte, die mehr oder weniger durch die Abhängigkeit von Lieferverträgen an Agrarkonzerne zu Heimarbeitern geworden waren, und die vom Ruin bedrohten und an die Banken verschuldeten Kleinbauern. Kurz gesagt, kleine Bauern, die in ihrer Lage schon mehr oder weniger Arbeiter geworden waren oder Kleinbauern, die in ihrer Perspektive Arbeiter sind, trugen die Auseinandersetzungen immer stärker.

Daß die Großbauern, die sich zu Agrarkapitalisten herausgemausert hatten, an Kämpfen gegen die Kapitalistenklasse – also gegen sich selbst – und den Staat – also ihren eigenen Sachwalter – kein Interesse haben können, liegt auf der Hand. Ebenso, daß sie diese Bewegungen fürchten, sie zu bekämpfen und zu spalten versuchen würden.

Die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern nehmen verstärkt an den Volkskämpfen teil

In den 60-er und Anfang der 70-er Jahre beschäftigten sich demonstrierende Bauern fast noch ausschließlich mit den Erzeugerpreisen, der klaffenden Preis-Kosten-Schere, also mit jenen Problemen, die sie als Besitzer von Produktionsmitteln, als Kleinproduzenten tangieren. Das hat sich ab etwa 1973 in immer stärker werdendem Ausmaß geändert. Immer mehr Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern gingen gegen die Umweltverschmutzung und -zerstö-

rung, gegen die imperialistische Energiepolitik, gegen die Militärpolitik und die Minderheitenpolitik der SP-Regierung auf die Straße. Stärker wurde auch der Protest gegenüber der Steuerausplünderung durch den Staat, obzwar die Forderungen, die in dieser Hinsicht erhoben wurden, noch stark von den Interessen der Großbauern geprägt waren.

Insgesamt schlossen sich jedoch die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern verstärkt den Bewegungen der Arbeiterklasse und des gesamten ausgeplünderten und unterdrückten Volkes an und wurden darin eine wichtige Triebkraft. Damit verließen sie den Standpunkt des bornierten Kleinproduzenten, der nur an seinem eigenen Vorteil interessiert ist und seine Existenz verewigen will. Damit trugen sie objektiv dem Rechnung, was sie mehr und mehr geworden sind: Teil der Arbeiterklasse und des durch die Kapitalistenklasse ausgebeuteten und unterdrückten Volkes. Das hat die weiteren Bewegungen und die darin erhobenen Forderungen schon beeinflußt und wird es noch weiter tun. Das hat aber vor allen Dingen die Bedingungen für den Zusammenschluß der werktätigen und proletarisierten Bauern mit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten, deren Staat und zu deren Sturz und für den Kampf um den Sozialismus beträchtlich verbessert.

Die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern lösen sich von ihren Interessensvertretungen

1971 führte die großen Demonstrationen in Wien und Graz der Bauernbund. In beiden Städten wurden die Reden von hohen Bauernbund- und ÖVP-Funktionären gehalten (Maurer und Wallner). 1976 war es schon ganz anders. Als der Bauernbunddirektor Sodat im Sommer 76 vor den demonstrierenden Bauern eine Rede halten wollte, wurde er ausgepfiffen. Ebenso der FP-Bauernfunktionär Rainer-Monte, der die Bewegung auf die Mühlen der FPÖ lenken will. Beide mußten ungehört abziehen. Führer der Bewegung war der Allgemeine Bauernverband, der sich mit seiner Politik gegen die Agrarpolitik von SPÖ und ÖVP stellt, jedoch dadurch, daß er den Bauern als Kleinproduzenten verewigen will, die kleinen Bauern an den Kapitalismus bindet. Wenn auch viele kleine Bauern den Aufrufen des Allgemeinen Bauernverbandes folgten, dann taten sie es meist nicht, weil sie seine Politik unterstützten, sondern weil ihre Empörung ins Unermeßliche gestiegen war. In den Bewegungen selbst gingen sie auch weit über die vom Allgemeinen Bauernverband vorgeschlagenen Schritte und Maßnahmen hinaus.

Die Hartnäckigkeit der Aktionen der kleinen Bauern ist gewaltig gestiegen

Waren die Demonstrationen in den frühen 70er-Jahren noch stark davon geprägt, daß die Führer des Bauernbundes zwar radikale Töne gegen die SPÖ spuckten, die Bewegung jedoch auf die ÖVP-Mühlen zu lenken versuchten (z.B. wurde bei einer solchen Demonstration auch zur Wahl von Kurt Waldheim aufgerufen), sie aber insgesamt abwiegelten und jede Konfrontation mit dem Staat und dem Staatsapparat aus dem Wege gingen, so wurde 1976 die Politik des Bauernbundes und dessen Abwieglertaktik scharf kritisiert und bekämpft. In den Bewegungen selbst kam es 1976 zu massiven Zusammenstößen zwischen Staatsapparat und den demonstrierenden kleinen Bauern und Arbeiterbauern. Als die Polizei daranging, mittels Demonstrations- und Fahrverbot die Kampfaktionen niederzuschlagen, errichteten die empörten Massen Barrikaden. Wenn die Polizei eine Barrikade niederriß, entstand 100 m weiter eine andere. Auch die Drohungen, daß jene Bauern, die während des Fahrverbotes demonstrieren, mindestens S 1000,- Strafe zahlen müßten, brachte die Demonstranten nur mehr in Wut als zum Einlenken. Einlenkungs- und Maßhalteappelle fruchteten ebensowenig wie Polizeimaßnahmen, Drohungen, Hetze und Schikane. Die für die Kleinbauern ruinbringende Agrarpolitik, durch Schulden und Belastungen, durch die von den Agrarkonzernen vorgetragene Ausbeutung und durch Katastrophenschäden (Hitzewelle), für die sie keine Unterstützung bekamen, ins Unendliche empörten Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern, wollten der Regierung und dem Bauernbund eine Niederlage beibringen. Sie wollten zum Ausdruck bringen, daß sie weitere Verrätereien nicht dulden und selbst den Kampf beginnen würden. Das merkten die hohen Herren von Regierung und Bauernbund, und sie hetzten und verleumdeten dementsprechend. Auch die Kommunisten müssen diese Entschlossenheit und Militanz erkennen und diese positiven Faktoren für den Klassenkampf und die Revolution nutzen.

Unter den proletarisierten bäuerlichen Massen und den Kleinbauern gibt es noch viele Schwächen und Illusionen.

Den Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern wird zwar die Wurzel ihres Elends bewußter, doch sie hegen noch viele Illusionen in den Gang der kapitalistischen Gesellschaft und in ihre eigenen Perspektiven. Sie wollen sich noch oft als Kleinbauern verewigen und bekämpfen den bürgerlichen Staat vom Standpunkt einer überkommenen Produktionsweise. Das hängt mit ihrer ehemaligen oder noch bestehenden Klassenlage als Kleinproduzenten zusammen, die sie – ob sie wollen oder nicht – zu Warenproduzenten macht. Ein Arbeiterbauer, der 8 Stunden in einer Fabrik arbeitet, verkauft in erster Linie seine Arbeitskraft. Der Verkauf seiner Erdäpfel, Schweine oder Rüben ist dem schon untergeordnet. Trotzdem fesselt ihn dieser Verkauf der Produkte und der Tatbestand, daß er vor einigen Jahren nur seine eigenen Produkte verkaufte, noch stark an die überkommene Produktionsweise.

Diesen Illusionen müssen die Kommunisten so entgegenarbeiten, indem sie als Ursache der schlechten und sich verschlechternden Lage der verproletarisierten oder vor der Proletarisierung stehenden Kleinbauern auf die kapitalistischen Verhältnisse zurückführen. Wenn sich die Empörung bloß gegen die SPÖ und diesen oder jenen Politiker wendet, müssen die Kommunisten aufzeigen, daß die bürgerlichen Parteien und deren Politiker nur Verfechter und Verteidiger der kapitalistischen Produktionsweise sind, die gestürzt werden muß. Den kleinen Bauern müssen durch die Politik der Kommunisten die Augen geöffnet werden, daß sich der Kapitalismus auf dem Lande mehr und mehr Bahn bricht, daß der Kapitalismus auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse beruht, und daß *„die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen, des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit ist."* (Programm des KB, Seite 7).

Illusionen bei den kleinen Bauern gibt es auch in bezug auf ihre Haltung zu den Genossenschaften und auch zum Bauernbund, der eng mit den Genossenschaften verfilzt ist. In den Bewegungen werden diese noch oft deshalb angegriffen, weil sie die Interessen der Bauern verraten und nicht – was der Realität entspricht, daß diese wie andere Agrarkapitalisten und der bürgerliche Staat aus der Ausbeutung der Arbeiterbauern, Vertrags- und Nebenerwerbsbauern Profit ziehen und deshalb ihre Klassenfeinde sind.

Groß sind auch die Illusionen der Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern darüber, daß sie durch die Erhöhung der Erzeugerpreise ihr Kleineigentum retten könnten. Daß der Kapitalismus mit elementarer Gewalt das Kleineigentum beseitigt, wollen sie oft noch nicht wahrhaben. Damit stellen sie sich aber gegen die Einsicht ihrer Lage und vor allem auch gegen das Ziel, das die Arbeiterklasse als Ausweg aus dem Elend auch diesen Schichten weist: den Sturz des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates, die Beseitigung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln und seine Überführung in gesellschaftliches Eigentum.

Demgegenüber müssen die Kommunisten immer wieder die wirkliche Lage der Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern herausarbeiten. Diese trägt, grob umrissen, die folgenden Charakteristika:

a) Mit der zunehmenden Verschuldung der Kleinbauern an Banken und Genossenschaften wird ihnen die Verfügung über ihre Landwirtschaft genommen.

b) Die Arbeiterbauern, die ohne die Arbeit in der Fabrik nicht mehr ihre Existenz fristen könnten, sind in Wirklichkeit ohnehin schon in erster Linie mehr Arbeiter.

c) Ein Vertragsbauer, wie z.B. ein Bauer in der Steiermark, der für den Konzern Agrosserta die Schweine füttert, von Agrosserta die Ferkel und das Mischfutter zugestellt bekommt, und dem die Größe und Ausstattung seiner Stallungen vorgeschrieben wird, ist ein *Heimarbeiter*, der seine Arbeitskraft verkauft. Vom Status des „eigenen Herrn" kann er genauso nur träumen wie ein Fabriksarbeiter.

d) In den letzten Jahren wurden und werden jährlich tausende Kleinbauern durch den Gang der kapitalistischen Konkurrenz durch die Ausbeutung durch Agrarkonzerne und die Agrarpolitik des kapitalistischen Staates, die sich auf die Förderung der Großbauern und die Ruinierung der Kleinbauern spezialisiert hat, von ihren Höfen vertrieben.

Die wirkliche Lage der Kleinbauern, und wenn sie von ihnen erkannt wird, ist die schärfste Waffe gegen die immer wieder auftauchenden Illusionen.

Welche Forderungen erhoben die Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern und welche Haltung haben die Kommunisten zu diesen Forderungen?

Man kann die Forderungen, die von den kleinen Bauern und Kleinbauern aufgestellt wurden, im wesentlichen in 3 Gruppen einteilen.

a) Forderungen nach Erhöhung der Erzeugerpreise

b) Forderungen nach Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lage der Bauern (z.B. Katastrophenhilfe)

c) Forderungen, die die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern als Teil der Volksmassen gegen die Kapitalisten und deren Staat richten.

zu a)

Wohl am häufigsten wurde in den Bewegungen der Bauern die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise erhoben. Auch hier gab es Entwicklungen. Zu Beginn der 70-er Jahre stand diese Forderung noch viel mehr im Vordergrund als nach 1975. Bei den Demonstrationen im Jahr 1971 stand im Mittelpunkt der Forderungen der Bauern die nach Erhöhung des Milchpreises um 35 g. Die Forderung wurde vor allem mit dem Inhalt einer Parole, die damals immer wieder zu hören war, begründet. *„Betrogen wird im ganzen Land seit Jahren nur der Bauernstand."*

1976 hat sich das Bild schon geändert: Die Aktionen richteten sich in erster Linie gegen den hinterhältigen Vertrag, der zwischen Bauernbund und Regierung ausgehandelt worden war. Erst nach diesem Vertrag kam es überhaupt zu Aktionen. Die Forderung nach Erhöhung des Milchpreises um 70 g wurde erst in zweiter Linie erhoben. Erste Forderung war: Rücknahme des Vertrags. Daneben: Sofortige Maßnahmen gegen die Hitzeschäden. Die Begründung der Forderung nach Rücknahme des Vertrags und nach Erhöhung der Erzeugerpreise lag jetzt nicht mehr in erster Linie in den Verweisen auf den Bauernstand, sondern in den Verweisen auf die schlechte Lage der Arbeiterbauern, auf den drohenden Ruin der Kleinbauern, auf die Not durch die Hitzeschäden etc., auf die Verschuldung und den Preisverfall.

Ob man die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise unterstützen soll oder nicht, ist eine schwierige Sache und muß von Fall zu Fall untersucht werden.

Es ist etwas grundsätzlich anderes, wenn ein auf Getreideanbau spezialisierter landwirtschaftlicher Großbetrieb sich für die Erhöhung des Getreidepreises stark macht, oder ob ein kleiner Milchbauer, der von den Lieferungen an die Molkerei und den Preisen, die diese zahlt, abhängig ist, eine Erhöhung des Milchpreises fordert. Oder wenn ein kleiner Feldgemüsebauer, der Lieferverträge mit „FELIX" hat, von diesem Konzern fordert, daß er mehr zahlen soll.

Im ersten Fall sind wir grundsätzlich dagegen, da wir nicht den Kapitalisten dabei unterstützen, seine Produkte um einen höheren Preis loszuschlagen.

Im zweiten Fall müssen wir konkret untersuchen, wie weit eine Gruppe von kleinen Bauern schon proletarisiert, d. h. zu Heimarbeitern für Agrarkonzerne geworden sind. Lenin sagte, daß die kleinen Landwirte als Klasse nicht umhin können, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und daß der gleichbedeutend damit ist, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesellschaft solidarisieren.

Ist nun der Prozeß der Proletarisierung weit fortgeschritten, dann wird der kleine Landwirt in seiner Klassenlage zum Arbeiter, zum Heimarbeiter, der vordringlich seine Arbeitskraft verkauft und dessen Forderung nach Erhöhung der Preise seiner Produkte schon mehr den Charakter einer Lohnforderung gegenüber dem Kapitalisten hat. Der Besitz an den Produktionsmitteln existiert dann nur mehr zum Schein, ebenso wie die Verfügungsgewalt darüber

In diesem Fall können wir die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise unterstützen. Der Feldgemüsebauer und der Milchbauer sind schon in erster Linie Heimarbeiter, die nur mehr formal die Verfügung über Stall, Vieh und Feld haben, real aber die Verfügung in den Händen der Molkereien und der Agrarkonzerne liegt. Wenn diese die Lieferverträge kündigen - und meist sind diese Konzerne und die Molkereien die einzigen Abnehmer in bestimmten Gegenden, dann ist auch der letzte Schein des „selbständigen Bauern" dahin und der Kleinbauer muß seinen Hof verlassen.

Wie unterstützen die Kommunisten die Forderungen nach Erhöhung der Erzeugerpreise bei Vertragsbauern und fast-vertragsbäuerlichen Kleinbauern richtig?

Erstens müssen sie die Forderungen und die Hauptziele der Forderungen gründlich untersuchen, alle Kritiken, die von einem reaktionären Standpunkt aus kommen, bekämpfen und die auf den Klassenkampf und die Revolution vorwärtsweisenden fördern. Zweitens müssen sie hartnäckig Kenntnisse über die Lage der Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern verbreiten, um so deren Illusionen zu untergraben. Wir müssen ihnen zeigen, wie weit sie schon Arbeiter geworden sind, oder wie kurz ihr Übergang zum Arbeiter bevorsteht, wie die Agrarpolitik des bürgerlichen Staates sie enteignet, wie sie von den Schulden an die Raiffeisenkassen erdrückt und von den Verträgen mit den Agrarkonzernen ausgeplündert werden und den Modalitäten der Verträge auf Gedeih und Verderb ausgesetzt sind. Wir müssen ihnen zeigen, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiter ist und auf jeden Fall Forderungen der kleinen Bauern unterstützen, die sich gegen die Erhöhung der Konsumentenpreise richten, z. B. „Erhöhung der Preise für Feldgurken für die Feldgemüsebauern, keine Mehrbelastung für die Käufer!"

Unter den Arbeitern werden wir auch um Verständnis für diese Forderungen werben, weil sie ja von einem ganz bestimmten Teil der Arbeiterklasse aufgestellt werden. Genauso müssen wir unter den Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern die Einsicht verbreiten, daß sie z.B. die Lohnforderungen von z.B. Metallarbeitern unterstützen müssen, um die Forderungen ihrer neuen Klassenbrüder, der Arbeiter, zum Durchbruch zu verhelfen. Wichtig wird es vor allem sein, herauszustellen, daß die Klassenziele der Arbeiter nicht nur in Einzelfragen die der Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern sein sollen, sondern daß sie insgesamt das Ziel der Arbeiterklasse, den Sturz des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus verfechten sollen. Es klingt seltsam, daß man einem Arbeiter so eindringlich von seinen Klassenzielen überzeugen muß. Das gilt aber für alle Arbeiter, besonders für noch ziemlich „neue Teile" er Arbeiterklasse, wie es ja die Vertragsbauern und Arbeiterbauern sind.

In den Bewegungen und Kämpfen werden wir darauf achten und es fördern, daß die Agrarkonzerne als Kapitalisten angegriffen werden, die aus der Ausbeutung der Arbeiter in der Verarbeitungsfabrik und aus der Ausplünderung der Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern ihre Profite ziehen. Genauso halten wir es bei der Schürung der Gegnerschaft gegenüber dem kapitalistischen Staat. Gerade unter den kleinen Bauern und Arbeiterbauern kommt es darauf an, ihn als Sachwalter der Kapitalistenklasse und als Schutzherrn des kapitalistischen Systems zu entlarven, weil sich sonst die Empörung – hier noch leichter als unter Arbeitern – gern nur gegen diese oder jene Partei, diesen oder jenen Politiker, nicht aber gegen die bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Politiker als Repräsentanten des kapitalistischen Ausbeutungssystems, das auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse beruht, richtet. Gerade daß die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern letzteres erkennen, die Kämpfe der Arbeiter gegen das Lohnsystem und den kapitalistischen Staat unterstützen und sich umfassend an den Kämpfen beteiligen, wollen wir erreichen

Nicht können wir allerdings Forderungen unterstützen, mit denen die Revisionisten schon jahrelang hausieren gehen. Diese müssen wir entschieden bekämpfen.

Eine dieser Forderungen ist: „Bauern und Arbeiter gegen Zwischenhandelsprofite"

Diese Forderung suggeriert die Einheit der Klasse der Bauern, die es schon längst nicht mehr gibt. Da die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern schon mehr Arbeiter als Bauern sind, ist diese Forderung objektiv einmal auf die Bereicherung der kapitalistischen Großbauern ausgerichtet. Ihren „linken" Anstrich soll sie dadurch bekommen, daß sie sich gegen Zwischen-

handelsprofite richtet. Gegen das Profitsystem haben diese Leute nichts, aber über die Zwischenhandelsprofite und die Profite der Monopole können sie sich verbal empören. Daß nicht die Multis oder „Monopole" und auch nicht deren Zwischenhandelsprofite die Wurzel des Übels sind, sondern die kapitalistische Warenproduktion, und daß diese beseitigt werden muß, um das Übel auszurotten, das wollen diese Betrüger vertuschen. Damit entwaffnen sie die Arbeiterklasse insgesamt und auch diesen speziellen Teil der Arbeiterklasse, die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern.

Wie sehr die VRA mit ihren Lobhudeleien auf den „Kärntner Bauernkampf" den Revisionisten gleichkommt, zeigt ihre Unterstützung von reaktionären Forderungen und Anschauungen, wie sie in der Broschüre „Acht Bauern und eine Bäuerin .... Kärntner Bauernkampf 1976" enthalten sind.

Die Teilnehmer an den Demonstrationen im Juli 1976 in Kärnten zeichneten sich gerade dadurch aus, daß ihr überwiegender Teil real nicht mehr Bauern, sondern schon mehr Arbeiter waren. Nur mehr formal war die Masse dieser Demonstranten Besitzerin von Höfen und verfügte über ihre Wirtschaften. Das stört die VRA nicht. Munter schreibt sie von „den Bauern" als wären die Verhältnisse noch wie vor 100 Jahren. Die VRA redet von „Bauernkämpfen", „Bauernforderungen", und tritt für die Schaffung einer „Bauerngewerkschaft" ein. Daß es keine Gewerkschaft für Besitzer, wenn auch nur für kleinere, geben kann, weil ja immer ein Bourgeois bei Strafe seines Untergangs den anderen fressen muß, vergißt sie großzügig. Besonders peinlich wird es, wenn Arbeiterparolen zu „Bauernparolen" umgedichtet werden: „Alle Mägen stehen still, wenn der starke Bauernarm es will" Fast scheint es, daß nach Ansicht der VRA die Bauern allein die kapitalistischen Verhältnisse beseitigen können, da sie ja, da sie Nahrungsmittel produzieren, die Wirtschaft ruinieren können, weil alle Mägen still stehen... Den Stahl, den die Arbeiter herstellen, kann man eb nicht essen...

Alles, was in dieser Broschüre zum Ausdruck gebracht wird, ist vom Standpunkt einer längst überholten Produktionsweise aus gesagt. Daß die Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern ihre Lage als schon gewordene oder zukünftige Arbeiter erkennen, wird durch reaktionäres Geschwätz von „den Bauern" verhindert. Damit wird die Arbeiterklasse und ein besonderer Teil von ihr entwaffnet und nur noch stärker an Reaktionäre gebunden.

Die Klassenspaltung zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, die sich auch auf dem Lande schon durchgesetzt hat, wird vertuscht und die rückwärtsgewandte Perspektive der kleinen Bauern als Warenproduzenten herausgestrichen. Wo es darauf ankommt, in der Analyse herauszuarbeiten, daß das kapitalistische System die Wurzel der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Proletarisierung der Arbeiterbauern- Vertrags- und Kleinbauern ist, verteidigt die VRA die kapitalistische Wirtschaft, indem sie fragt: „*Wäre es Ihnen egal, wenn durch eine Massenabwanderung aus der Landwirtschaft eine Massenarbeitslosigkeit eintreten und so unsere* (!) *gesamte Wirtschaft zusammenbrechen würde?*" (Broschüre der VRA, Seite 11f)

Aber sehen wir uns die Aussagen im Zusammenhang an. In der VRA-Broschüre heißt es:

„*Wir Bauern möchten die Bedeutung der Landwirtschaft nicht höher einschätzen, als sie tatsächlich ist. Aber wissen Sie, was eintreten würde, wenn die Bauern infolge ihres miserablen Einkommens ihre Höfe aufgeben würden? Wäre es Ihnen egal, wenn die Lebensmittelversorgung zusammenbrechen würde und sie für Brot, Milch, Fleisch etc. in den Geschäften Schlange stehen müßten, wie dies in vielen Teilen der Erde der Fall ist? Wäre es Ihnen egal, wenn die Landschaft veröden und ganz Kärnten zu einem einzigen Urwald würde? Wäre es Ihnen egal, wenn die arbeitslos gewordenen Bauern auch in Industrie, Gewerbe und Verwaltung drängen und so Ihren Arbeitsplatz abspenstig machen und als Lohndrücker fungieren würden? Wäre es Ihnen egal, wenn durch eine Massenabwanderung aus der Landwirtschaft eine Massenarbeitslosigkeit eintreten und so unsere gesamte Wirtschaft zusammenbrechen würde?*

Wir meinen, daß Ihnen das alles nicht egal sein kann, wenn sie ein verantwortungsvoller und einsichtiger Bürger unseres Staates sind!"

Damit hat die VRA genau die Sorgen der Kapitalisten und des Staates getroffen, die sich überlegen, wie sie mit den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung fertigwerden könnten.

Jeder einzelne Satz beweist, daß diese Leute mit der Revolution nicht viel vorhaben, sondern daß sie ihre Gegner sind. Ihre vergeblichen Versuche und Überlegungen, die kapitalistischen Auswüchse zu beseitigen, ohne die kapitalistische Warenproduktion anzutasten, ist schon

von anderen versucht worden. Samt und sonders sind diese Versuche auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet.

Der wirkliche Gang der kapitalistischen Entwicklung nimmt jedoch auf die reaktionären Vorstellungen von Verfechtern vorkapitalistischer Produktionsweisen keine Rücksicht. Täglich enteignet er die Kleinbauern, wirft sie ins Proletariat und treibt sie in die Städte. Damit vermehrt er nur die Zahl seiner Totengräber, die seinen Sturz betreiben werden. Das haben die Demonstrationen im Sommer 1976, die hauptsächlich von Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern getragen wurden, gezeigt. Die armen Bauern und Arbeiterbauern haben das, was sie täglich erfahren – als Arbeiter in den Fabriken, die daneben noch eine kleine Wirtschaft betreiben, als Heimarbeiter für Agrarkapitalisten und als Schuldner bei den Banken, als Gegner gegen die kapitalistische Umweltzerstörung usw. – noch besser verstehen gelernt: daß es die Kapitalisten und ihr Staat sind, die es zu bekämpfen und zu beseitigen gilt.

Zu b)

Bei den Forderungen nach Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lage „der Bauern" gilt es vorsichtig zu sein. Berechtigt sind Forderungen nach Katastrophenhilfe für geschädigte Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern. Betriebe ab einem bestimmten Betriebseinkommen sollten nicht gefördert werden. Daß die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern von der Zahlung des Milchkrisengroschens befreit werden sollen, ist zu unterstützen. Da es in der Milchproduktion fast ausschließlich Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern gibt, kann man diese Forderung generell aufstellen.

Nicht unterstützen sollte man Forderungen nach Exportstützen für Fleisch- und Viehexporte. Sie dienen nur den Viehhändlern und Exportschiebern. Auch von Importsperren haben immer nur die Großbauern profitiert, die dann müheloser den heimischen Markt mit ihren Produkten überschwemmen und die Kleinbauern ausstechen könnten.

Entscheidend ist auch hier, daß wir herausstreichen, daß diese Maßnahmen, soweit sie unterstützenswert sind, nur der Milderung des Elends der proletarisierten oder vor der Proletarisierung stehenden kleinen Bauern dienen können und daß es aber notwendig ist, zur Beseitigung dieses Elends den Kapitalismus zu stürzen.

zu c)

Nun kommen wir zu den Forderungen, die in den Kämpfen der Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern eine immer größere Rolle spielen, zu den Forderungen, die sie gemeinsam mit den Arbeitern erheben, die sie erheben als Teil des ausgebeuteten und unterdrückten Volkes. Diese Forderungen sind auch das Hauptkettenglied zur Herstellung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und den Kleinbauern.

Die Forderungen, wie z.B. „Gegen die imperialistische Energiepolitik" und deren Konkretisierung in Forderungen wie „Kein Atomkraftwerk in Zwentendorf" „Keine Atommüllagerung in Allentsteig" oder „Keine Aufstauung des Drautals", wurden in den letzten Jahren von einer großen Zahl Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern erhoben. Sie sind im Interesse der Arbeiterklasse und richten sich gegen die Herrschaft des Kapitals und dienen der Vorbereitung des Sturzes des Kapitalistenstaates und der Durchführung der proletarischen Revolution. Diese Forderungen müssen von den Kommunisten unterstützt werden. Ebenso Forderungen gegen die Steuerpolitik des kapitalistischen Staates, die sich in Parolen wie „Weg mit allen indirekten Steuern" Luft machen. Nicht können wir jedoch Forderungen unterstützen, die speziell nur für „die Bauern" gelten, wie „Erhöhung der Mehrwertsteuerpauschale auf 10%!", da sie die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern für die Interessen der kapitalistischen Agrarbetriebe einspannen, für die die Arbeiterklasse natürlich nichts übrig hat und weil sie die Aufspaltung der Bauernklasse in Großbauern und proletarisierte Kleinbauern ungeschehen machen will.

Immer häufiger werden auch Forderungen gegen die kapitalistische Umweltzerstörung aufgestellt

„*Keine Müllverbrennungsanlage in Gössendorf!*"

„*Umfahrung für Prenau!*"

„*Weg mit dem Durchzugs- und Schwerverkehr!*"

Proteste gab es auch gegen den Bau eines Militärdepots am Zauchensee und gegen die Zerstörung von Kulturen durch Manöver in Oberösterreich, vor allem um Allentsteig.

Bei den Demonstrationen im Sommer 77 „Gegen die Minderheitenpolitik der Regierung!" „Für die Rechte der Minderheiten!" „Zweisprachigkeit für Bleiburg!" nahmen auch

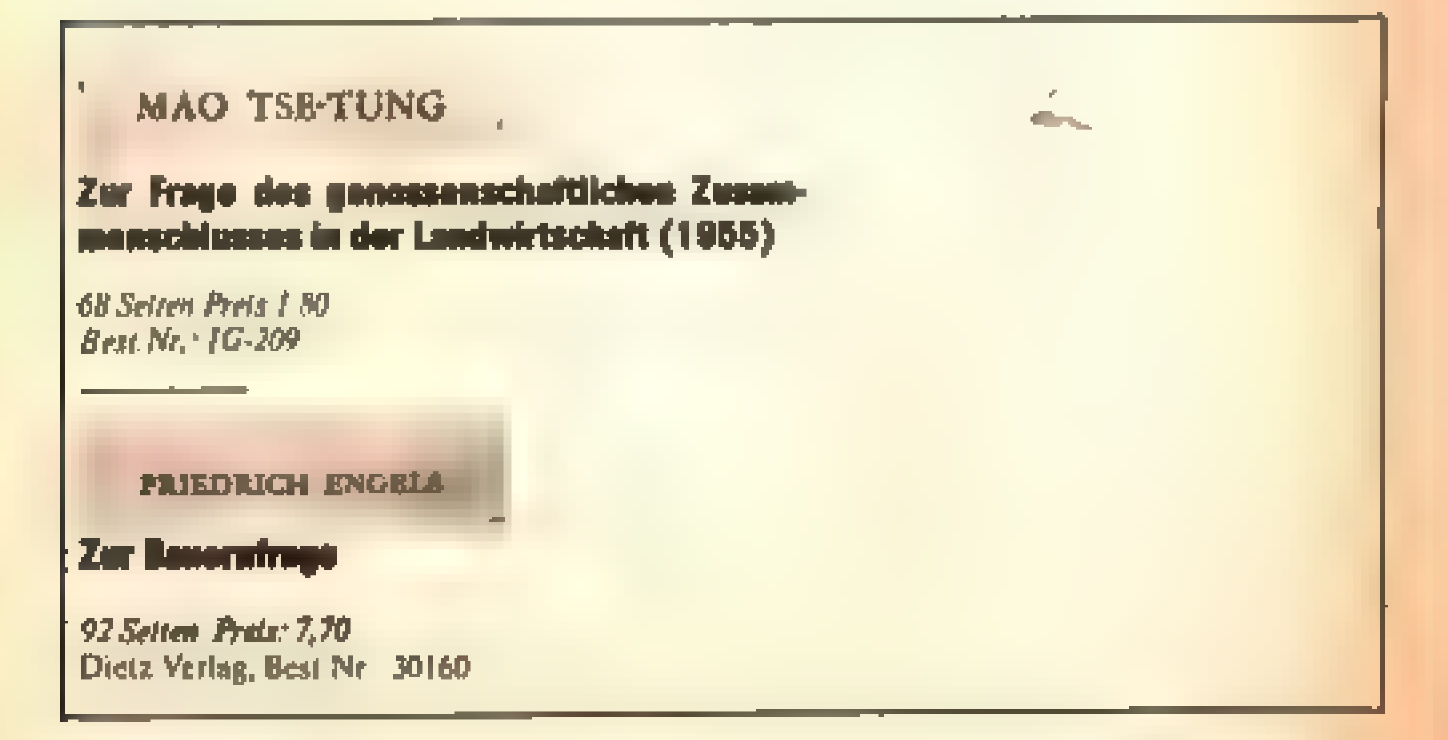
viele Arbeiterbauern, Vertragsbauern und Kleinbauern teil.

Der Tatbestand, daß die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern immer stärker an den Volkskämpfen teilnehmen, und sich damit immer fester an die Seite der Arbeiter stellen, ist ausgezeichnet. Alle diese Bewegungen richten sich gegen die kapitalistischen Verhältnisse und müssen unterstützt werden. In ihnen erhöhen die Arbeiterbauern und Vertragsbauern auch das Bewußtsein, daß sie schon mehr oder weniger Teil der Arbeiterklasse sind, für die Kleinbauern stellt sich die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse und für alle wird klarer, daß ihre Ziele auf jeden Fall die des Sozialismus, die der Arbeiterklasse sind. In diesen Kämpfen zerreißen sie auch die Fäden, die sie an ihre Vergangenheit als Kleinproduzenten binden.

Damit sich dieser Prozeß schwungvoll entwickelt, müssen die Kommunisten in diesen Kämpfen herausarbeiten, daß *„die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten, die Grundlage der Knechtschaft in allen ihren Formen, – des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit – ist."*

Das reicht aber noch immer nicht. Es wird darauf ankommen, ob es den Kommunisten gelingt, die Arbeiterbauern in den Betrieben mit den Arbeitern in Kämpfen zusammenzuschließen und die heute noch oft bestehende Spaltung zu überwinden. Das ist am besten auf der Grundlage der Arbeiterschutzforderungen möglich.

Entscheidend wird es letztendlich sein, daß die Kommunisten die umfassenden Ziele der Arbeiterklasse aufs Land tragen und in den Dörfern die Arbeiter, die Landarbeiter und auch die Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern in die praktischen Bewegungen und Kämpfe einbeziehen, die sich gegen die kapitalistischen Verhältnisse richten, deren Sturz vorbereiten und dem Kampf um den Sozialismus dienen.



Die revisionistische Linie der „Viererbande" in Theorie und Praxis von Literatur und Kunst

„Die mächtigen Fäuste des Volkes
zerschlugen die dunklen Wolkenberge,
in zornig roten Wellen wurden
die wenigen Schädlinge fortgespült." (1)

Die Anschauungen der „Viererbande" über Literatur und Kunst waren eine wichtige Komponente ihrer rechten politischen Linie, die darauf abzielte, die Macht in Partei und Staat zu erringen, um den Sozialismus durch den Kapitalismus zu ersetzen.

Im Jahrhundert der Großen Proletarischen Kulturrevolution tobte an der Kulturfront stets ein scharfer und heftiger Kampf zwischen den zwei Linien. Die Grundfrage in diesem Kampf ist: Hält man die Orientierung bei, den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu dienen, oder tritt man gegen sie auf? Am 12. Dezember 1963 stellte der Vorsitzende Mao Tsetung fest:

„In bezug auf die Kunstgattungen gibt es viele Probleme. Hierin sind viele Menschen tätig, und die sozialistische Umgestaltung hat in vielen Sparten bis jetzt nur geringen Erfolg gehabt. Viele Sparten werden noch bis heute von den 'Toten' beherrscht."(2)

Und am 27. Juni 1964 kritisierte er einige Gruppen für Literatur und Kunst unter der Leitung der damaligen Propagandaabteilung beim ZK der KPCh und des damaligen Kulturministeriums:

„Die Leute dort haben sich wie Mandarine benommen, sich nicht den Arbeitern, Bauern und Soldaten genähert und nicht die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau widergespiegelt. In den letzten Jahren sind sie sogar an den Rand des Revisionismus heruntergeglitten." (3)

Die vom Vorsitzenden Mao Tsetung persönlich eingeleitete und geführte Große Proletarische Kulturrevolution hat mit der konterrevolutionär-revisionistischen Linie von Liu Schaotschi gründlich abgerechnet. Die „Viererbande" versuchte alsbald, die Früchte der Revolution in Literatur und Kunst zu stehlen und mit Hilfe von Lin Biao in den Massenmedien Fuß zu fassen. Auf der im Februar 1968 einberufenen Beratung über die Arbeit in Kunst und Literatur sagte Lin Biao über Djiang Tjing:

„In Fragen der Kunst und Literatur ist sie sehr stark politisch eingestellt und kennt sich in der Kunst wirklich gut aus. Sie hat viele wertvolle Ansichten. Ihr müßt diesen Ansichten große Aufmerksamkeit schenken und Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, daß ihre Ansichten ideologisch und organisatorisch gewissenhaft in die Tat umgesetzt werden. Von nun an sollen ihr alle Dokumente in bezug auf Literatur und Kunst übersandt werden."(4)

Nach und nach etablierte sie so eine Diktatur in den Literatur- und Kunstvereinigungen und stellte sich immer mehr gegen die Weisungen des Vorsitzenden Mao Tsetung. Hob dieser in seiner Schrift „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" hervor:

„Unserer Meinung nach würde es für die

Entfaltung von Kunst und Wissenschaft schädlich sein, wenn durch administrativen Zwang ein bestimmter Kunststil oder eine bestimmte Schule durchgesetzt wird und andere verboten werden." (5) und befand er sich dabei in vollem Einklang mit der Anschauung Lenins, der in „Parteiorganisation und Parteiliteratur" schrieb: „Kein Zweifel, das literarische Schaffen verträgt am allerwenigsten eine mechanische Gleichmacherei, eine Nivellierung, eine Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Kein Zweifel, auf diesem Gebiet ist es unbedingt notwendig, weiten Spielraum für persönliche Initiative und individuelle Neigung, Spielraum für Gedanken und Phantasie, Form und Inhalt zu sichern." (6), so war das gar nicht nach dem Geschmack der „Viererbande". Dschang Tschun-tjiao wehrte sich gegen die Weisung Mao Tsetungs „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern!":

„Schon möglich, daß hundert Schulen miteinander wetteifern, aber eine wird das Rennen machen, und Djiang Tjing muß das letzte Wort haben."(7)

Für ihre reaktionären Kunstanschauungen legte sich Djiang Tjing ein „Prinzip" zurecht, das „Die drei Hervorhebungen und die drei Unterstreichungen" genannt wurde und folgendermaßen lautete:

„Unter allen Gestalten eines Werkes müssen die positiven Gestalten hervorgehoben werden, unter allen positiven Gestalten müssen die Heldengestalten hervorgehoben werden und unter allen Heldengestalten muß die Gestalt des Haupthelden hervorgehoben werden.

Zwischen den negativen Gestalten und den positiven Gestalten müssen die ersteren die letzteren unterstreichen; unter allen positiven Gestalten müssen die gewöhnlichen positiven Gestalten die Heldengestalten unterstreichen, und unter den Heldengestalten müssen die nebensächlichen Heldengestalten die Gestalt des Haupthelden unterstreichen."(8)

Diese lächerliche Schablone wurde lange Zeit zum höchsten Kriterium für Literatur- und Kunstkritik erhoben! Yao Wen-yüan befahl: „Das Modell muß strikt nachgeahmt werden!"(9) und bewirkte damit, daß viele literarische Werke leblos, formelhaft und abstrakt wurden.

In dieser Auffassung ist der Held immer allwissend, allmächtig und von den Volksmassen losgelöst. Er steht im selben Verhältnis zur Masse wie „ein Kranich unter Hühnern". Daß das dem Satz Mao Tsetungs „Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht" vollkommen zuwiderläuft, ist ganz offensichtlich.

Wie die revolutionären Peking-Opern [redacted]

Vor dem Sturz der „Viererbande" konnte man oft lesen, Djiang Tjing habe die für die Revolution in Literatur und Kunst exemplarischen Musterstücke der Bühnenkunst sorgfältig „großgezogen"(10), sie seien unter ihrer „direkten Fürsorge"(11) entstanden, und sie sei daher eine „Bannerträgerin der Revolution in Literatur und Kunst"(12).

Die Leute, die auf diese Art mit Lob um sich warfen, waren Dschang Tschun-tjiao:

„Die von Djiang Tjing persönlich großgezogenen revolutionären Musterstücke haben eine neue Ära der proletarischen Revolution in Literatur und Kunst eingeleitet."(13)

und Yao Wen-yüan:

„Die von Djiang Tjing eingeleitete Revolutionierung der Peking-Oper ist ein glänzendes Beispiel für die Revolution in Literatur und Kunst."(14)

In Wahrheit war die Revolutionierung der Peking-Oper das kollektive Werk vieler revolutionärer Kunstschaffender, das immer unter der direkten Anleitung des Vorsitzenden Mao Tsetung gestanden hat.

1944 schrieb er an das Theater für Peking-Opern in Yenan einen Brief, wo er die Richtung für die Revolutionierung der Peking-Opern angab:

„Geschichte wird vom Volk gemacht. Aber auf der Bühne der alten Oper (und in der gesamten, alten, vom Volk losgelösten Literatur und Kunst) wird das Volk als Abschaum hingestellt. Die Bühne wird von den vornehmen Herren und Damen und deren verzärtelten Söhnen und Töchtern beherrscht. Nun haben Sie die auf den Kopf gestellte Geschichte wieder auf die Füße gestellt, die historische Wahrheit wiederhergestellt. Somit ist die alte Oper wieder zu neuem Leben erweckt worden."(15)

Als dann 1964 die Nationalen Festspiele von Peking-Opern über zeitgenössische Themen stattfanden, begrüßte Mao Tsetung herzlich die Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst. Er und Genosse Tschou En-lai setzten sich oft auch persönlich für diese Kunstwerke ein, die vor Behinderungen durch die „Viererbande" nicht sicher waren.

Als auf Anraten Tschou En-lais für den 15. Jahrestag der Gründung der VR China das Ballett „Die Rote Frauenkompanie" geschaffen werden wollte, schickte die „Viererbande" das Tanzensemble auf eine Tournee nach Hongkong. Erst als Mao Tsetung über das Werk sagte: „Die Orientierung ist richtig, die Revolutionierung ist darin erfolgreich dargestellt, auch künstlerisch ist es gut." (16), ließen sie von ihrem Treiben ab.

Ähnlich war es mit der Oper „Kampf auf dem Dock", die von der Huai-Oper „Morgen auf dem Dock" übernommen wurde. Hier versuchten Djiang Tjing und Dschang Tschun-tjiao sogar, sie zu verbieten.

Wenn man dann noch berücksichtigt, daß viele der revolutionären Musterstücke schon zu Ende der 50er-Jahre geschrieben wurden (z.B. „Mit taktischem Geschick den Tigerberg erobert" und „Attacke auf das Weißtiger-Regiment" 1958, die Oper „Das weißhaarige Mädchen" sogar schon 1943) - also zu einem Zeitpunkt, als Djiang Tjing noch nicht den Kunstsektor zu „ihrer Domäne" gemacht hatte - so fragt man sich doch: Worin bestand denn eigentlich die „Fürsorge" von Djiang Tjing hinsichtlich der revolutionären Peking-Opern? Vielleicht im „fürsorglichen" Behindern revolutionärer Musterstücke?

Hundert Blumen niedertreten - aber das Unkraut [redacted]

Die Diktatur, die von der „Viererbande" auf dem Gebiet der Literatur und Kunst ausgeübt wurde, hatte zur Folge, daß viele gute und revolutionäre Werke unterdrückt wurden, während andere - die einzig und allein den von der „Viererbande" propagierten politischen Zielen dienten - gefördert und gepriesen wurden.

Besonders arg war das auf dem Filmsektor. Das Studio Tschangtschun der nordostchinesischen Provinz Kirin drehte im Jahre 1947 den Farbfilm „Bahnbrecher". Das Filmteam war bestrebt, die Heldentaten der chinesischen Arbeiter bei der Erschließung des Ölfeldes Datjing zu zeigen. Ausgehend von der Weisung Mao Tsetungs „Lernt in der Industrie von Datjing!" versuchten sie, den Kampf zweier Linien, der um die Frage ausgefochten wird, ob Chinas Ölindustrie aus eigener Kraft entwickelt wird oder ob vor dem Druck der Sozialimperialisten zurückgewichen werden soll, künstlerisch umzusetzen.

Nach der Fertigstellung des Films wurde er Djiang Tjing zwischen Dezember 1974 und Jänner 1975 viermal zur Prüfung geschickt, doch sie nahm sich nicht die Zeit, ihn zu begutachten.

Im Februar 1975, während des Frühlingsfestes, wurde der Film dann im ganzen Land vorgeführt. Und jetzt protestierte Djiang Tjing:

„Wem wollt ihr ein Denkmal setzen? Man muß untersuchen, was dahintersteckt!"(17)

Ihr mißfiel besonders die Szene, in der die Arbeiter die Werke Mao Tsetungs „Über die Praxis" und „Über den Widerspruch" lesen, denn jedermann wußte, daß es vor allem Tschou En-lai war, der immer wieder die Werktätigen Chinas anhielt, diese Schriften zu studieren. Die „Viererbande" sah in Tschou En-lai ein Hindernis auf ihrem Weg zur Staatsmacht. Deshalb denunzierten sie ihn vor dem IV. Nationalen Volkskongreß, wurden aber vom Vorsitzenden Mao Tsetung zurechtgewiesen:

„Djiang Tjing hat ein machtgieriges Herz. Sie will, daß Wang Hun-wen Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wird, sie selbst aber Vorsitzende des ZK der Partei."(18)

War es der „Viererbande" damals mißlungen, Tschou En-lai zu attackieren, so wollten sie das jetzt bei der Beurteilung des Filmes „Bahnbrecher" nachholen. Sie erließen sofort nach der Uraufführung zahlreiche Verbote betreffend die Herstellung von Kopien und Fernsehübertragungen. Yao Wen-yüan ließ einen Kritikartikel über den Film verfassen und am 8. April 1975 legten die Anhänger Djiang Tjings „Zehn Anschuldigungen" vor.

Doch um den Film ging es dabei gar nicht, sondern ein Kampf zwischen der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung und der konterrevolutionären Linie der „Viererbande" für Literatur und Kunst war entbrannt. Mao Tsetung griff am 25. Juli 1975 persönlich ein. Er schrieb folgende Weisung für den Film:

„In diesem Film findet sich kein großer Fehler. Ich schlage vor, ihn für die Aufführung freizugeben. Man soll nicht spitzfindig herumkritteln. Und gar zehn Anschuldigungen gegen ihn erheben, das geht zu weit. Es ist ungünstig für die Regulierung der Literatur- und Kunstpolitik in der Partei."(19)

Anfangs versuchte die „Viererbande" diese Weisung zu verschweigen, was ihr auch bis zum 2. August gelang. Sie erpreßten den Drehbuchautor des Films, Dschang Tiän-min, eine „Selbstkritik" zu schreiben. Als er sich weigerte, drohte Djiang Tjing: „Nicht auf meine Worte

hören, heißt, nicht auf die Worte der Partei hören!" (20).

Und hinsichtlich der Weisung Mao Tsetungs hieß es

„Hat der Film keine großen Fehler, so hat er doch mittelgroße und kleine. Wir haben gar nicht herumgekrittelt, wir stellten nur zu hohe Ansprüche."(21)

Doch da riß der Geduldsfaden von Li Tschun-guang, einem mutigen, jungen Lehrer am Konservatorium der Zentralen „7. Mai"-Kunsthochschule, und er schrieb am 8. August 1975 eine Wandzeitung

„Ist euer Kulturminister wirklich so ein Tiger, dessen Hintern niemand anzurühren wagt? Nun gut, ich fasse ihn an. Wann haben die führenden Mitglieder des Kulturministeriums je ein Wörtchen der Selbstkritik verloren? Wann habt ihr je die leiseste kritische Äußerung geduldet? Warum verliert ihr, wo ihr doch offenkundige Fehler begangen habt, kein Wort über die Mobilisierung der euch unterstehenden Parteimitglieder, Kader, Arbeiter, Angestellten und Studenten, damit sie euch kritisieren und euch beim Erkennen und Berichtigen eurer Fehler helfen? (22)

Daraufhin ließen die Vier ihre Maske von selbsternannten „Kämpfern gegen die Strömung" fallen. Li Tschun-guang wurde verhaftet, und es wurden sogar Untersuchungen gegen jene Kollegen von Li eingeleitet, die das Dazibao gelesen hatten. Erst der Sturz der „Viererbande" befreite den jungen Lehrer aus dem Gefängnis.

Neben dem Film „Bahnbrecher" waren es vor allem Filme, die auf Ministerpräsident Tschou En-lais Weisungen gedreht wurden, die die „Viererbande" unterdrückte.

So war es beim Farbdokumentarfilm „Kampflied von Dajing", so bei der filmischen Revue „Der Osten ist rot". Als im Jahre 1954 das Schauspiel „Der lange Marsch" von Tschen Tji-jung uraufgeführt wurde, verlangte Djiang Tjing: „Der Name von Tschu En-lai muß heraus!" (23) Am ärgsten trieben sie es bei der Entstehung des Dokumentarfilmes „Ewiger Ruhm dem verehrten und geliebten Ministerpräsidenten Tschou En-lai". Sie behinderten die Arbeit der Kameraleute des Zentralen Wochenschau- und Dokumentarstudios, und als der Film fertig war, führten sie ihn nicht vor, weil er „zu lang" war. Die Filmarbeiter nahmen lieber ein Verbot der Filmaufführung auf sich, als auch nur eine Szene zu entfernen, in der die Liebe des chinesischen Volkes zu Genossen Tschou En-lai zum Ausdruck kam.

Bei dem 1973 auf Anraten von Genossen Hua Guo-feng gedrehten Film „Lob des Gärtners" kritisierten sie wegen einer Dialogstelle, in der es heißt:

„Wie kann man ohne Bildung die Last der revolutionären Verantwortung übernehmen?" (24), der Film vertrete eine revisionistische Linie im Bildungswesen und stelle „die intellektuelle Ausbildung in den Vordergrund." (25)

Wenn aber einer ihrer Parteigänger einen Film drehte - und war das auch noch so ein Schmarren - so wurde er doch aufgeführt.

„Die Produktion eines Filmes kostet Hunderttausende, wenn nicht eine Million Yüan. Einen schlechten Film zu verbergen ist Verschwendung. Warum sollen wir ihn nicht dem Publikum vorführen, um damit dem Staat die Kosten auszugleichen und damit wirtschaftlich einen Gewinn zu erzielen?"(26)

Das waren die Worte von Djiang Tjing.

Ein weiteres Opfer ihrer Attacken war das chinesische Kunsthandwerk. Von ihren konterrevolutionären politischen Bedürfnissen ausgehend, unterdrückten die Vier Werke mit zeitgenössischen revolutionären Themen, z.B. die Steinschnitzerei „Der lange Marsch", und Tschun-tjiao sagte verächtlich

„All das Zeug wie 'Der lange Marsch' verherrlicht doch nur die Verdienste der tattrigen alten Marschälle."(27)

Wie weit Djiang Tjings Zensurwut ging, beweist folgende Begebenheit: Für die englische Ausgabe der Gedichte Mao Tsetungs ließ sie eigenmächtig die Fußnote zum Gedicht „Antwort an Li Schu-yi" entfernen. Diese Fußnote bezog sich auf die Frau Mao Tsetungs, die im Jahre 1930 von den Henkern Tschiang Kai-scheks ermordet wurde. Ebenso ließ sie das Foto der Genossin Yang Kai-hui aus dem Gedichtband entfernen.

Auch der revolutionäre Dichter Lu Hsün war nicht sicher vor ihren Angriffen. Im Jahre 1971 wurde von der Landeskonferenz über Publikationsarbeit der Beschluß gefaßt, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Neuzusammenstellung sämtlicher Werke Lu Hsüns herauszugeben.

Zu dieser Zeit hatte die „Viererbande" noch die Kontrolle über die Kultur- und Publikationsabteilungen, und obwohl von verschiedenen Seiten immer wieder auf Beschleunigung

gedrängt wurde, geschah in diesen zwei Jahren so gut wie nichts.

Was bewegte die „Viererbande", diese Arbeit zu sabotieren?

Um diese Frage zu beantworten, muß man bis ins Jahr 1935 zurückgehen. Nach der Ankunft der Chinesischen Roten Arbeiter- und Bauernarmee in Nordschensi schlug Mao Tsetung damals auf der Tagung des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh die Politik der Errichtung einer antijapanischen nationalen Einheitsfront vor.

Der Dichter Lu Hsün unterstützte diese Politik. Verschiedene rechtsgerichtete Schriftsteller lösten aber im Auftrag Wang Mings und hinter dem Rücken von Lu Hsün die Liga Chinesischer Linker Schriftsteller, die im Jahre 1930 in Shanghai gegründet worden war, auf und propagierten die Parole: „Literatur der Landesverteidigung", d.h. sie propagierten eine „Literatur der ganzen Nation", sie traten dafür ein, daß das Proletariat nicht „von einer Sonderstellung aus die Führung beanspruchen" solle, mit einem Wort: Sie negierten die Leitung der Partei auf dem Gebiet der Literatur und Kunst. Lu Hsün widersetzte sich dieser Haltung und formulierte die proletarische Losung „Massenliteratur für den revolutionären Krieg". Diese Losung betonte die Pflicht der Klassenführung durch das Proletariat in der Einheitsfront. Im Jahre 1936 schrieb er zu dieser Frage den Essay „Die ausländische Konzession im März", worin er einen gewissen „Dick" kritisiert, der damals in der Zeitung „Dawanbao" einen Kommentar zum Roman „Dorf im August", dessen Vorwort von Lu Hsün stammt, verfaßt hatte. Dieser „Dick" ist niemand anderer als Dschang Tschun-tjiao, der damals, Tausende Meilen von der leidenden Bevölkerung des Nordostens entfernt, „in der ausländischen Konzession im März" lebend – wie dies Lu Hsün ausdrückte – dem Roman arrogant vorwarf, er sei nicht „wahrheitsgetreu".

Lu Hsün entgegnete dieser „Bestie mit menschlichem Antlitz" – wie er ihn bezeichnete – sein politisches Ziel sei offenbar, „den Kuomintang-Reaktionären zu schmeicheln und an 'ihrer' Stelle das Volk zu entwaffnen." (28)

Diese schallende Ohrfeige bereitete Dschang Tschun-tjiao noch 35 Jahre danach große Schmerzen, und so ist das Desinteresse der „Viererbande" an der Herausgabe der gesammelten Werke Lu Hsüns zu erklären.

Wenn dann doch einmal die fehlerhaften Anschauungen der Vier kritisiert wurden, blieben sie stur, und kein Hauch von Selbstkritik kam über ihre Lippen. So war es z.B. bei der Besprechung des Buches „Geschichten vom Liangschan-Moor".

Der Roman, der Mitte des 14. Jahrhunderts geschrieben wurde, handelt von einem Bauernaufstand in den späteren Jahren der nördlichen Sung-Dynastie. Seit seiner Veröffentlichung hatte der Roman niemals eine korrekte Einschätzung erfahren. So schrieb Yao Wen-yüan in einem Kommentar 1968, der Roman sei „ein großes Werk".

Am 22. Februar 1973 stieß Djiang Tjing ins selbe Horn

„Die Hauptfigur muß als Held betrachtet werden. Er war ein großer Mann voller Weisheit, Findigkeit und Gerechtigkeit."(30)

Dieser Ansicht trat Mao Tsetung am 14. August 1975 entgegen

„Der Wert des Buches 'Geschichten vom Liangschan-Moor' liegt genau in der Darstellung der Kapitulation. Er dient als Schulungsmaterial durch negatives Beispiel und hilft den Volksmassen, Kapitulation zu erkennen."(31)

Nach der Veröffentlichung der Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung brachten viele Literaturzeitungen Artikel, in denen Selbstkritik wegen der früheren, falschen Ansicht geübt wurde. Nur Djiang Tjing und Yao Wen-yüan verloren kein Wort darüber - im Gegenteil, sie taten so, als hätten sie seit eh und je den Roman kritisiert. 1975, während einer Rede in Dadschai sagte Djiang Tjing:

„Eine Handvoll Schurken, die sich in unsere Reihen eingeschlichen haben, heben diesen Roman, der einen Verräter beschönigt, in den Himmel."(32)

Und dann setzten sie zu einem letzten großen reaktionären Angriff an: Am 6. Februar 1976 ließ Dschang Tschun-tjiao eine Sitzung im Kulturministerium abhalten. Dort besprach man die Aufgabe der „Schaffung von Werken zu Themen über den Kampf gegen die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg". Dazu muß man feststellen: Ohne Zweifel sollen die Werke von Literatur und Kunst den Kampf gegen die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg zum Inhalt haben. Mao Tsetung sagt

„Man macht die Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei - es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen

Weg gehen diesen Weg noch." (33)

Welche Ansicht steckte aber hinter dem Ruf der „Viererbande". Sie meinten:

„Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg sind die Demokraten. Die Demokraten sind jene, die an der demokratischen Revolution teilgenommen haben, in der Vergangenheit bloß Mitläufer der Partei waren, aber in der Periode der sozialistischen Revolution zum Angriffsziel der Revolution geworden sind."(34)

Mit ihren Anschuldigungen meinten sie also einen großen Teil erfahrener revolutionärer Kader der KPCh, die einen wertvollen Aktivposten der chinesischen Revolution darstellen. Alle diese „Machthaber" stellten sie als „besserungsunwillig" hin:

„Die meisten der unteren Machthaber auf dem kapitalistischen Weg können nicht geändert werden; bei den obersten aber ist es völlig unmöglich."(35)

Der Vorsitzende Mao Tsetung war da aber ganz anderer Ansicht:

„Wir müssen überzeugt sein, daß mehr als 90 Prozent der Kader gut oder relativ gut sind. Die große Mehrheit der Kader, die Fehler begangen haben, kann sich bessern."(36)

Am Beispiel des Films „Frühlingssprossen" sieht man, wie sich diese Anschauungen der „Viererbande" ausgewirkt haben: Der Film wurde 1975 gedreht und war ein „Werk über den Kampf gegen die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg". In einer Filmkritik hieß es:

„Der Film bietet gutes Studienmaterial für den Klassen- und Linienkampf in der chinesischen Gesellschaft."(37)

Kurz die Handlung des Films: In einem kleinen Dorf am Yangtse stirbt ein Bub, weil die Ärzte im Gemeindespital sich nicht um das kranke Kind kümmern, vielmehr ihre Zeit damit verbringen, Tee zu trinken und an einem obskuren Buch „Wie man sich fit hält" zu schreiben, das sie dem Verantwortlichen des Bezirksparteikomitees widmen, der, so wie sie, die Bauern verachtet.

Tien Chun-miao, ein junges Mädchen, ist empört über die Zustände im Spital. Als sie hört, daß Mao Tsetung dazu aufruft, „den Schwerpunkt des Gesundheitswesens in die ländlichen Gebiete zu verlegen", will sie sich als Barfußärztin ausbilden lassen. Aber im Spital wird sie auf Anordnung des Oberarztes und des Direktors nur zum Schrubben und Putzen eingeteilt.

Während der Kulturrevolution wird Kritik an den bürgerlichen Machthabern im Krankenhaus geäußert. Die Barfußärztin bringt einen rheumakranken Bauern ins Spital, doch die Leitung versucht ihn zu vergiften, um ihr dann die Schuld am Mißerfolg in die Schuhe zuschieben. Das Verbrechen wird verhindert und der Oberarzt festgenommen. Die bürgerlichen Parteimachthaber jedoch bleiben im Amt! So endet der Film.

Im ganzen Film gibt es kein einziges Parteimitglied auf Leitungsebene, das nicht ein bürgerlicher Machthaber wäre. Der Oberarzt und sein Direktor werden von den führenden Ebenen der Partei protegiert. Im Film ist es sogar so, daß wirklich fortschrittliche Menschen gar nicht mehr in die Partei aufgenommen werden - denn die Barfußärztin bemüht sich vergeblich um die Mitgliedschaft. Nur Mao Tsetung und seine Anweisungen schweben über diesem Sumpf der Konterrevolutionäre. Der Film ist eine einzige Aufforderung, die Leitungsmitglieder aller Ebenen zu stürzen und die Kommunistische Partei zu spalten.

Mao Tsetungs Ansicht, daß nur ein geringer Teil der Parteikader tatsächlich besserungsunwillig sei, daß die „große Mehrheit der Kader gut oder relativ gut" sei, und daß es darum gehe, im schrittweisen Prozeß der Kritik und Selbstkritik die Kader zu erziehen, wird im Film offensiv bekämpft.

Der Film geht gegen das Prinzip

„Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken zu befassen."(38)

Aber gerade dieses Prinzip soll ja gewährleisten, daß die ideologische Auseinandersetzung in aller Offenheit geführt wird, und daß es möglichst schwierig wird, die Festung der Partei von innen zu nehmen.

Noch einmal: Es geht nicht um die Frage, ob man bürgerliche Parteimachthaber kritisieren soll. Natürlich soll man das. Auch der Film „Bahnbrecher" kritisiert sie, aber im „Bahnbrecher" wird klar, daß die Parteikader in ehrlicher Auseinandersetzung zur Korrektur ihrer Fehler kommen können.

In „Frühlingssprossen" sind die führenden Ebenen der Partei die Bourgeoisie als Klasse. Damit schafft er eine öffentliche Meinung, die auf die Spaltung der KP hinzielt.

Die „Viererbande" und das kulturelle Erbe

W.I. Lenin erklärte 1920 über die Voraussetzungen für die Schaffung einer proletarischen Kultur:

„Ohne die klare Einsicht, daß nur durch eine genaue Kenntnis der durch die gesamte Entwicklung der Menschheit geschaffenen Kultur, nur durch ihre Umarbeitung eine proletarische Kultur aufgebaut werden kann – ohne eine solche Einsicht werden wir diese Aufgabe nicht lösen." (39)

Und Mao Tsetung wies in seiner berühmten Rede in Yenan darauf hin:

„Wir müssen das Beste aus dem literarischen Erbe übernehmen, uns daraus alles Nützliche aneignen und es als Beispiel heranziehen, wenn wir das aus dem Volksleben unserer Zeit und unseres Landes gewonnene Rohmaterial für Literatur und Kunst schöpferisch verarbeiten. Deshalb können wir auf keinen Fall darauf verzichten, die Werke der alten und der ausländischen Schriftsteller und Künstler, sogar der feudalen oder bürgerlichen Klasse, als Erbe zu übernehmen und als Beispiel für unsere Arbeit heranzuziehen."(40)

Diese Zitate zeigen die marxistisch-leninistische Einstellung zu der Frage des kulturellen Erbes. Wie aber stand die „Viererbande" zu dieser Frage? Vorerst verkündete Djiang Tjing überheblich:

„Niemals seit der Pariser Kommune hat das Problem der richtigen Linie in Literatur und Kunst richtig gelöst werden können. Erst als wir 1964 die Musterstücke revolutionärer Bühnenkunst anfertigten, wurde dieses Problem gelöst."(41)

Und sie verspottete die Ansichten der Marxisten-Leninisten:

„Stalin übernahm alles, was als klassische Werke Rußlands und Europas bezeichnet wird, und das zeitigte schlimme Folgen."(42)

Im Jahre 1970 ließ Yao Wen-yüan einen „grundsätzlichen Artikel" schreiben: „Wer die bürgerliche Literatur und Kunst lobt, der will den Kapitalismus restaurieren!"

In diesem Artikel wird zum „vollkommenen Bruch" mit der überlieferten Kultur aufgerufen. Die Kunstwerke vergangener Epochen stellten für die „Viererbande" nur einen großen Ramschhaufen dar, und sie nahmen sich überhaupt nicht die Mühe, die Kultur vergangener Geschichtsepochen zu untersuchen.

War für Friedrich Engels z.B. die Renaissance „die größte progressive Umwälzung, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte, eine Zeit, die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit" (43), so war für die „Viererbande" diese Epoche nur gekennzeichnet durch eine „profitgierige Bourgeoisie, die die Welt beherrschen wollte." (44)

Charakterisierte Engels die französischen Philosophen der Aufklärung so: „Die großen Männer, die in Frankreich die Köpfe für die kommende Revolution klärten, traten selbst äußerst revolutionär auf." (45), so diente für die „Viererbande" die Aufklärung zur „Irreführung der werktätigen Massen. Vom Standpunkt des Proletariats war die Aufklärung nur Heuchelei!" (46)

Diese Leute, die glaubten, Marx und Engels „korrigieren" zu können, hatten in ihrer Theorie und Praxis zu Fragen der Literatur und Kunst eine Menge giftiger Unkräuter hervorgebracht.

Sie, die sich gern „Bannerträger der Revolution in Literatur und Kunst" nennen ließen, hatten nicht die rote Fahne der Revolution gehißt, sondern den schmutzigen Fetzen des Revisionismus.

---

(1) Shi Hsiang „Der Vorsitzende Hua führt uns triumphierend vorwärts" in: Chinese Literatur 1/77, S. 77
(2) Peking Rundschau 23/77, S. 8
(3) Peking Rundschau 23/77, S. 9
(4) Zusammenfassung der von Genossin Djiang Tjing im Auftrage des Genossen Lin Biao einberufenen Beratung über die Arbeit in Literatur und Kunst in der Armee, Peking 1968, S. 3
(5) Mao Tsetung „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke", Peking 1970, S. 249
(6) Lenin Werke, Bd. 10, S. 31
(7) Chinese Literature 7/77, S. 97
(8) Peking Rundschau 23/77, S. 17
(9) Chinese Literatur 7/77, S. 93
(10) Peking Rundschau 7/77, S. 16
(11) China im Bild 1/74, S. 7
(12) Peking Rundschau 7/77, S. 16
(13) ebenda, S. 16
(14) ebenda, S. 16
(15) ebenda, S. 18
(16) ebenda, S. 17
(17) Chinese Literature 1/77, S. 96

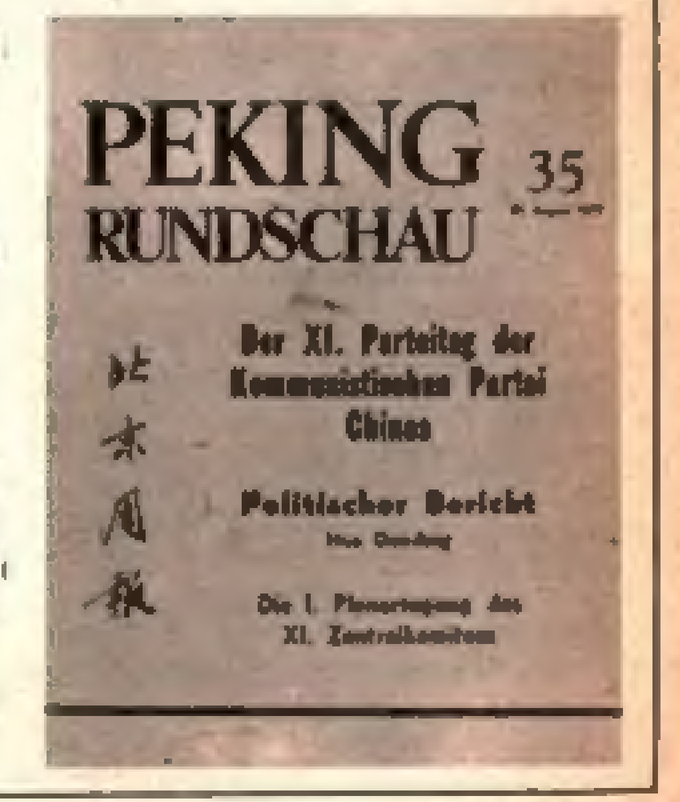
(18) Die Zerschlagung der Viererbande - ein Sieg von großer historischer Bedeutung, Ausgewählte Artikel aus der Peking Rundschau, Verlag Rote Fahne, S. 90
(19) ebenda, S. 86
(20) ebenda, S. 91
(21) Chinese Literature 1/77, S. 102
(22) Peking Rundschau 4/77, S. 20
(23) Chinese Literature 4/77, S. 79
(24) Peking Rundschau 7/77, S. 21
(25) ebenda
(26) Zusammenfassung der von Genossin Djiang Tjing..., S. 20
(27) Chinese Literature 4/77, S. 84
(28) Chinese Literature 1/77, S. 68
(29) Peking Rundschau 25/77, S. 26
(30) ebenda
(31) ebenda, S. 25
(32) ebenda, S. 26
(33) Peking Rundschau 5/77, S. 22
(34) ebenda
(35) ebenda
(36) ebenda
(37) Chinese Literature 10/76, S. 92
(38) Peking Rundschau 25/77, S. 9f.
(39) Lenin Werke, Bd. 31, S. 276
(40) Mao Tsetung „Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst", Peking 1970, S. 150
(41) Chinese Literature 7/77, S. 89
(42) Zusammenfassung der von Genossin Djiang Tjing..., S. 16
(43) MEW 20, S. 312
(44) Chinese Literature 8/77, S. 104
(45) MEW 20, S. 16
(46) Chinese Literature 8/77, S. 104

Rechenschaftsbericht an den XI. Parteitag der KP-Chinas

Im Rechenschaftsbericht an den XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas zieht Hua Guo-feng Bilanz über die gegenwärtige Lage in China und auf der Welt.

Der Rechenschaftsbericht ist in der Peking Rundschau Nr. 35/77 abgedruckt.
Preis S 2,50

Die „*Peking Rundschau*" ist eine politische Wochenschrift über die VR China und Weltangelegenheiten. Sie erscheint in deutscher, englischer, französischer, spanischer und japanischer Sprache wöchentlich, in arabischer Sprache am 15. jeden Monats.
Einzelpreis: 2.50
Abonnement: 1 Jahr 75.-, 2 Jahre 112.50, 3 Jahre 150.-



Die gesundheitliche Verelendung der alten Menschen in der Wirtschaftskrise

Schon 1971 - in der Blüte der Konjunktur - lebten nach einer Untersuchung der Arbeiterkammer 30 % der Wiener Pensionistenhaushalte in Armut und 4,1 % an der „Elendsgrenze". (1)

Die durch die starke Inflation und das Einsetzen der Wirtschaftskrise in den Jahren 74 und 75 bedingte rapide Zunahme der sozialen und gesundheitlichen Verelendung der Massen traf als erstes und am stärksten die, die schon vorher die elendste Lage hatten: die Alten.

Sie haben keine Reserven, um die Teuerung eine zeitlang zu kompensieren, hier geht sie sofort an die Substanz, an die notwendigen Lebensmittel, Heizung, die Erhaltung und Miete der Wohnung. Und gerade die Preise dieser alltäglichen, unbedingt notwendigen Güter sind am stärksten angestiegen. Und während ein Arbeiter den gesteigerten Verschleiß seiner Gesundheit durch steigende Arbeitshetze, Akkord, Nacht- und Schichtarbeit eine zeitlang verkraften kann, und ihre Folgen - die ja meist in chronischen Krankheiten bestehen - erst später deutlich werden, trifft den schwächeren Körper des Alten jede Verschlechterung seiner materiellen Lage sofort am Lebensnerv. Die gestiegene Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen trifft die Alten auch dadurch, daß ihre Verwandten nun weniger Kraft, Zeit und Mittel haben, ihnen beizustehen und sie zu pflegen. Zu den medizinischen gesellen sich so direkt soziale Gründe für vermehrte Spitalsaufenthalte der Alten: Durch die allgemeine Verschlechterung der Lebenslage bricht das auf Nachbarschafts- und Verwandtenhilfe aufgebaute System der häuslichen Pflege zusammen, die Alten müssen ins Spital.

Wie die Statistik zeigt, hat zwischen 1973 und 75, also mit Einsetzen der Krise, die Zahl der Alten, die ins Spital eingeliefert wurden, rapide zugenommen. Dort liegen sie im allgemeinen länger als jüngere Patienten, einerseits weil sie oft mehrere und vorwiegend chronische Krankheiten haben, und andererseits aus sozialen Gründen, weil das Spital eben der einzige Ort ist, wo sie noch anständig versorgt und gepflegt werden.

Die Spitäler haben zu wenig Platz für die Alten. Sie werden nach Möglichkeit weiter abgeschoben. Endstation ist in Wien das Altersheim und der „Steinhof", das psychiatrische Krankenhaus. Um eines der rund 6.000 Betten der städtischen Altersheime (zum Vergleich: Gesamtbettenzahl der Wiener Krankenanstalten ohne Neurologie/Psychiatrie: ca. 13.500) zu bekommen, muß man monatelang warten oder Protektion haben, oder beides. Aber wenn ein Spitals- oder Polizeiarzt ein „Parere" ausfüllt, daß der Patient „selbst- oder gemeingefährlich" sei, wird er, ob er will oder nicht, auf den Steinhof gebracht und dort muß er aufgenommen und festgehalten werden. Am Steinhof, dessen Bauten vor 70 Jahren für etwa 1.700 Patienten errichtet wurden, leben heute etwa 2.500, davon über zwei Drittel Alte und 7 % der „Patienten" sind freiwillig da, der Rest ist zwangseingewiesen und wird durch Gerichtsbeschluß weiter festgehalten. Hinter den - durchnummerierten - Diagnosen, mit denen die Ärzte dort die eingelieferten Alten versehen, steckt meist nichts weiter als Armut, Vereinsamung, Hoffnungslosigkeit und vorzeitiger Verschleiß der geistigen und körperlichen Kräfte. Den größten Zulauf hat der Steinhof am Freitag: Da „misten" die Spitäler „aus", um freie Betten fürs Wochenende zu haben; und verblödete Alkoholiker und Alte, die nachts im Spital die Orientierung ver-

lieren, verwirrt und vielleicht gar renitent werden, sind „selbst- und gemeingefährlich" und können auf die „Psych" abgeschoben werden.

Die Spitalsreform als „Endlösung der Altenfrage"

Daß mehr und mehr Alte vor der Zeit sterben (siehe Kasten) hat bis jetzt keinen bürgerlichen Politiker, keinen Ärztekammerfunktionär, keine bürgerliche Zeitung aufgeregt. Aber daß sie vorher noch die Spitäler füllen - das ist „unrationell" und kommt zu teuer. Die Alten sollen daheim verrecken oder bestenfalls in billigen Asylen, sie sollen ohne den „übertriebenen" Aufwand der Spitalspflege noch schneller sterben.

„Ein Teil der Spitalsbetten wird von pflegebedürftigen Menschen belegt, die die hochtechnisierten und kostenintensiven Einrichtungen eines Spitals gar nicht benötigen, sondern die ebensogut, wenn nicht besser, in einem Pflegeheim untergebracht wären oder die bei einer entsprechend ausgebauten Hauspflege zu Hause versorgt werden könnten"(2), schreibt das Organ der Industriellenvereinigung.

Die Ärztekammer liefert bereitwillig ideologische Grundlagen für die Endlösung der Altenfrage. Für ihren Präsidenten, Dozent Neugebauer, ist die infolge der steigenden Sterblichkeit vor allem der Alten sinkende mittlere Lebenserwartung nur die Folge von Unvernunft und Luderleben: *„Wir wissen, daß die 'durchschnittliche Lebenserwartung' aufgrund der Verkehrsunfälle, der Umweltverschmutzung, der Lebensweise (Alkohol, Zigaretten, Übergewicht), des Freizeitstresses und der Reizüberflutung ihren Höhepunkt bereits überschritten hat und langsam aber sicher wieder zurückgeht"*, schreibt er (3). Und ein anderer Kammerfunktionär bietet „medizinische" Richtlinien dafür an, wer noch im Spital behandelt und wer nach Hause oder in ein billigeres Asyl abgeschoben werden soll: *„Solange der Patientenstrom in die Spitäler nicht nur auf die medizinisch unbedingt notwendigen Fälle beschränkt werden kann, so lange wird man das Spitalsproblem nicht lösen können."*(4)

Die sozialdemokratische Regierung ist bereits darangegangen, ihre „Spitalsreform", deren Kern der Rausschmiß der Alten und chronisch Kranken aus den teuren „Akutkrankenhäusern" ist, in die Praxis umzusetzen. Stolz vermeldet Frau Minister Leodolter, daß die durchschnittliche Verweildauer im Spital von 1970 bis 1975 um 1,35 Tage gesenkt werden konnte und kündigt als weiteres Ziel der Reform an, daß *„aus ökonomischen Gründen die Bettenzahl nicht weiter ansteigen darf, in bestimmten Bereichen sollte regional eine Reduktion herbeigeführt werden"* und hält *„als flankierende Maßnahme die Entlastung der Krankenhäuser von der Pflegefunktion für vordringlich."*(5)

Der Kurier schwärmt vom *„Spital der Zukunft"*, wo *„Kranke nur so lange die Bettlaken der Spitäler drücken, solange sie nicht in häusliche Behandlung entlassen werden können. Oder vielleicht in ein dem Krankenhaus angegliedertes Hotel oder Altersheim überwiesen werden."*(4)

Die Sozialdemokratie versucht, die Hinausrationalisierung der Alten aus den „Gesundheitsfabriken" als human und sozial zu verkaufen.

Herr Besenböck schreibt in der AZ: *„Diese Diskussion, so Dr. Buchstaller vom Gesundheitsministerium, müßte zu einem Normenkatalog führen, zu einer Festlegung, was gute medizinische Praxis ist, welche Maßnahmen also in einem bestimmten Fall als angemessen, welche als 'übertrieben' gelten können. Doch auch ein solcher Katalog wird kein starres Korsett sein können, denn was bei einem kraftstrotzenden Jüngling noch übertriebene Vorsorge sein kann, kann einem alten Menschen das Leben retten..."*(6). Die neckischen Pünktchen, die er hinter diesen Satz setzt, sollen vielleicht andeuten, daß das genaue Gegenteil gemeint und geplant ist: Während der „kraftstrotzende Jüngling" als Objekt der Ausbeutung und vielleicht auch Kanonenfutter der Bourgeoisie noch einen gewissen medizinischen Aufwand wert ist, sind ihr die alten Menschen, die von Krieg und Ausbeutung schon ausgelaugten Opfer des Kapitalismus, nur mehr Ballast, den sie abwerfen will, um besser die Krise zu überstehen.

(1) Nach „Die gesellschaftliche Reintegration älterer Menschen" - Veröffentlichung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung 1976
(2) „Spitäler - Strukturreform dringend notwendig" in „Die Industrie" Nr. 7 vom 13.11.1976
(3) „Die Pflicht zur Wahrheit!" in „Österreichische Ärztezeitung" 9/77
(4) „Wohin rollt der Gesundheitsschilling" im „Kurier" vom 11.8.1977
(5) „Spitalsreform - Halbzeit" - Pressekonferenz am 18.2.1977
(6) „Was macht die Spitäler so teuer?" in *Arbeiter-Zeitung*, 10., 11. und 13.8.1977

Gegen eine Lösung der Spitalsmisere auf dem Rücken des Volkes!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt Heft 1/76: * Kommunistischer Bund Österreichs gegründet, Gründungserklärung * Die politische Lage in der Welt und in Österreich * Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen! * Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs * Beschluß des ZK zum Zentralorgan * Spendenaufruf

Inhalt Heft 2/76: * Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs * Programmkritik der „Roten Fahne" * Stellungnahme zur Programmkritik * Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB * Die Linie der VRA in der Minderheitenfeststellung - rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Inhalt Heft 3/76: * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (II. Teil) * Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten * Der antifaschistische Partisanenkampf im Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Pineis * Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Inhalt Heft 1/77: * Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (III. Teil)* Südafrika: Es lebe die Bewegung des 16. Juni!* Südafrika: Über die Einheitsfront * Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Inhalt Heft Nr 5/77 * Zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei* Imperialistischer Ökonomismus in der Militärfrage: Kapitulation vor der Bourgeoisie, versteckt hinter radikalen Phrasen* Untersuchungsbericht über die Entwicklung des Kampfes gegen Atomkraftwerke im Tullnerfeld und im Waldviertel-Materialien zur Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung* „Für die demokratische Republik!"-Die Ausarbeitung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie durch die KPÖ im austrofaschistischen Österreich

Inhalt Heft 6/77:* Die Slowenen in Kärnten (Teil 2) Der antifaschistische nationale Befreiungskampf* Die objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution* Aufbau und Aufgaben der Post-Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich* Interview mit Mohammed Salem, Mitglied des politischen Komitees der F. Polisario für Beziehungen mit dem Ausland (2. April 1977)

Preis: 25.-